



DIG Ausgabe 2 | 2022 | 5783 MAGAZIN

Zeitschrift der Deutsch-Israelischen Gesellschaft



Impressum

Herausgeber

Deutsch-Israelische Gesellschaft e.V.
Präsident: Volker Beck (V.i.S.d.P.)
Bundesgeschäftsstelle
Littenstraße 105 | 10179 Berlin
Telefon 030/80 90 70 28
info@digev.de | www.digev.de

Registergericht:
Amtsgericht Charlottenburg
Registernummer: VR 4075 B

Chefredaktion

Claudia Korenke

Redaktionsteam

Aras Nathan Keul
Anna Staroselski
Anath Pollak

Titelbild

Israel: Ein junges Lang wird 75
Fotografin: Dafy Hagai
Model: Romy Abergel

Konzept/Gestaltung/Satz

Lothar Schwarzer GbR
Druck & Werbung Berlin
Telefon 030/401 89 39
info@schwarzer-druck.de

Druck & Verarbeitung

Lothar Schwarzer GbR
Druck & Werbung Berlin

Erscheinungsweise

Halbjährlich. Der Bezugspreis des DIG Magazins ist mit dem Mitgliedsbeitrag abgegolten. Für namentlich gekennzeichnete Artikel sind die jeweiligen Autoren verantwortlich.

Bankverbindung

Berliner Sparkasse
IBAN DE84 1005 0000 1010 0091 99
BIC BELADEVXXX

Herausgegeben mit
freundlicher Unterstützung des
Auswärtigen Amtes



Auswärtiges Amt

Inhalt

- 1 | Editorial
Volker Beck, Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft

Interview

- 2 | 100 Tage Volker Beck als Präsident der DIG – eine Standortbestimmung:
Von der Rückbesinnung auf die zionistische Grundidee

DIG Intern

- 4 | Das neue Präsidium und seine Aufgaben
- 4 | Die ersten Monate: Eine Bilanz
- 5 | Eine Diskussion, die geführt werden muss:
Antrag an die Hauptversammlung der DIG 2022
- 6 | Pro und Contra: Zwei-Staaten-Lösung

Aktuell

- 8 | Warum Israels Platz an der Seite der Ukraine ist
- 14 | Ministerpräsident a. D. Volker Bouffier erhält Ehrensiegel der Jüdischen Gemeinde
- 41 | Eine neue Hauptdelegierte für den KKL: „Ruthie“ ist da!

Gegen Antisemitismus

- 10 | Geflüchtete gegen Antisemitismus in ihrer Community:
Keine Angst vor niemandem

Das Junge Forum

- 15 | Buxtehude:
Jugendaustausch mit Israel – Spaß und Kultur
- 16 | Weimar, das JuFo und der Historikerstreit 2.0:
Israelpedia-Seminar befasst sich mit postkolonialen Theorien
- 18 | Junges Forum Köln:
„Weil jede Generation die Kultur des Erinnerns In die Zukunft tragen muss“
- 21 | Junges Forum Köln:
Sommer, Sonne, L'Chaim
- 22 | Vortragsabend mit Dr. Michael Borchard:
„Eine unmögliche Freundschaft“: David Ben Gurion und Konrad Adenauer“

Aus den AGs

- 22 | Die Deutsch-Israelische Gesellschaft Darmstadt hat sich gegründet
- 24 | DIG Frankfurt:
Aufbruch in Frankfurt
- 26 | Konstanz feiert:
Ruth Frenk – seit 30 Jahren Vorsitzende der AG Bodensee-Region
- 27 | 30 Jahre DIG Magdeburg:
Jubiläum mit „Blick auf Vergangenheit und Zukunft“
- 28 | Israelwoche in Brandenburg:
Großartige Resonanz und neue Mitglieder
- 30 | Ein enthusiastischer Bericht aus Potsdam:
Das erste Sommerfest der DIG Potsdam: eine Wucht!
- 31 | DIG ist ein Motor für neue deutsch-israelische Städtepartnerschaft:
Neue Städtepartnerschaft Kirjat Bialik – Chemnitz besiegelt
- 32 | Gedenkkonzert anlässlich des Anschlags
auf die Hallesche Synagoge an Yom Kippur 2019
- 34 | Vorstandswahlen in Berlin und Brandenburg e.V.:
Zwölf Mal wiedergewählt und noch überaus ehrgeizig
- 35 | Veranstaltung mit Itamar Marcus, Direktor Palestinian Media Watch:
Indoktrination palästinensischer Kinder

Geschichte

- 37 | Erstversorgung für ‚sche‘ erit haplejtá‘.
Die jüdischen Überlebenden der deutschen Konzentrationslager in DP-Camps der Alliierten 1945/46

Rezensionen

- 42 | Israel – Was geht mich das an?
- 43 | Tilman Tarach: Teufliche Allmacht
- 44 | Matti Friedmans aktuelles Buch: Vier Spione, die aus dem Orient kamen
- 45 | Sara Levy's Geschichte: Sehnsucht, Heimat Herausforderung
- 45 | Arye Sharuz-Shalika: „Schalom Habibi!“
- 46 | Mirna Funk: Im Handstand Auschwitz befreien

Nachruf

- 47 | Walter Sylten ist tot:
Abschied von einem Gründer der DIG

Liebe Freundinnen und Freunde Israels,

eine frohe Weihnachtszeit und Chanukka sameach!

Chanukka ist nicht nur ein Fest des Lichts in einer Zeit der kurzen Tage. Es ist auch ein Gedenken an Resilienz des Volkes Israel: Mit dem Fest erinnert man an den Triumph jüdischer Truppen unter der Führung der Makkabäer gegen das mächtige hellenistische Königreich (164 v.d.Z.). Die Heiligkeit und die Bräuche des Festes geht auch auf das Wunder des Ölkruges zurück: Nach der Vertreibung der Griechen reichte die Menge des geheiligten Öls darin nach menschlichem Ermessen nur einen Tag, um den Leuchter im Tempel brennen zu lassen. Bei der Wiedereinweihung des Tempels reichte es aber für acht Tage aus, daran erinnert der Chanukka Leuchter, an dem man acht Tage hintereinander ein weiteres Licht anzündet. Daran erinnern auch die in Öl gebackenen Lattkes (Kartoffelpuffer) und Sufganiot (Berliner), die bei dem Fest gereicht werden.

In diesen stillen Tagen wünschen wir uns eine friedliche Zeit. Aber es ist kein Frieden in dieser Welt und jetzt auch unübersehbar nicht auf unserem Kontinent. Seit dem Angriffs- und Vernichtungskrieg Russlands gegen die Ukraine wurde auch bei uns wahrgenommen, dass Krieg Sicherheit und Freiheit in der Ukraine und Europa bedroht. Eine existentielle Erfahrung, die Israel Deutschland in den letzten Jahrzehnten voraushat. Es ist zu hoffen, dass Deutschland daraus lernt und nun besser versteht, warum Israel stets wehrbereit sein muss.

Gegenüber dem russisch-ukrainischen Krieg verhielt sich Israel unter Lapid's Koalition sehr zurückhaltend. Das stieß bei deutschen Journalistinnen und Journalisten zuweilen auf Unverständnis. Und manche fragen, ob sich daran mit Netanjahu etwas ändern würde. Dies zeigt, dass man Israels Situation nicht vor Augen hat: Es ist ein Land im Kriegsgebiet. Nachbarn sind Libyen und Syrien. Dort sind Hizbollah und iranische Revolutionsgarden präsent, die Israel unmittelbar bedrohen.

Schon seit Jahren gab es ein informelles Agreement zwischen Netanjahu und Putin, dass Russland israelische Angriffe gegen

iranische Stellungen tolerierte, solange seine strategische Vorherrschaft im Land akzeptiert wird. Unter Bennett und Lapid wurde diese Politik lediglich fortgesetzt. Durch den Abzug der Amerikaner aus Syrien ist Russland unangefochtener militärischer Foyer in der Region. Israel kann es sich nicht leisten, dies außer Acht zu lassen.

Gleichzeitig hat der Ukraine-Krieg gezeigt, dass der Iran seine durch das Nuklearabkommen gewonnenen wirtschaftlichen Möglichkeiten nicht für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Landes genutzt hat, sondern um weiteraufzurüsten. Inzwischen agiert er als Waffenschmiede des Kreml und operiert wohl auch in der Ukraine on the ground. Mit iranischen Drohnen terrorisiert Putin völkerrechtswidrig die Bevölkerung der ukrainischen Städte. Der Iran überschreitet zudem nach Angaben der Internationalen Atomenergiebehörde massiv die im ursprünglichen Atomabkommen, dem JCPOA von 2015, festgelegten Grenzen für angereichertes Uran. Gleichzeitig massakriert er wie nie zuvor seine eigene Bevölkerung zur Bekämpfung der seit dem 16. September 2022 landesweiten Proteste. Drei Gründe, um eine Zeitenwende in der deutschen Iranpolitik einzuleiten und mit einem Snap back, ein Mechanismus des Nukleardeals, mit drastischen Sanktionen den Iran wirtschaftlich unter Druck zu setzen. Das DIG-Präsidium hat mit einem Beschluss für einen neuen Iranpolitik dafür einen Anstoß gegeben.

Anfang November hat Israel gewählt. Das Ergebnis macht unsere Arbeit als DIG nicht leichter. Zwar sind die Wählerbewegungen gar so nicht dramatisch gewesen. Im Wesentlichen gab es eine Wählerverschiebung innerhalb des Parteienspektrums rechts des Likud. Allerdings mit weitreichenden Folgen bei der Sitzverteilung, durch das Scheitern einiger Parteien an der 3,25 Prozent Hürde. Und einer voraussichtlichen Beteiligung der ultrarechten Partei der Religiösen Zionisten an der Regierung. Aber: Angesichts von 10,3 Prozent für die AfD sind auch 10,8 Prozent für die Religiösen Zionisten in Israel kein Grund für deutsches Oberlehrertum. Und wenn jetzt Politiker und Kommentoren Krokodilstränen



Volker Beck

vergießen, mit der neuen Regierung wäre Kooperation und Friedenslösung noch schwieriger, ist die Frage erlaubt: Warum haben sie der Vorgängerregierung nicht mehr außenpolitische Erfolge gegönnt?

Israelhasser weltweit werden den Anlass dieser Wahl für sich nutzen. Aber die neue Koalition wie jede davor ist nicht der Grund für den antiisraelischen Antisemitismus. Deshalb wird die DIG auch weiterhin gegen jeden Antisemitismus eintreten und die Solidarität mit dem jüdischen und demokratischen Staat und seiner diversen Zivilgesellschaft kultivieren.

Unser Fokus dabei ist und bleibt klar, so wie in der Hachrasat haAtzma'ut, der israelischen Unabhängigkeitserklärung, beschrieben:

Wir verteidigen als Zionisten Israel als nationale Heimstätte des jüdischen Volkes wie als gleichberechtigte Nation in der Völkerfamilie, aber auch als Ort, an dem all seinen Bürgern ohne Unterschied von Religion, Rasse und Geschlecht, soziale und politische Gleichberechtigung verbürgt ist.

Möge 2023 der Welt mehr Frieden und weniger Krieg bringen!

Herzlich

Ihr

Volker Beck

Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft

100 Tage Volker Beck als Präsident der DIG – eine Standortbestimmung:

Von der Rückbesinnung auf die zionistische Grundidee

100 Tage – das ist die Faustregel, nach der Politiker zu einer ersten Bilanz ihres neuen Amtes befragt werden. Großzügig gezählt, waren es bei Redaktionsschluss 100 Tage, seitdem Volker Beck zum neuen Präsidenten der Deutsch-Israelischen Gesellschaft gewählt wurde. Nachfolgendes Gespräch soll einen ersten Eindruck vermitteln von den Standpunkten und Aktivitäten des 11. DIG-Präsidenten.

Herr Beck, sie sind Vollblutpolitiker mit langjähriger Erfahrung. Was unterscheidet die DIG von einer politischen Partei? Gibt es da Flügel? Ist es schwieriger, für einen Verein zu arbeiten als für politische Formationen, Mandatsträger o. ä?

Alles hat seine spezifischen Herausforderungen. Als DIG müssen wir nicht gewählt werden, aber wir wollen Zustimmung für unser Anliegen: Freundschaft mit Israel.

Wir leben in schwierigen Zeiten. Die 2022er Wahlen machen unsere Arbeit sicher nicht einfacher. Aber die Freundschaft zwischen Deutschland und Israel besteht zwischen zwei Staaten und zwei Gesellschaften, nicht zwischen parteipolitischen Koalitionen.

Anders als in Parteien nehme ich in der DIG keine politischen Flügel wahr, dennoch gibt es zwei Grundhaltungen, die sich vor allem an der Außenpolitik festmachen. Einerseits die Vertreter der reinen Lehre der Zwei-Staaten-Lösung. Andererseits jene, die grundsätzlich alles verteidigen wollen, was aus Israel kommt. Für mich liegt die Wahrheit hier eher zwischen den Polen – wir brauchen Sicherheit für Israel und eine faire Lösung für die Palästinenser, wohlweisend, dass diese bisher am Nichtzustandekommen einer solchen Lösung einen ganz erheblichen Anteil haben.

Lassen Sie uns über die Wahlen in Israel sprechen.

Die Rechte geht gestärkt aus der Wahl hervor, Meretz verschwindet von der politischen Bühne, Awoda ist bedeutungslos.

Die linken Parteien haben seit längerem keinen überzeugenden Plan für das Thema Sicherheit, zur Lösung des Konfliktes. Einen Plan gibt es auch nicht auf der Seite von Netanyahu und der Rechten. Aber mit militärischer Sicherheit in den Gebieten versprechen sie zumindest den Status Quo zu festigen.

Die sich wiederholenden auftauchenden und wieder verschwindenden Abspaltungen vom Likud in der Vergangenheit und das Auf und Ab von Blau-Weiß zeigen, dass in der Gesellschafts-, Sozial- und Wirtschaftspolitik durchaus ein Bedürfnis nach Fortschritt und Erneuerung vorhanden ist. Aber nur in der Kombination mit Ex-Generälen, die das Versprechen der Sicherheit verkörpern, gelingt es zuweilen jenseits des rechten Lagers zu mobilisieren.

Der Sieg der Ultrarechten um Ben-Gvir und Smotrich beruht auf einer innerrechten Wählerwanderung, keinem dramatischen Rechtsrutsch. Die Parteien, die rechts vom Likud und in der Anti-Netanjahu-Koalition waren, haben dramatisch verloren und an diese abgegeben. Trotzdem könnte diese relativ geringen Verschiebung dramatische politische Auswirkungen haben. Aber auch das ist alles andere als gewiss.

Von der Schuld der Deutschen bis zur Transformation des Landes in die „Start-Up-Nation“ – viele Themen haben die DIG-Mitglieder im Lauf der Jahrzehnte beschäftigt. Wie motivieren Sie junge Menschen heute zum Engagement für Israel?

Es ist wichtig, Menschen dort abzuholen, wo sie stehen. Wenn Tel Aviv als coole



Volker Beck

und offene Stadt gilt und die Strahlkraft des innovativen, fortschrittlichen Landes wirkt, sind das zunächst gute Anknüpfungspunkte. Allein das Thema ‚Auseinandersetzung mit der Vergangenheit‘ trägt als Motiv nicht mehr so wie etwa bei der Gründergeneration der DIG.

Für junge Juden in Deutschland – und ich freue mich, dass die DIG heute viel mehr jüdische Mitglieder hat als in der Vergangenheit – bleibt Israel wie bei der Generation ihrer Mütter und Väter die Lebensversicherung. Gleichzeitig wird über das Thema Israel in Deutschland leider immer wieder das Verhältnis zum Judentum und zu Antisemitismus verhandelt.

Und deshalb ist die Arbeit der DIG auch so wichtig für unsere offene Gesellschaft:

Es wäre ja zu verschmerzen, wenn man über Israel und den Nahen Osten nichts weiß, wenn man nicht gleichzeitig so meinungsstark darüber reden würde. Die jüngste Bertelsmann-Studie sagt, 93 Prozent der Bevölkerung sei noch nie in Israel gewesen. Dennoch haben 100 Prozent immer eine Meinung. Manchmal würde ich mir statt der Dauer-Priorisierung des arabisch-israelischen Konfliktes etwas mehr gesundes Desinteresse an Israel wünschen.

Aber angesichts der Zeitgeistsounds – ich nenne nur die akademische Auseinandersetzung innerhalb der Postcolonial Theory, mit der arabischen Phantasie von Israel als Kolonialprojekt (das erste ohne ein Mutterland) – ist es schwerer geworden, für Israel Empathie zu wecken.

Der DIG fehlt bislang eine innovative Organisationsstrategie für neue Zielgruppen. Daran müssen wir im nächsten Jahr arbeiten: Da müssten etwa Fokusgruppen gebildet und motiviert und auch migrantische Communities einbezogen werden. Um junge Leute anzusprechen, haben wir das Junge Forum. Die machen eine tolle Arbeit, aber das muss ausgebaut und in der Fläche verankert werden.

Ist das allseits konstatierte Zunehmen des Antisemitismus faktenbasiert?

Wir haben sehr hohe Zustimmungsraten bei antisemitischen Aussagen; besonders deutlich, wenn es um Israel geht. Und wir sehen in Untersuchungen, dass ein negatives Israelbild mit antisemitischen Haltungen korreliert.

Israel ist eben der „Jude unter den Staaten“ und Antijudaismus ist eine zweitausendjährige Konstante: Juden und Jüdinnen repräsentierten in der christlich-abendländische Geschichte stets das kategorial „Andere“, das zugleich als defizitär und minderwertig verachtet und als übermächtig phantasiert gefürchtet wird. Die Fortexistenz der „ewigen Vorgängerreligion“ stellt den Wahrheitsanspruch der eigenen Religion in Frage.

Während nach dem Zweiten Weltkrieg Antisemitismus oft am Biertisch unter Kumpels und unter dem Weihnachtsbaum

in der Familie blieb, tobt er sich nun in den sozialen Medien aus – dort also, wo das Motto gilt „je schriller, desto mehr Likes“. Gleichzeitig gibt es neue Tendenzen in den Salons: In intellektuelleren Kreisen wirkt sich aus, dass die deutsche und europäische Kolonialgeschichte nie breit aufgearbeitet wurde. Der berechtigte Ruf nach Aufarbeitung dieser Verbrechen wird aber vielfältig gegen das Erinnern an die Shoah positioniert. Geschichtsklitternd wird die Schoa in eine Abfolge von Kolonialverbrechen gestellt und mit einem Angriff auf ihre historische Einzigartigkeit relativiert.

Damit sind wir beim Thema documenta15

Die Kritik an der documenta – gerade auch von der DIG – hat gezeigt, dass die DIG wirkmächtig sein kann. Aber die documenta15 steht auch für eine gravierende Niederlage. Noch nie nach 1945 ist eindeutig festgestellter Antisemitismus ohne Folgen für die Verursacherseite geblieben. Immer galt nach Kritik kommt die Entschuldigung und die Rücknahme der Äußerungen oder die Ächtung der Äußerer. Im Falle der documenta 15 war den Verantwortlichen die Übernachtungsstatistik der Kasseler Hotellerie wichtiger als ihr

Lippenbekenntnis, dass Antisemitismus keinen Platz habe.

Im kommenden Jahr feiert Israel seinen 75. Geburtstag. Was wünschen Sie dem Land?

Ich wünsche Israel eine Rückbesinnung auf und Sammlung um die zionistische Grundidee der Schaffung eines jüdischen demokratischen Staates, eine Heimstatt der Juden mit gleichberechtigter Teilhabe aller seiner Bürgerinnen und Bürger.

Wann waren Sie das letzte Mal in Israel?

Meine letzte Reise nach Israel war vor der Pandemie. Es war eine Reise nach Jerusalem. Tel Aviv lieben – das kann jeder. Ich wollte Hebräisch lernen und habe den ersten Level des Ulpan bewusst an der Hebrew University begonnen. Die Atmosphäre dieser einzigartigen Stadt, diese spannenden Kontraste, die Entdeckungen, die ich für mich als jemand der Kunstgeschichte studiert hat, in Jerusalem machen durfte, wogen manchmal sogar auf, dass das Meer weit weg in Tel Aviv war.

*Die Fragen stellte Claudia Korenke.
Das Interview entstand im November 2022.*

Die Präsidenten

Volker Beck ist der 11. Präsident der 1966 gegründeten Deutsch-Israelischen Gesellschaft.

Seine Vorgänger waren:

1966 – 1967	Gerhard Jahn , Bundesminister a. D.
1967 – 1971	Dr. Ernst Benda , Verfassungsgerichtspräsident a. D.
1971 – 1977	Heinz Westphal , Bundesminister a. D.
1977 – 1991	Dr. h.c. Erik Blumenfeld
1991 – 1994	Dr. h.c. Hans Koschnick
1994 – 2006	Prof. Dres h.c. Manfred Lahnstein , Bundesminister a. D.
2006 – 2010	Dr. h.c. Johannes Gerster
2010 – 2015	Reinhold Robbe , Wehrbeauftragter a. D.
2015 – 2019	Hellmut Königshaus , Wehrbeauftragter a. D.
2019 – 2022	Uwe Becker , Bürgermeister der Stadt Frankfurt/M.
2022 –	Volker Beck , MdB (1994–2017)

Das neue Präsidium und seine Aufgaben



Volker Beck

Präsident
Repräsentanz der DIG nach Innen und Außen

volker.beck@digev.de



Lisa Badum, MdB

Vizepräsidentin
Kontakt zum Bundestag
Regionalbeauftragte Bayern

lisa.badum@digev.de



Dr. Marcus Faber, MdB

Vizepräsident
Kontakt zum Bundestag
Regionalbeauftragter Sachsen-Anhalt

marcus.faber@digev.de



Michelle Müntefering

Vizepräsidentin
Kontakt zum Bundestag

michelle.muentefering@digev.de



Jürgen Hardt, MdB

Vizepräsident
Kontakt zum Bundestag
Antikorruptionsbeauftragter, Personalangelegenheiten

juergen.hardt@digev.de



Vincent David Wolff

Vizepräsident
Prüfung Mitgliederanträge, Social Media
Regionalbeauftragter Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen

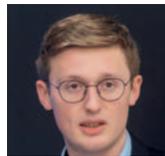
vincent.wolff@digev.de



Anna Staroselski

Vizepräsidentin
DIG-Magazin

anna.staroselski@digev.de



Constantin Ganß

Mitglied des Präsidiums
Repräsentanz bei ConAct
Junges Forum

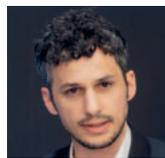
constantin.ganss@digev.de



Jörg Rensmann

Mitglied des Präsidiums
Awareness

joerg.rensmann@digev.de



Aras-Nathan Keul

Mitglied des Präsidiums
Awareness, DIG-Magazin
Regionalbeauftragter Berlin, Brandenburg, Sachsen

aras-nathan.keul@digev.de



Dr. Hermann Kuhn

Schatzmeister, Finanzen, Zuwendungs- und Steuerrecht
Regionalbeauftragter Bremen, Hamburg, Niedersachsen,
Schleswig-Holstein

hermann.kuhn@digev.de



Yoram-Illy Ehrlich

Mitglied des Präsidiums
Regionalbeauftragter
Baden-Württemberg, Saarland, Rheinland-Pfalz

yoram-illy.ehrlich@digev.de



Angelika Scherb

Mitglied des Präsidiums
Awareness
Regionalbeauftragte Nordrhein-Westfalen

angelika.scherb@digev.de



Dr. Alexandra Kurth

Mitglied des Präsidiums
Regionalbeauftragte Hessen

alexandra.kurth@digev.de

Die ersten Monate: Eine Bilanz

12. 6. 2022 Volker Beck wird DIG-Präsident

7. 8. 2022 Besuch der documenta15
Pressemitteilung zur documenta15

17. 8. 2022 Scharfe Kritik am Auftritt Abbas' in Berlin

2. 9. 2022 Pressemitteilung zum Treffen des Weltkirchenrates

8. 9. 2022 Pressemitteilung
„Ökumenischer Rat hat Obsession mit Israel“

12. 9. 2022 DIG begrüßt Memorandum zu Deutsch-Israelischem
Jugendwerk

4. 10. 2022 Offener Brief an die Stadt Freiburg
zur Partnerschaft mit Isfahan

22. 10. 2022 Scharfe Kritik an der Bestellung von
documenta15-Kuratoren als DAAD-Gastprofessoren

22. 10. 2022 DIG fordert „grundsätzliche Neuorientierung“
deutscher Iranpolitik

31. 10. 2022 Angriff vor iranischer Botschaft darf nicht ohne
Konsequenzen bleiben

5. 11. 2022 Neue Allianz zwischen Deutschland, den VAE
und Israel ist starkes geopolitisches Signal
und gut für das Klima

11. 11. 2022 Deutsch-Israelische Gesellschaft fordert Sanktionen
gegen den Iran wieder in Kraft zu setzen

Eine Diskussion, die geführt werden muss:

Antrag an die Hauptversammlung der DIG 2022

Die Jahreshauptversammlung möge beschließen:

Die Deutsch-Israelische Gesellschaft hält an den Grundsätzen fest, die zur Entscheidung der Vereinten Nationen von 1947 geführt haben: Auf dem Gebiet des früheren Mandats Palästina sollten zwei getrennte Staaten entstehen, ein jüdischer Staat und ein arabisch-palästinensischer Staat. Jedes Volk soll das Recht haben, seine Zukunft in einem eigenen staatlichen Gemeinwesen selbst bestimmen und gestalten zu können. Es muss daher die Entscheidung

der Palästinenser bleiben, ob sie dieses Recht zur Geltung bringen wollen; eine Einigung über das Wie ist aber nur in Verhandlungen mit Israel vereinbar. Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte zeigen, dass ein palästinensischer Staat zunächst Einschränkungen seiner Souveränität wird hinnehmen müssen; denn die Fähigkeit zur Verteidigung und der Schutz der Bürgerinnen und Bürger Israels müssen jederzeit gewährleistet sein.

Begründung:

Der Teilungsbeschluss der Vereinten Nationen von 1947 ist die entscheidende Legitimation für die Existenz des jüdischen Staates an den historischen Quellen des jüdischen Volkes in der Gegenwart. Die Bibel kann eine solche Legitimation nicht sein, das historische Königreich der Juden kann nicht die politische Landkarte von heute bestimmen; eine Vielzahl von konkurrierenden Ansprüchen aus späteren Epochen würde dem auch entgegenstehen.

Die Grundlage des UN-Beschlusses war die Konsequenz aus den Erfahrungen der Mandatszeit, zum ersten Mal klar von der Peel-Kommission 1937 begründet, dass nur die Trennung der beiden Völker die Möglichkeit eröffnen könnte, einen Bürgerkrieg zu verhindern. Deshalb sollte jedes Volk für sich und auf seine Weise seine Zukunft selbst gestalten können. Das gilt grundsätzlich noch heute, auch wenn sich die Kräfteverhältnisse geändert haben. Dass mit der Gründung des Staates Israel 1948 nicht gleichzeitig ein arabischer Staat gegründet worden ist, ist bekanntlich nicht die Schuld oder Verantwortung Israels, sondern der arabischen Nachbarländer. Dass in den letzten Jahrzehnten die Führung der Palästinenser keine immer wieder gegebene Gelegenheit genutzt hat, zu einer Lösung zu kommen, ist ebenfalls nicht die Verantwortung Israels.

Die Verantwortungslosigkeit der palästinensischen Führungen, der von ihnen initiierte, unterstützte und geduldete Terror gegen Israel; die Unfähigkeit zu auch nur annähernd demokratischen Verhältnissen unter ihrer Verwaltung, die mehrfach abgelehnten Verhandlungsangebote auf der einen Seite, aber auf der anderen Seite auch die Ausdehnung der jüdischen Siedlungsgebiete seit 1967 haben zu der Behauptung geführt, eine Zwei-Staaten-Lösung sei „tot“. Bei beiden Konfliktparteien, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen, mehren sich diese Stimmen; das gilt auch für die weltweite jüdische Community. Die DIG sollte sich diesen Stimmen nicht anschließen, wenn sie ihren Grundsätzen treu bleiben will. Denn wir können nicht

den einen Teil des UN-Beschlusses als Legitimationsbasis für die Existenz Israels in Anspruch nehmen, den anderen Teil aber einfach negieren. Und kann man den heute lebenden Palästinensern gänzlich das Recht auf Selbstbestimmung verweigern, weil ihre Verwandten und Vorfahren schwere Fehler gemacht haben? Wir müssen dann auch sagen können, was die Alternative ist, die wir für gerecht halten. Einfach weiter so im labilen und unfriedlichen Status quo? Eine Annexion des Westjordanlandes gegen den Willen der Palästinenser? Vielleicht irgendwie föderal mit einigen Selbstverwaltungsrechten der Palästinenser, aber mit einem Zentralstaat in den entscheidenden Kompetenzen, vor allem in der Sicherheits- und Außenpolitik?

Dann aber gibt es nur zwei Möglichkeiten: Entweder bekommen alle Bürgerinnen und Bürger die gleichen Rechte, dann wird aufgrund der Demografie der jüdische Charakter des Staates in absehbarer Zeit in Frage gestellt und umkämpft werden. Die Juden wissen aber, dass sie nie wieder Minderheit in einem Staat werden dürfen, um wirklich sicher zu sein. Oder die „neuen“ palästinensischen Bürgerinnen und Bürger bekommen deswegen nicht alle Rechte, dann wäre dieser Staat kein demokratischer Staat mehr – und deswegen auch vom eigenen Anspruch her kein jüdischer Staat mehr. Das Ansehen Israels in der demokratischen Welt würde schweren Schaden nehmen. Deswegen: Ja, die Gründung eines eigenen palästinensischen Staates erscheint im Augenblick unwahrscheinlich und nicht realistisch. Aber wir sind überzeugt: Nur wenn die DIG an der Zwei-Staaten-Lösung als Ziel festhält, können wir unseren eigenen Ansprüchen und unserer Verpflichtung auf das Fundament des jüdischen Staates und auf die allgemeinen Menschenrechte gerecht werden.

Beschlossen von der Mitgliederversammlung der DIG Bremen/Unterweser e. V. am 2. November 2021

Pro und Zwei-Staaten-Lösung

Der Bremer Antrag, die DIG solle programmatisch am Ziel einer Zwei-Staaten-Lösung festhalten, wurde auf der Hauptversammlung in Köln nicht abgestimmt, sondern dem Präsidium überwiesen. Die DIG muss diese Diskussion weiterführen, da sie den Kern unseres Selbstverständnisses betrifft – und weil interessierte Menschen uns ja fragen, was unsere Haltung und unsere Vision ist.

Der Bremer Antrag sagt nicht, dass die Zwei-Staaten-Lösung Aufgabe des Tages sein könnte, zu der wir Regierung und Gesellschaft Israels auffordern sollten. Es geht vielmehr um die Grundlagen unserer Arbeit hier, um unsere gemeinsame Aufgabe, Verständnis für Israel zu wecken. Und das heißt im Kern immer noch, wie wir aus vielen Kontroversen wissen: für das Existenzrecht des jüdischen Staates einzutreten. Dafür, dass die Juden wie jedes andere Volk, jede andere Nation das Recht auf ihren eigenen Staat haben, der sie und ihre Art zu leben schützt und fördert.

Dieses Existenzrecht, die Legitimität des modernen jüdischen Staates hat sicherlich mehrere Quellen, die entscheidende und bindende aber ist der Beschluss der Vereinten Nationen 1947. Auf ihn berufen sich die Israelis wie ihre Freunde in aller Welt, mit vollem Recht.

Aber wenn wir uns auf diesen Beschluss berufen, dann können wir nicht seinen anderen Teil leugnen, nämlich das Recht auf einen arabischen Staat auf einem anderen Teil des früheren Mandatsgebiets. Wir wissen gut, dass es nicht die Juden waren, die damals die Gründung dieses arabischen Staates verhindert haben. Und dass die arabischen, palästinensischen Führungen

in der Folge fast jeden denkbaren Fehler gemacht haben. Aber das setzt den historischen Anspruch nicht außer Kraft, wir können den Palästinensern nicht sagen: „Das war's, Ihr hattet Eure Chance.“

Im Paragraph 2 unserer Satzung heißt es: „Die Gesellschaft dient der Verständigung der Völker, insbesondere im Nahen Osten.“ Dieser Verpflichtung würde es widersprechen, wenn wir für das Existenzrecht Israels eintreten, aber einem anderen Volk grundsätzlich das Recht absprechen würden, sich selbst zu organisieren. Menschenrechte und Völkerrechte sind unteilbar. Wer sie an einer Stelle beschädigt, beschädigt ihre Geltung insgesamt. Wozu es führt, wenn an ihre Stelle das Recht des Stärkeren tritt, sehen wir gerade in Europa mit Entsetzen.

Vieles ist vollkommen richtig, was als Hindernis für eine mögliche Zwei-Staaten-Lösung heute und wohl auch morgen ins Feld geführt wird. Wir kennen die Stimmen aus allen politischen Lagern, mit unterschiedlichsten Begründungen, die Zwei-Staaten-Lösung sei mausetot. Meine Gegenfrage ist nur: Was ist die Alternative? Wollen wir etwa als DIG eine schrittweise Annexion des Westjordanlandes wohlwollend begleiten? Das ist ja keine rein theoretische Frage.

Es gäbe ja nur zwei Möglichkeiten: Entweder bekämen alle Bürgerinnen und Bürger die gleichen Rechte, dann wird aufgrund der Demografie der jüdische Charakter des Staates in Frage gestellt sein. Die Juden wissen aber, dass sie nie wieder Minderheit in einem Staat werden dürfen, um sicher zu sein. Oder die „neuen“ palästinensischen Bürgerinnen und



Dr. Hermann Kuhn

Bürger bekommen nicht alle Rechte, dann wäre dieser Staat kein demokratischer Staat mehr – und damit auch vom eigenen Anspruch her kein jüdischer Staat mehr. Beides kann ich mit deutsch-israelischer Freundschaft nicht in Verbindung bringen. Deswegen: Ja, die Gründung eines eigenen palästinensischen Staates erscheint im Augenblick unwahrscheinlich und nicht realistisch. Aber ich bin überzeugt: Nur wenn die DIG an der Zwei-Staaten-Lösung als Ziel festhält, können wir unseren eigenen Ansprüchen und unserer Verpflichtung auf das Fundament des jüdischen Staates und auf die allgemeinen Menschenrechte gerecht werden.

Für PRO plädiert Dr. Hermann Kuhn
DIG Bremen

Contra

Gänzlich unbemerkt von der Öffentlichkeit jährte sich am 5. November zum 105. Mal der Jahrestag der Balfour-Deklaration. Die damalige Zustimmung des gleichnamigen britischen Außenministers, in Palästina eine „Heimstätte für das jüdische Volk“ ins Leben zu rufen, war der diplomatische Beginn jüdischer Staatlichkeit – spätestens, als sie 2022 Teil des Völkerbundmandats für Palästina wurde.

Im Wortlaut lautete Balfours Antwort an den britischen Zionisten Lionel Walter Rothschild, 2. Baron Rotschild, folgendermaßen: „Die Regierung Seiner Majestät betrachtet mit Wohlwollen die Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina und wird ihr Bestes tun, die Erreichung dieses Zieles zu erleichtern, mit der Maßgabe, dass nichts geschehen soll, was die bürgerlichen und religiösen Rechte der bestehenden nicht-jüdischen Gemeinschaften in Palästina oder die Rechte und den politischen Status der Juden in anderen Ländern in Frage stellen könnte.“

In jenem Gebiet, das seit der Eroberung Judäas und Jerusalems durch Pompeius 63 vor unserer Zeitrechnung in „Syria Palaestina“ umbenannt worden war, um die Erinnerung an Palästina als jüdisches Königreich und Heimat der Juden auch im Regions-Namen zu tilgen, lebten zur britischen Mandatszeit Juden, Christen und Muslime gleichermaßen – deshalb auch die Erwähnung der „nicht-jüdischen Gemeinschaften“ in Balfours Schreiben.

Ein anderes Volk, eine volksähnliche Gemeinschaft oder Ethnie war in jenem Palästina allerdings weit und breit nicht in Sicht. So versprach man in den unruhigen Zeitläuften vor der israelischen Staatsgründung den Juden schwungvoll ein Siedlungsgebiet, das praktisch ganz Cis-Jordanien und das heutige Israel umfasste. Von diesem Versprechen sind rund 10 Prozent übriggeblieben – das heutige Staatsgebiet Israels.

Von Tag eins der Staatsgründung hieß die Maxime der arabischen Anrainer in Sachen Israel „Land gegen Krieg“. Sie scheiterten bekanntlich krachend. Der israelische Gegen-Gedanke aber, durch Verkleinern des Staatsgebiets könne vielleicht Frieden erzielt werden, scheiterte leider genauso dramatisch. Letztes und vielleicht blutigstes Beispiel dafür: der sogenannte Gaza-Streifen.

Die Menschen, die sich Palästinenser nennen, seitdem PLO-Chef Arafat den Namen zum Kampfbegriff erhob, stammen meist aus dem Libanon und jenem Cis-Jordanien, das heute Jordanien heißt. Zum Großteil wanderten die Haschemiten erst Ende des 19. Jahrhunderts vom heutigen Saudi-Arabien nach Cis-Jordanien ein. Bis heute werden sie als staatenlose politische Manövriermasse von den Arabern missbraucht. Dabei wäre Jordanien der logische Teil einer Zweistaaten-Lösung. Für das Kernland Israel scheidet solch eine Lösung aus, da niemand mit Terrorfürsten verhandeln kann, die die Auslöschung des jüdischen Staats auf ihre Fahnen geschrie-



Daniel Killy

ben haben – mit Unterstützung Irans, Katars und anderer Killerstaaten. Die „Zweistaaten-Lösung“, wie sie in der EU gefordert wird, ist, man mag es beklagen oder nicht, eben doch mausetot. Und die Deutschen sollten sich besonders hüten, Israel zu erklären, was gut für das Land ist. Zumal dieser Blick auf die Dinge klar dem israelischen Wählervotum widerspricht. Frieden und zwei Staaten: Mit Hisbollah, Hamas, Fatah bleibt diese Forderung auf lange Sicht eine wohlfeile, realitätsferne Forderung – leider.

CONTRA gibt Daniel Killy
AG Hamburg



Warum Israels Platz an der Seite der Ukraine ist

Die Islamische Republik Iran beliefert Russland mit Kamikazedrohnen und Raketen für seinen Ausrottungsfeldzug gegen die Ukraine. Damit ist offenbar geworden, dass Moskau und Teheran eine symbiotische Kriegsallianz bilden – und Israel und die Ukraine somit einem gemeinsamen Feind gegenüberstehen, der es auf Vernichtung abgesehen hat: Russland auf die der Ukraine, der Iran auf die Israels. Klar ist damit auch, dass alles, was Russland schwächt, zugleich seinen engen Verbündeten Iran schwächt. Dennoch tut sich Jerusalem weiterhin schwer damit, daraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen und Kyjiw mit dringend benötigten Waffen zu beliefern.

Mit dem bevorstehenden Regierungswechsel in Israel infolge des Wahlsiegs von Ex-Premier Benjamin Netanjahu ist nun sogar die zuletzt deutlich voranschreitende Annäherung zwischen dem jüdischen Staat und der durch den russischen Aggressor in ihrer Existenz bedrohten Ukraine in Frage gestellt. Netanjahu hatte während seiner Amtszeit intensive Beziehungen zu Wladimir Putin gepflegt, die zum Teil weit über das durch machtpolitischen Pragmatismus gebotene Maß hinausging. So wurde Putin bei seinem Besuch in Israel anlässlich seiner Rede zum Holocaust-Gedenktag 2020 in der Gedenkstätte Jad Vashem von Netanjahu als bevorzugter, privilegierter Staatsgast gehoft und belobigt. Gleichsam mit den Weihen des israelischen Regierungschefs durfte der Kreml-Herrscher in Jad Vashem unwidersprochen seine ge-

schichtsrevisionistische Legende von der vermeintlich makellos antinazistischen Sowjetunion ausbreiten und das heutige Russland als den legitimen Erben dieser Tradition anpreisen.

Netanjahu pflegte sich seines guten Drahts zu Putin sogar regelrecht zu rühmen. Wie er sich angesichts des russischen genozidalen Kriegs gegen die Ukraine jetzt, als wahrscheinlicher neuer Regierungschef, gegenüber Moskau positionieren wird, ist unklar. Kein gutes Zeichen ist jedenfalls, dass ihm seine langjährige Putin-Nähe bei seiner Wählerschaft nicht geschadet zu haben scheint. Andererseits ist nur schwer vorstellbar, wie Netanjahu freundliche Beziehungen zu einer Macht aufrechterhalten will, die mit Israels schlimmstem Todfeind im engsten Bunde steht. Zu Recht hat der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj kürzlich darauf hingewiesen, dass Russland dem iranischen Regime im Gegenzug für dessen Unterstützung seines Terrorkriegs in der Ukraine bei der Entwicklung von Atomwaffen behilflich sein dürfte.

Wütender Kreml

Dabei haben sich die ukrainisch-israelischen Beziehungen jüngst deutlich intensiviert. Vorvergangene Woche gab Präsident Selenskyj die Aufnahme von geheimdienstlicher Kooperation zwischen beiden Ländern bekannt. Er sei zufrieden mit dieser Entwicklung und sehe „Schritte nach vorne“, erwartet aber laut „Jerusalem Post“ noch mehr Zusammenarbeit, „weil

Israel ein Staat ist, der im Detail weiß, was Krieg und Tragödie sind, und weil die israelische Gesellschaft die Ukrainer voll und ganz unterstützt.“ Er wünsche sich, dass sich die Beziehungen zwischen den Regierungen in Jerusalem und Kyjiw ebenso warmherzig gestalten wie die zwischen ihren Gesellschaften.

Konkret geht es um von der Ukraine mit großer Dringlichkeit erbetene israelische Waffenlieferungen, die ihr Jerusalem bisher verweigert. Der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba hat kürzlich eine formelle Anfrage an Jerusalem nach Raketenabwehrsystemen gerichtet und diese in einem Telefonat mit Premierminister Yair Lapid wiederholt. Israels Verteidigungsminister Benny Gantz aber genehmigte nur die Bereitstellung von Frühwarnsystemen vor Raketenangriffen, nicht aber die von Abwehrwaffen.

Bereits das hat wütende Reaktionen und wüste Drohungen vonseiten des Kreml hervorgerufen. So gab einer von Putins fanatischsten Hasspredigern, der Ex-Präsident Dimitri Medwedew, Israel auf extrem aggressive Weise zu verstehen, Waffenlieferungen an die Ukraine würden „alle zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen unseren Ländern zerstören“. Von derartigen Drohungen hat sich Israel doch aber noch nie einschüchtern lassen – warum sollte es jetzt damit anfangen? Sie sollten den israelischen Sicherheitspolitikern vielmehr dahin gehend zu denken geben, was solche „zwischenstaatliche Beziehungen“,

die auf derart herrisch-erpresserische Weise zur Disposition gestellt werden, eigentlich überhaupt wert sind.

Gewachsene Rolle Israels

Die bisherige israelische Zurückhaltung hat indes zwei Gründe: einen prinzipiellen und einen taktischen. Schon immer ist die Außenpolitik des jüdischen Staats dem Grundsatz gefolgt, sich aus globalen Konflikten herauszuhalten, die nicht unmittelbar die eigenen Sicherheitsinteressen betreffen. Es ist die außenpolitische Haltung eines von Todfeinden belagerten und seit seiner Gründung in seiner Existenz bedrohten Staats, der sich gezwungen sieht, allgemeine moralische Maximen hinter die Erfordernisse seines unmittelbaren Überlebens zurückzustellen. In diesem Sinne kooperierte Israel auch mit fragwürdigen Partnern wie dem damaligen rassistischen Südafrika, um von ihm Uran für seine nukleare Bewaffnung zu erhalten – die sich dann als ultimative Überlebensgarantie für den jüdischen Staat erwiesen hat.

Doch befindet sich Israel tatsächlich noch in derselben Situation wie damals? Die Friedensvereinbarungen mit arabischen Staaten haben die Akzeptanz des jüdischen Staats im Nahen Osten deutlich erhöht und seine Sicherheitslage erheblich verbessert. Sogar mit dem in weiten Teilen von der Hisbollah dominierten Libanon hat Jerusalem kürzlich ein historisches Abkommen zur gemeinsamen Förderung der Gasvorkommen vor der Küste beider Länder geschlossen. Die herausragende Bedeutung Israels für die Zukunftsentwicklung des Nahen Ostens wird in der gesamten Region zunehmend anerkannt. Vor diesem Hintergrund könnte es sich Israel durchaus leisten, sich selbstbewusst auch in weltpolitischen Grundsatzfragen stärker zu Wort zu melden, die nicht unmittelbar – aber sehr wohl langfristig – seine Sicherheitsinteressen tangieren.

Akut existenziell bedroht wird Israel einzig noch von der Islamischen Republik Iran sowie ihren Vasallen und Stellvertretertruppen in der Region. Dies ist, nicht nur wegen der nuklearen Ambitionen Teherans, allerdings eine enorme Bedrohung. Umso widersinniger wäre es da, wenn sich Israel dauerhaft an das Wohlwollen ausgerechnet jener Macht binden sollte, die als

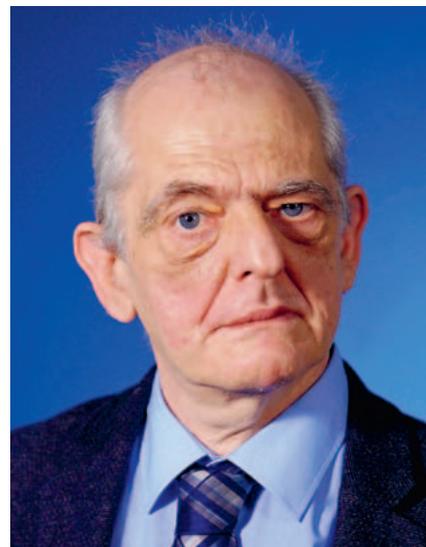
mächtigster Unterstützer und Protektor des Iran und seines eliminatorisch antisemitischen Regimes agiert.

Der primäre taktische Grund für Israels Zurückhaltung gegenüber der Ukraine ist, dass es unter allen Umständen eine direkte Konfrontation mit Russland auf dem syrischen Schlachtfeld vermeiden will. Mit dem Kreml hat Jerusalem einen Konfliktvermeidungsmechanismus ausgehandelt, der es der israelischen Luftwaffe ermöglicht, iranische Ziele in Syrien anzugreifen, ohne mit der dortigen massiven russischen Militärpräsenz ins Gehege zu kommen. Doch mit dem faktischen Kriegseintritt des Iran auf russischer Seite stellt sich verstärkt die Frage, wie verlässlich derartige Zusagen des mittlerweile wild um sich schlagenden Aggressorstaats Russland noch sind.

Kreml-Antisemitismus

Putins früher gerne zur Schau gestellte Judenfreundlichkeit sollte man jedenfalls auf keinen Fall als Garantie dafür nehmen, dass sie auf Dauer eingehalten werden. Die antisemitischen Ausfälle seines außenpolitischen Kettenhunds Lawrow haben unlängst den wahren jüdenfeindlichen Kern des putinistischen Regimes und seiner Ideologie offenbart. Und nach Feststellung der Europäischen Agentur für Grundrechte hat der russische Angriffskrieg die Verbreitung des Antisemitismus in Europa weiter angeheizt. Die Propagandisten und Desinformationskrieger des Kreml sind eifrig dabei, ihn zu schüren.

Überdies: Hat Israel wirklich Grund, sich allzu sehr vor potenziellen russischen Angriffen an der syrischen Front zu fürchten? Russland hat in den vergangenen Monaten einen Großteil seiner militärischen Kräfte aus Syrien abgezogen, und angesichts fortgesetzter erheblicher Verluste in der Ukraine dorthin verlegt. In dieser Situation ist nur schwer vorstellbar, dass sich Moskau auf einen offenen kriegerischen Konflikt mit Israel einlassen würde. Zumal die militärischen Erfolge der Ukraine den Mythos von der überwältigenden Schlagkraft der russischen Armee massiv erschüttert hat. Da darf man davon ausgehen, dass es auch die – weitaus besser als die Ukraine ausgerüsteten – israelischen Streitkräfte mit Putins Truppen aufnehmen könnten. Und



Dr. Richard Herzinger

zu guter Letzt: Israel als Atommacht kann vom Kreml nicht ohne weiteres mittels nuklearer Drohungen erpresst werden.

Der jüdische Staat steht nun vor einer strategischen Grundsatzentscheidung: Soll er an seiner Taktik festhalten, Konflikten mit Russland möglichst aus dem Weg zu gehen – und sich damit tendenziell von Moskaus Willkür abhängig machen? Oder soll er der Zerstörung der globalen Ordnung und des internationalen Rechts durch den Terrorstaat Russland sowie dem russischen Vorherrschaftsstreben im Nahen Osten offensiv entgegenzutreten? Die Antwort dürfte nach Abwägung aller Faktoren klar sein. Es gilt, was Israels Diasporaminister Nachmann Schai vor einigen Wochen anlässlich der Waffenlieferungen Irans an Russland getwittert hat: „Die Zweifel darüber, wo Israel in diesem blutigen Konflikt stehen sollte, sind vorbei. Es gibt keinen Platz mehr für Selbstgerechtigkeit. Es ist an der Zeit, dass wir der Ukraine militärische Hilfe leisten, wie es die USA und die NATO tun.“

Richard Herzinger

Dr. Richard Herzinger, geboren 1955 in Frankfurt am Main, lebt und arbeitet als Publizist in Berlin. Als Autor, Redakteur und politischer Korrespondent war er für „Die Zeit“, den Berliner „Tagespiegel“, die Züricher „Weltwoche“ und zuletzt fast 15 Jahre lang für „Die Welt“ und „Welt am Sonntag“ tätig.



Sami Alkomi und Nina Coenen

Geflüchtete gegen Antisemitismus in ihrer Community

Keine Angst vor niemandem

Montag Abend in Berlin Pankow. Ich besuche Sami Alkomi und seine Frau Nina Coenen. Sie leben in einer ruhigen Wohnstraße. Wir sitzen um einen großen Esstisch, der reich gedeckt ist mit Pizza, Keksen, Schokolade, Cola und Wasser. Sami holt sein Tablet und zeigt mir ein Youtube-Video, das im Mai 2021 bei einer israelfeindlichen Demonstration am Hermannplatz in Berlin Neukölln aufgenommen wurde. Zu sehen ist eine Menschenmenge, die ruft: „Allah möge Tel Aviv zerstören!“ Sami ist fassungslos. „Sie wiederholen das immer wieder als würden sie sich zum Kampf bereit machen.“

Damals, im Mai 2021, beschossen die Hamas und der Islamische Dschihad vie-

le israelische Städte vom Gaza-Streifen aus mit Raketen. Die israelische Armee reagierte daraufhin mit Luftangriffen auf den Gaza-Streifen. In Berlin Neukölln, Kreuzberg und Mitte gingen mehrere Tausend Menschen auf die Straße und protestierten gegen „die israelische Aggression in Palästina“.

Als Sami Alkomi damals die Bilder von diesen Demonstrationen in den Abendnachrichten sah und hörte, wie viele junge Menschen auf den Berliner Straßen ‚Scheiß-Jude‘ riefen, war er erschüttert.

„Mein erster Gedanke war: Das hätte niemals passieren dürfen“, sagt Sami. „Nicht in Deutschland. Nicht so.“

Und besonders nicht von jungen Menschen, weil ich bin davon überzeugt, dass sie benutzt worden sind.“

Sami Alkomi ist in Syrien geboren. Als er neun Jahre alt war, kam er mit seiner Familie nach Deutschland. Das war 1990. Seine Muttersprache ist Arabisch und er versteht nicht nur jedes Wort, das bei israelfeindlichen Demonstrationen geschrien wird. Er versteht auch die kulturellen Codierungen der Sprechchöre, die viele Deutsche nicht erfassen.

Wenn zum Beispiel bei einer Demonstration gerufen wird: „Chaibar, Chaibar, ya Yehud...“, dann ist für Sami Alkomi sofort klar, dass das als antisemitische

Gewaltandrohung zu verstehen ist. „Das bedeutet so viel wie „Chaibar, Chaibar, ihr Juden, die Armee Mohammeds wird wiederkehren. Chaibar war ein Stamm der Juden auf der arabischen Halbinsel, die von den Arabern vernichtet wurden. Da wird nochmal die Idee der Vergangenheit aufgegriffen, um zu sagen, „ok, wir können die in die Gegenwart oder in die Zukunft transportieren.““

Zutiefst verwurzelter Judenhass

„Ich komme aus einer Gesellschaft, das muss man einfach so sagen, die tatsächlich zutiefst verwurzelten Antisemitismus in sich trägt“, sagt Sami. „Nicht nur geschichtlich, sondern auch religiös.“ Als Sami nach Deutschland kam, wurde er sich nach und nach seiner jüdenfeindlichen Prägung bewusst. „Ich kam zum Entschluss, dass ich, um hier Fuß zu fassen, diesen Antisemitismus, der in meinem Kopf rumschwirrte, einfach abhaken musste, sonst würde ich hier in dieser Gesellschaft nicht ankommen.“ Für Sami war das ein „Riesenschritt“, wie er sagt. Heute versucht er zusammen mit seiner Frau Nina Menschen, die neu aus der arabischen Welt nach Deutschland gekommen sind, dabei zu helfen, einen Weg aus ihrer antisemitischen Vorprägung zu finden.

Samis Frau Nina erinnert sich noch gut daran, was sie empfand, als sie zum ersten Mal einen Facebook-Post einer Verwandten von Sami sah, der ganz klar antisemitisch war: „Das war für mich ein kompletter Tabubruch.“ Sie zeigte den Post Sami und konnte es kaum glauben, als Sami ihr entgegnete: „Ja, das ist für arabische Verhältnisse normal.“ Nina sagt, „das musste ich dann erstmal verdauen“.

Demokratielotsen

Hauptberuflich sind Nina und Sami Moderatoren. Als 2015 viele Menschen aus Syrien und dem Irak nach Deutschland flohen, gründeten sie einen Verein mit dem Namen „Demokratielotsen“. Nina und Sami wollen Geflüchteten helfen, in der deutschen Gesellschaft anzukommen. Sie gehen in Wohnheime für Geflüchtete und sprechen mit ihnen über Gleichberech-

tigung zwischen Männern und Frauen, Gewaltfreiheit und Toleranz gegenüber anderen Religionen und Kulturen. Später drehen sie gemeinsam mit den Geflüchteten Videos, die anderen Geflüchteten diese Werte und Normen erklären und veröffentlichen die Filme auf ihrer Facebook-Seite. Auf arabisch mit deutschen Untertiteln und deutsch mit arabischen Untertiteln. R.Future-TV heißt ihr Kanal.

Jamou und Sipan gehören zum Team von R.Future TV. Auch sie kommen heute Abend zu Nina und Sami zu Besuch. Beide sind 2015 nach Deutschland geflohen, aus Syrien. Sipan kam allein, Jamou brachte seine Frau und seine Kinder mit. Er ist eigentlich Kurde. Nina und Sami kamen einmal in der Woche in ihr Wohnheim und luden dort zu Diskussionen ein. „Das sprach sich dann rum und es kamen immer mehr. Wir waren eine ganze Zeit lang zwischen zehn und 20 Leute“, erinnert sich Nina.

Deutschland verstehen

Jamou gefiel Samis und Ninas Sprache auf Anhieb, wie er sagt. „Ich war neu in Deutschland und wollte unbedingt lernen. Mir war klar, dass ich bei euch lernen kann, meine neue Umgebung zu verstehen.“ Si-

pan kam über einen Freund zu der Gruppe von Sami und Nina. Er war überrascht von den Themen: Radikalisierung, Extremismus, Hass gegenüber Andersdenkenden. „Das war spannend“, sagt er. „Ich muss gestehen, dass ich sehr viel Hass mitgebracht habe. Bei euch konnte ich mir dessen bewusst werden und verstehen, dass es auch andere Wege gibt. Es war eine intensive Lernphase und ich bin noch nicht fertig damit.“

Die Diskussionen im geschützten Raum waren aber nur der Anfang. Nina und Sami hatten den Anspruch, mehr Leute zu erreichen. „Wenn wir dann ein Thema so durchgekaut haben und gesagt haben, so, jetzt sind wir von der Gruppe auf ’nem Niveau, dass wir nach draußen gehen können, dann war der Schritt, wo die Einzelnen nicht nur Lernende waren, sondern sie waren Multiplikatoren, die die Themen nach draußen getragen haben.“ Die Filme von R.Future TV waren erfolgreich. Die Gruppe bekam Preise und die Presse kam. Es gab einen Artikel über Jamou in der „Washington Post“, und über Sipan in der „Welt“. Zugleich fingen aber auch die Schwierigkeiten an, denn jetzt galt es, Gesicht zu zeigen, erinnert sich Nina. „Und das war beim Thema Antisemitismus ganz besonders schwer.“



Jamou, Nina und Sami beim Besuch der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen.

„Hallo und herzlich Willkommen bei R. Future TV. Flüchtlinge für Demokratie und Menschenrechte.“ So beginnen die Videos von R. Future TV. „Dieses Mal möchten wir uns mit Antisemitismus beschäftigen. Ein Thema, das viele Bereiche berührt: Politik, Terror, Religion, deutsche Vergangenheit und deutsche Gegenwart“, heißt es am Anfang ihres Films über Antisemitismus. Anfangs traute sich niemand in der Gruppe mitzumachen. Viele wollten gern, sorgten sich aber um ihre Familie in Syrien oder hier in Berlin und hatten Angst, Ärger zu bekommen. „Und dann war tatsächlich Jamou der Erste und ohne ihn hätten wir diesen Film über Antisemitismus nicht realisieren können“, erzählt Nina. Der Film zeigt, wie Nina, Sami und Jamou das Konzentrationslager Sachsenhausen besuchen. Sie sprechen über den Nationalsozialismus und den Alltag im Lager. Und dann fragt Nina Jamou: „Was denkt man in der arabischen Welt über Hitler? Hält man ihn für einen guten oder schlechten Mann?“ Und Jamou antwortet: „Die Araber finden ihn sehr gut, weil er viele Juden ermordet hat.“ Nina fragt nach: „Und das ist gut in der arabischen Welt?“ Ganz offen und ohne Angst erzählt Jamou von den Einstellungen seiner Community gegenüber den Juden: „Viele sagen, dass das gut war, weil er uns von den Juden befreit hat.“

Heftiger Shitstorm

Zuerst wurde der Film auf der Facebook-Seite von R. Future TV veröffentlicht. „Da war noch alles relativ ruhig“, sagt Nina.

„Das interessiert mich alles nicht, weil ich nun mal hier bin. Ich habe keine Angst vor niemandem!“

„Wir haben eine Abonnentenschaft, die weiß, was wir da machen“. Aber dann war eine arabischsprachige Seite daran interessiert, den Film zu veröffentlichen, die mehr Abonnenten erreicht als R. Future TV. „Dort wurde der Film ausschnittsweise gezeigt und danach ging so ein Shitstorm los, dass die nach vier Stunden den Film aus dem Netz genommen und neu geschnitten haben. Ich habe nur ein paar Kommentare gelesen und war dann



Das Team von R. Future TV.

tatsächlich froh, dass sie's rausgenommen haben, weil es wirklich sehr heftig war.“

Jamou bekam zunächst nichts von dem Shitstorm im Netz mit. Die bösen Kommentare waren nur kurze Zeit online. Er glaubt, dass die Leute, die ihn online beschimpft haben, die Ideologie von Djihadisten vertraten. Nina machte der Shitstorm gegen Jamou sehr zu schaffen. Sie fürchtete um die Zukunft ihres ganzen Projekts. „Ich dachte, jetzt kippt's, jetzt wird alles vorbei sein, jetzt wird niemand mehr bei einem unserer Filme mitmachen wollen. Als wir dann am nächsten Sonntag zusammenkamen, fragten sich die Leute gegenseitig: ‚Hast du das gelesen, ja, ich hab' das auch gelesen und da wurde das geschrieben und der hat das geschrieben‘ und Jamou war zuerst ganz ruhig und irgendwann sagte er: ‚Ich bin nicht nach Deutschland gekommen, damit die mir erzählen, was ich sagen darf oder nicht.‘“

Jamou machte weiter und steckte die Anderen mit seiner Haltung an.

Nina war sehr erleichtert: „Mit diesem ‚Jetzt erst recht‘ hat er die anderen mitgezogen und es hat im Gegenteil dazu geführt, dass wir, als wir später noch andere Projekte gegen Antisemitismus ge-

macht haben, nie mehr Schwierigkeiten hatten, Leute für die Kamera zu finden. Es war so eine Tür durchbrochen. Aber das lag an ihm. Dafür bin ich ihm bis heute dankbar.“

Jamou sagt, er habe sehr viel Hass gegen Juden mit nach Deutschland gebracht. „Als wir hierherkamen, haben wir alles mit unseren eigenen Augen gesehen. Wir haben mit Nina und Sami diesen Film gemacht und Juden getroffen. Da verstand ich plötzlich: Die Juden sind ja wie wir normale Menschen, also nicht wie dieses Bild, das ich von meiner Heimat mitbekommen habe, es sind sogar gute Menschen! Warum soll ich sie hassen?“

Von dem Shitstorm, der auf die Veröffentlichung ihres Films über Antisemitismus folgte, haben sich weder Nina und Sami noch die Geflüchteten einschüchtern lassen. Sie arbeiten weiter und wollen unreflektierten Hass gegen Juden und Israelis ins Bewusstsein der arabischen Community holen.

Endlich am Ziel?

Thamer treffe ich in einem Wohnheim für Geflüchtete. Er war 34 als er mit Nike Sneakers an den Füßen die Türkei, Griechenland, Mazedonien, Serbien, Kroatien,

Slowenien und Österreich durchquerte bevor er im Herbst 2015 in einer Notaufnahmestelle im Berchtesgadener Land ankam. Endlich war er am Ziel. Angekommen in dem Land, von dem sein Vater ihm oft erzählt hatte. In Deutschland sei der Einzelne frei und jeder Mensch habe einen Wert, so hatte es sein Vater beschrieben. Genau das vermisste Thamer im Irak, wo er als ältester Sohn eines Scheichs von Kindesbeinen an zur Verantwortung für einen der 30 großen Stämme des Landes erzogen wurde, wo jeder Schritt und selbst sein Verhalten im Schlaf von seinen Eltern und Verwandten beobachtet und ausgewertet wurde, wo sein Bruder von Milizen getötet und er selbst von einem Bombsplitter getroffen wurde und von wo seine Frau und seine beiden Töchter 2012 in die USA fliehen mussten.

Thamer sehnte sich nach Freiheit. Und Deutschland war das Land, in dem er die Erfüllung seiner Sehnsucht suchen wollte. Aber in den ersten Monaten nach seiner Ankunft ließ die Erfüllung auf sich warten: Thamer begegnete überforderten Verwaltungs-Beamten, in den Notunterkünften in Bayern, Baden-Württemberg, Hamburg und Berlin fehlte es an Hygiene und Privatsphäre. Unzählige Stunden musste er in zu leichter Kleidung unter Regen und Kälte auf Formulare und

Stempel warten, die auch nur sein Recht auf ein Feldbett und eine heiße Suppe bescheinigten. All dies ließ ihn manchmal an den Geschichten seines Vaters über Deutschland zweifeln.

Meine jüdische Familie in Berlin

„Es dauerte sechs Monate bis ich hier zum ersten Mal positive Gefühle entwickeln konnte“, sagt er. „Es kamen Leute zu uns ins Heim, die uns helfen wollten. Darunter waren auch Nina und Sami und eine jüdische Familie. Endlich bekam ich Kontakt zu der neuen Welt, in der ich lebte. Die jüdische Familie hat mir sehr geholfen. Ich war sehr verschlossen in dieser Zeit. Sie waren meine Befreier. Ich liebe sie bis heute. Sie sind meine Familie hier. Sie haben mir hier geholfen, nicht die anderen. Wenn sie ihre jüdischen Feiertage feierten, luden sie mich ein. Ich ging hin und feierte mit.“

Thamer weiß, dass er in seinem Wohnheim mit niemandem positiv über Israel und Juden sprechen kann. Aber „schlecht über sie reden, das kann ich hier mit jedem“. Innerhalb der arabischen Community gelten die Codes der Stammesgesellschaften weiter, aus denen die Menschen nach Deutschland geflohen sind. Sami erklärt: „Die Gemeinschaft ist im Orient viel stärker als die Gesetze, fast heiliger als

die heiligen Bücher an sich und du wirfst dich automatisch raus, wenn du nicht zumindest positiv zum Negativen gegenüber Israel und Juden bist. Du musst zumindest sagen: „Ja, hast ja Recht.““ Im Gegensatz zu Sami vertritt Nina in der Gruppe nicht die arabische Perspektive, sondern die deutsche, sagt sie. „Ich vertrete den Anspruch, den Deutschland an Menschen hat, die hier neu herkommen. Und dieser Anspruch ist zum Beispiel, das Existenzrecht Israels anzuerkennen“, sagt Nina entschieden. „Das ist so etwas wie der Offenbarungseid. Du möchtest hier partizipieren, Du willst ein Teil dieses Landes sein, Du stellst Forderungen, Du willst Rechte haben, das ist aber auch mit bestimmten Dingen verbunden und diese Dinge hast Du hier abzuleisten.“

Für Nina ist das Existenzrecht Israels nicht verhandelbar. Sie wünscht sich, dass die weit verbreitete Israel-Feindschaft unter Geflüchteten von der Politik und den Behörden klarer benannt wird. „Das Wichtigste ist für uns, dass wir nicht in der Minderheit sind mit diesem Brechen von Tabus. Also, dass wir das Thema der Anerkennung des Existenzrechts Israels breit formulieren. Dass die Geflüchteten wissen, das muss so sein.“

An diesem Abend sitze ich noch lange mit Jamou, Sipan, Nina und Sami um den großen Tisch zusammen. Die vier erinnern sich an gemeinsam Erlebtes, necken sich gegenseitig und lachen viel. Irgendwann haben alle Hunger. Nina zeigt auf ein Stück Pizza und fragt ihren Mann: „Sami, Entschuldigung, ist das Schweinefleisch hier auf dem Ding?“ „Nein, Hähnchen!“, sagt Sami. Jamou und Sipan lachen und es fällt das Wort „Chazir“. „Heißt Schweinefleisch auf Arabisch auch chazir?“, frage ich. „Ja, chazir“, sagt Sami. „Auf Ivrit auch!“, sage ich. „Ja, natürlich!“, lacht Sami.

Ruth Kinet

Dr. Ruth Kinet ist freie Journalistin und arbeitet für den öffentlich-rechtlichen Hörfunk. Sie hat von Ende 2007 an fünf Jahre in Israel gelebt und von dort für Fernsehen, Hörfunk und Print berichtet. 2003 wurde sie an der Freien Universität Berlin in Kolonialgeschichte promoviert.



Jamou, Sami und Nina sprechen über die Judenverfolgung im Nationalsozialismus.

Ministerpräsident a. D. Volker Bouffier erhält Ehrensiegel der Jüdischen Gemeinde



Ministerpräsident a. D. Volker Bouffier mit Professor Dr. Salomo Korn (4.u.5. von links) und dem Vorstand der Jüdischen Gemeinde Frankfurt

Die Jüdische Gemeinde Frankfurt am Main K.d.ö.R. hat ihre höchste Auszeichnung, das Ehrensiegel der Jüdischen Gemeinde Frankfurt, an den ehemaligen hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier verliehen.

An der feierlichen Verleihung im Ignatz Bubis-Gemeindezentrum nahmen über 300 Gäste teil, darunter zahlreiche Repräsentanten der Kommunal- und Landespolitik, Vertreter von Religionsgemeinschaften und der Stadtgesellschaft sowie Mitglieder der Jüdischen Gemeinde Frankfurt.

Der Vorstandsvorsitzende der Jüdischen Gemeinde Frankfurt am Main, Prof. Dr. Salomon Korn erklärte in seiner Laudatio: „Volker Bouffier hat sich in seiner gesamten 12-jährigen Amtszeit als Ministerpräsident des Landes Hessen als wahrer und verlässlicher Freund der Jüdischen Gemeinde Frankfurt und der gesamten jüdischen Gemeinschaft in Hessen erwiesen. Er hat sich in außerordentlicher Weise

für den Schutz und für die Förderung jüdischen Lebens in unserer Region eingesetzt. Wir freuen uns sehr, dass wir heute unsere höchste Auszeichnung, das Ehrensiegel der Jüdischen Gemeinde Frankfurt am Main an Volker Bouffier verleihen. Er steht damit in einer Reihe mit all' den Persönlichkeiten, die für ihr Engagement für die jüdische Gemeinschaft in Hessen in die Geschichte eingehen werden.“

Volker Bouffier sagte in seiner Dankesrede: „Der Einsatz für die jüdische Gemeinde und die Juden in Hessen waren mir immer ein persönliches Anliegen. Die heutige Auszeichnung ist für mich eine hohe Ehre, aber auch Verpflichtung mich weiter für die Juden in Hessen und Deutschland einzusetzen.“

Die Preisverleihung begann mit einem Empfang für die Gäste und einer Begrüßung durch das Vorstandsmitglied der Jüdischen Gemeinde Frankfurt, Prof. Dr. Leo Latasch und wurde musikalisch vom

Ensemble Perismon, des Musikerkollektivs Bridges, das internationale Musiker mit und ohne Flucht- sowie Migrationshintergrund zusammenführt, festlich umrahmt.

Das Ehrensiegel der Jüdischen Gemeinde Frankfurt wird in unregelmäßigen Abständen an herausragende Persönlichkeiten aus Politik, Kultur und Stadtgeschehen sowie jüdischen Institutionen verliehen, die sich in besonderer Weise für das Jüdische Leben in Frankfurt und Hessen eingesetzt haben. Es wird als Silbersiegel gefertigt und ist eine Replika des alten Siegels der Israelitischen Gemeinde Frankfurt am Main in Silber (s. Abbildung). Das Ehrensiegel wurde zum 13. Mal verliehen. Bisherige Preisträger waren unter anderem Dr. Walter Wallmann (1985), Holger Börner (1986), Ignatz Bubis (1987), Trude Simonsohn (1996) und Arno Lustiger (2000).



Ehrensiegel der Jüdischen Gemeinde Frankfurt am Main:

(Inscript auf Replika des Siegels der Israelitischen Gemeinde Frankfurt am Main: Hebräisch transkribiert: „Kahal Adath Jeschurun Yibbanhe'h Irenu – Amen“, Deutsch: „Gemeinde Adath Jeschurun“. Unsere Stadt möge aufgebaut werden – Amen“, mit Stempel in der Mitte abgekürzt für Frankfurt am Main.)



Deutsch-Israelische Jugendgruppe im Wattenmeer bei Cuxhaven ...

Ein Austausch ermöglicht den Teilnehmenden zwei neue Perspektiven: Einerseits lernt man seine Heimat neu kennen, andererseits erlebt man ein neues Land. So erging es auch der deutsch-israelischen Jugendgruppe, die ihre Sommerferien je eine Woche in Israel und Deutschland gemeinsam verbrachten. Während dieser Zeit wurde sich gegenseitig kennengelernt, viel voneinander gelernt und aus fremden Personen zweier unterschiedlicher Länder wurden Freunde. Nach zwei Jahren unfreiwilliger Corona-Pause konnten sich Jugendliche aus Netanya und Buxtehude diesen Sommer erstmals wieder persönlich begegnen. Ausgebildete Jugendgruppenleiterinnen auf deutscher und auch auf israelischer Seite begleiteten die Jugendlichen während des Austausches.

Zu dem einzigartigen Erlebnis trug auch das abwechslungsreiche Programm bei. Egal ob Netanya oder Jerusalem erkundet, im Toten Meer gebadet oder die Schultern unter der erdrückenden Last der Holocaust-Gedenk- und Bildungsstätte „Masuah“ schwer wurden – Israel hat eine unglaubliche Vielfalt an neuen Eindrücken zu bieten. Die Jahrtausende zurückreichende Geschichte, die an vielen Orten fast greifbar nahe ist, die Mischung vieler Kulturen und die weltoffenen Bewohner und Bewohnerinnen lassen die Vielfalt dieses Landes in einer Woche nur erahnen. Doch auch in Deutschland waren die Erlebnisse vielfältig. So wurde die KZ-

Gedenkstätte Bergen-Belsen besucht, eine Schnitzeljagd durch Buxtehude und eine Kanutour auf der Oste veranstaltet, das Wattenmeer in Cuxhaven besucht und im dortigen Kletterpark manche Angst gemeinsam überwunden. Selbst widrige Umstände, wie beim Flug verlorenes Reisegepäck, stärkten nur die deutsch-israelische Verbundenheit. Am Ende fiel allen der Abschied sichtlich schwer, doch der Kontakt bleibt dank Whatsapp, Instagram und TikTok bis zum nächsten Besuch erhalten. Denn wiederkommen wollen die Buxtehuder Jugendlichen unbedingt – Israel hat sie stark beeindruckt und der Jugendaustausch Lust auf mehr gemacht. Den Israel-Austausch nach Netanya, einer rund 200.000 Einwohnerinnen und Einwohner zählenden Großstadt an der Mittelmeerküste, organisiert der Stadt-

jugendring Buxtehude e.V. bereits seit sieben Jahren, in diesem Jahr erstmals in Kooperation mit der Deutsch-Israelischen Gesellschaft e.V. (DIG), Arbeitsgemeinschaft Buxtehude. Austauschpartner auf israelischer Seite ist das Matnasgan Community Center East Netanya. Der Austausch wird von dem Koordinierungszentrum Deutsch-Israelischer Jugendaustausch (ConAct) sowie den kommunalen Jugendämtern gefördert. Ein weiterer Austausch mit Netanya ist geplant: dann startet eine Gruppe Buxtehuder Jugendleiterinnen und Jugendleiter zum Fachkräfteaustausch nach Israel und arbeitet mit dem israelischen Partner an der inhaltlichen und pädagogischen Ausgestaltung des Jugendaustausches im kommenden Jahr.

Anna Bundt
DIG Buxtehude



...und an der Steilküste von Netanya

Weimar, das JuFo und der Historikerstreit 2.0

Israelpedia-Seminar befasst sich mit postkolonialen Theorien

Der „Historikerstreit 2.0“ stand im Mittelpunkt des zweiten Israelpedia-Seminars des Jahres, den das Junge Forum in Weimar veranstaltete. Dabei wurde gemeinsam versucht, die gegenwärtige Debatte um die vermeintliche Gegenüberstellung von postkolonialer Theorie und Antisemitismusforschung zu entwirren und produktiv zu diskutieren. Wichtiges Ziel war es, in diesem Rahmen die verschiedenen historischen, wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Stränge der Diskussion zu identifizieren und zu unterscheiden, um Anknüpfungspunkte für die israelsolidarische und antisemitismuskritische Arbeit auszumachen.

Argumente der Debatte um postkoloniale Sichtweisen auf den Holocaust und deren Kritik findet man immer wieder in Streits um aktuelle Vorfälle wieder, sei es die Debatte um Achille Mbembe, die Documenta in Kassel oder BDS im Allgemeinen. Dass das Thema viele junge Leute beschäftigt, zeigten die Anmeldezahlen für das Seminar: Nachdem die vorgesehenen 30 Plätze schon nach wenigen Stunden ausgebucht waren, wurde das Kontingent aufgestockt und am Ende nahmen 50 Personen am Wochenendseminar teil – darunter auch zwei Mitglieder der israelischen Partnerorganisation des Jungen Forums, des JuFo IDG.

Bereits zwei Wochen vorher gab es im Rahmen eines Online-Vorbereitungsseminars eine inhaltliche Heranführung zum sogenannten (Ersten) „Historikerstreit“ der 1980er Jahre. Im Fokus des eigentlichen Seminars in Weimar standen dann

verschiedene Vorträge und ein gemeinsamer Workshop zu den Diskussionen im 21. Jahrhundert. Den Anfang machte der israelische Soziologe Natan Sznajder, der mit dem Verweis auf sein neuestes Buch „Fluchtpunkte der Erinnerung“ vor allem Fragen zu Sinn und Zweck der gegenwärtigen Debatte aufwarf. Er ging dabei auf die wissenschaftliche Herausbildung anti- und postkolonialer Theorien, ihre Verwicklungen mit dem Aktivismus und die Frage ein, ab wann ein solcher Gefahr laufe, antizionistische und antisemitische Inhalte zu reproduzieren. Von dem Standpunkt eines durch die israelische Souveränität ermöglichten jüdischen Partikularismus betonte er die Möglichkeit für eine weiter offen und möglichst empathisch geführte Debatte zwischen den vermeintlich verfeindeten Positionen.

Im Anschluss lieferte Steffen Klävers eine ausführliche Rekonstruktion der verschiedenen Ebenen und historischen Vorgän-

ger der gegenwärtigen Debatte um mögliche koloniale Vorgängerpolitiken des Nationalsozialismus. Dabei wurde auch deutlich, wie wichtig die Unterscheidung in politische und wissenschaftliche Implikationen der um Vergleiche erweiterten und im Gegenzug verteidigten These der Singularität bzw. Präzedenzlosigkeit der Shoah ist. Besonders intensiv wurden nach seinem Vortrag die möglichen Parallelen zum ersten Historikerstreit diskutiert. Die Teilnehmenden gingen der Frage nach, was in der aktuellen Debatte dazu verleite, in eine tatsächlich antisemitisch argumentierende Logik der jüdischen oder israelischen kolonialen Schuld zurückzufallen.

Den Samstagvormittag nahm eine, im Rahmen eines von Jonas Kreienbaum geleiteten Workshops, besonders intensive Auseinandersetzung mit den wissenschaftlichen Hauptthesen der ersten Kontinuitätsdebatte der 1980er Jahre ein.



Eingang zum Konzentrationslager Buchenwald mit historischer Schrift

Ziel war es dabei, abseits der polemischen Zuspitzungen im aktuellen Feuilleton genauer auf die wissenschaftlichen Thesen und ihre Herleitungen zu schauen. Daraus entwickelte sich eine äußerst fruchtbare Diskussion um die Legitimität bestimmter Kontinuitätsbehauptungen und ihrer Grenzen. Trotz der ausführlichen Textarbeit des Vormittags blieb erstaunlich viel Energie für die gemeinsame Diskussion und auch für den anschließenden Vortrag von Niklaas Machunsky, der den Bogen zum ersten Historikerstreit wieder aufgriff und insbesondere auf die Rolle der bundesdeutschen Erinnerungspolitik der letzten 40 Jahre für die aktuellen Auseinandersetzungen einging.

Auch wenn es nicht möglich war, alle angestoßenen Themen abschließend miteinander zu vermitteln, war der Übergang in den Abend mit dem gemeinsamen Anschauen von Claude Lanzmanns Film „Warum Israel?“ sehr passend. Nicht zuletzt auch durch die thematische Einleitung zum Film, die beleuchtete, wie auch Lanzmanns Auseinandersetzung mit Kolonialismus und jüdischer Migra-

tionsgeschichte die im Film aufgeworfenen Fragen zur jüdischen und/oder israelischen Identität bestimmen, wurde der Zusammenhang mit dem Seminarprogramm deutlich. Gleichzeitig lieferte der Film mit seinen Überlegungen zu der Rolle von individuellem und kollektivem Erinnern der Shoah einen Übergang zu dem gemeinsamen Gedenkstättenbesuch am Sonntag.

Bei einem Besuch der Gedenkstätte Buchenwald am Folgetag wurden die Teilnehmer wissenschaftlich begleitet durch Ronald Hirte, der mit der thematischen Ausrichtung des Seminars vertraut war. Er vermittelte angemessen zwischen der Zielsetzung des Wochenendseminars und der Erfahrung des Gedenkstättenbesuchs. Nicht zuletzt die vielen Fragen und Überlegungen der Teilnehmenden zu diesen Zusammenhängen ermöglichten die Einbindung der aufgeworfenen Diskussionen in den Besuch, ohne dabei die Auseinandersetzung mit den historischen und politischen Aspekten des Konzentrationslagers Buchenwald zu überdecken.

Trotz des dichten Programms, den anspruchsvollen, auch bis in die Nacht andauernden Diskussionen, und der vielen Themen, die angeschnitten wurden, blieb Zeit für ein gegenseitiges Kennenlernen und auch für den Austausch abseits des Seminaregegenstands. Neben den zahlreichen großartigen thematischen Diskussionen blieb vor allem der Eindruck vieler neuer und spannender Bekanntschaften zurück. Wenn auch nicht für alle gegenwärtigen Streitpunkte in der Auseinandersetzung mit dem Postkolonialismus eine produktive Antwort gefunden werden konnte, steht doch die Erfahrung einer umfangreichen und differenzierteren Betrachtung der aktuellen Debatte nach diesem Wochenende im Vordergrund. Um Fälle besser einordnen und Antisemitismus und der Verharmlosung der Shoah entgegentreten zu können, ist es wichtig, den Instrumentenkasten der Argumente zu kennen. Klar ist, dass das Jufo das Thema und die Argumente der Diskussion noch lange beschäftigen werden.

Luise Henckel, Constantin Ganß
Junges Forum

Junges Forum Köln

„Weil jede Generation die Kultur des Erinnerns In die Zukunft tragen muss“

Die zweite Deutsch-Israelische Studierendenkonferenz fand Ende Oktober an der Universität Frankfurt statt. Wie es dazu kam und wieso wir eine deutsch-israelische Studierendenkonferenz brauchen.

09.06.1969, Frankfurt am Main: Der Erste Botschafter Israels in der BRD, Ascher Ben-Natan besucht auf Einladung des Bundesverbands Jüdischer Studenten in Deutschland (BJSD) die Goethe Universität im Rahmen der „Woche für den Frieden im Nahen Osten“. Vor etwa 1000 Zuhörer:innen sitzt Ben-Natan am Pult des Frankfurter Hörsaals VI, zu Wort kommt er jedoch nicht. Studierende des Sozialistischen Studentenbunds (SDS) unter der Leitung ihres Bundesvorsitzenden Karl Dietrich Wolff pfeifen, klatschen und rufen, um den Botschafter am Sprechen zu hindern. Es kommt zu chaotischen Szenen, Ben-Natan wird als Faschist beschimpft, bis er schließlich, umringt von jüdischen Studierenden aus dem Hörsaal eskortiert werden muss.

In diesem Ereignis kam – nur vier Jahre nach der offiziellen Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel – eine Entwicklung zum Ausdruck, die, spätestens seit dem Sechs-Tage-Krieg 1967, in dem sich der junge jüdische Staat erneut erfolgreich gegen den Versuch seiner Vernichtung zu Wehr setzte – innerhalb der deutschen Linken virulent wurde. Gab es zuvor noch ein zaghaftes Bewusstsein dafür, dass der Nationalismus der Deutschen, der den Holocaust hervorbrachte, einen jüdischen Nationalstaat als legitim erscheinen ließ, hatte sich diese Erkenntnis vor dem Hintergrund des Beifalls „ehemaliger“ Nazis für den israelischen Sieg in sein Gegenteil verkehrt. Dieses Umschwenken einer pro-israelischen in eine krass anti-israelische Positionierung, sollte die (universitäre) Linke noch lange begleiten.



Constantin Ganß

Gegen den Boykott! Die Erste Deutsch-Israelische Studierendenkonferenz

(Israelbezogener) Antisemitismus war also in der bundesrepublikanischen Vergangenheit durchaus universitäre und gesellschaftliche Normalität. Die Ereignis-

nisse von 1969 motivierten deshalb 50 Jahre später ein breites Bündnis Studierender aus dem Bundesgebiet dazu – über bloße Formeln hinaus – ein deutliches Zeichen gegen Antisemitismus und für die deutsch-israelische Freundschaft zu setzen, indem sie 2019 die erste Deutsch-

Israelische Studierendenkonferenz veranstalteten. Neben politischer Bildung und internationalem Austausch wurde hierbei mit einer hochschulgruppenübergreifend unterstützten Resolution ein klares Zeichen gegen israelbezogenen Antisemitismus gesetzt. Parteinahе Hochschulgruppen von Union (RCDS), SPD (Juso HSGen), FDP (LHG) und Grünen (CampusGrün) bekannten sich gemeinsam zum bedingungslosen Existenzrecht Israels und unterstützen die IHRA-Arbeitsdefinition für Antisemitismus – eine Position, die sich wenig später auch die Hochschulrektorenkonferenz zu eigen machte.

Die Resolution zur zweiten Deutsch-Israelische Studierendenkonferenz – Unterzeichnung im israelischen Außenministerium in Jerusalem

Diesjährige Konferenz knüpft einerseits hieran an, geht jedoch über die bloße Ablehnung antisemitischer Boykotte hinaus, und legt ihren Fokus explizit auf den Ausbau und die Förderung von akademischem Austausch und Kooperation als Säule der deutsch-israelischen Beziehungen.

Die ersten Vorbereitungen für die Zweite Deutsch-Israelische Studierendenkonferenz, die nun am 29. und 30. Oktober vom JuFo, dem freien Zusammenschluss der student*innenschaften (fzs), dem Verband Jüdischer Studierender Hessen (VJSH), der Jüdischen Studierendenunion sowie der National Union of Israeli Students (NUIS) veranstaltet wurde, gab es schon Anfang des Jahres. Dadurch dass die israelische Studierendenvertretung NUIS zur Mitveranstalterin wurde, war die Konferenz noch mehr als zuvor zu einem Gemeinschaftsprojekt deutscher und israelischer Studierender. In einem engen bilateralen Prozess wurde in verschiedenen Arbeitsgruppen das Programm der Konferenz ausgearbeitet. In enger Absprache mit den parteinahen Hochschulgruppen, die bereits im Jahr 2019 die Resolution mitgezeichnet hatten, wurde auf deutscher Seite ein Resolutionsentwurf erarbeitet, während die israelischen Studierenden ebenso ein Papier vorbereiteten.

Eine Delegation von JuFo, fzs, VJSH und JSUD reiste im September nach Jerusalem, wo nach ausgiebigen Gesprächen und



Constantin Ganß und Bundesminister Cem Özdemir

Verhandlungen gemeinsam die Resolution zur Zweiten Deutsch-Israelischen Studierendenkonferenz im israelischen Außenministerium unterzeichnet wurde. Die Resolution verurteilt jeden Antisemitismus auch unter Verwendung der Kunst- oder Meinungsfreiheit als Deckmantel. Akademischer Austausch und Kooperation bilden das Zentrum der Resolution. So fordern die Unterzeichnenden, Israelins Austauschprogramm Erasmus+ aufzunehmen und dem Deutschen Akademischen Auslandsdienst nicht – wie gerade erst geschehen – die Gelder zu kürzen, sondern eine adäquate und langfristige finanzielle Förderung sicherzustellen. Keine Kooperation darf es laut der Resolution dagegen mit staatlichen iranischen Bildungseinrichtungen geben, die für antisemitische Propaganda missbraucht werden. Das Abkommen zur Normalisierung zwischen den arabischen Staaten, die Abraham Accords, und die deutsch-israelische Energiepartnerschaft begrüßen die Unterzeichnenden ausdrücklich.

Wichtiger Bestandteil der Resolution ist außerdem die Forderung nach einem sicheren Campus für alle Studierende und der Vereinbarkeit von Religion und Studium. So kommt es immer wieder vor, dass jüdische Studierende sich zwischen den Feierlichkeiten zu Jom Kippur oder der Prüfung zum Staatsexamen entscheiden müssen, da beides am gleichen Tag stattfindet und kein alternativer Termin zur Prüfung bereitgestellt wird. (Die gesamte Resolution ist mit dem Link unter dem Artikel abrufen.)

Erst in Berlin, dann in Frankfurt – Israelische Delegation zu Gast

Bereits vor Beginn der Konferenz kam eine 50-köpfige Delegation israelischer Studierender Ende Oktober in Berlin an, wo ein vielfältiges Programm auf sie wartete: Ein Besuch im Bundestag, Stadtführungen, Museumsbesuche und ein Treffen mit dem Gesandten der Botschaft des Staates Israel, Aaron Sagui, standen auf dem Programm. Ebenso wichtig war Berlin und die Zeit für den persönlichen Austausch und das Kennenlernen. Nach zwei Tagen in Berlin ging es am Freitag per Bus nach Frankfurt, wo die gesamte Delegation mit weiteren Mitgliedern der DIG Frankfurt von Rabbiner Julien Chaim Soussan in der Westend-Synagoge zum Shabbat-Essen willkommen geheißen wurde. Viel Gesang und tolles Essen bereiteten den Weg in die Nacht zum Samstag, an dem die Israelis von Dr. Christoph Rosenbaum, stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher Frankfurts, der Frankfurter DIG-Vorsitzenden Lena Reker, JuFo-Sprecherin Luise Henckel und dem AStA Frankfurt offiziell in der Stadt begrüßt wurden. Danach ging es in Kleingruppen durch die Stadt, auf den Main-Tower und natürlich zum obligatorischen Grüne-Soße-Essen.

Nach ersten Einführungsvorträgen in das politische System Israels und Deutschlands und kritischen historischen Führungen über den Campus Westend startete nach Shabbat am Samstag dann offiziell

die zweite Deutsch-Israelische Studierendenkonferenz an der Goethe-Universität in Frankfurt. Nach Begrüßungen durch die Veranstaltenden wandten sich die Schirmherren der Konferenz, S.E. Botschafter Ron Prosor und Bundesminister Cem Özdemir, in Videobotschaften an die Konferenz. Özdemir sagte, es könne nie genug Gemeinschaftsprojekte Deutschlands und Israels geben. Jede Generation müsse die Kultur des Erinnerns lebendig halten und in die Zukunft tragen. Dafür sei die Deutsch-Israelische Studierendenkonferenz ein vorbildliches Beispiel. Botschafter Ron Prosor betonte die Bedeutung der Resolution, insbesondere die Begrüßung der Abraham Accords und die Forderung nach dem Abbruch der Zusammenarbeit deutscher Universitäten mit iranischen Einrichtungen als wichtige Zeichen. Außerdem machte er deutlich, dass es die Aufgabe der neuen Generation sei die deutsch-israelischen Beziehungen für die Zukunft weiter zu intensivieren und auf noch mehr Bereiche auszudehnen.

Hillel Neuer, Direkt von UN-Watch, zeigte in seinem Eingangsvortrag vor den etwa 250 Teilnehmenden der Konferenz die doppelten Standards auf, mit denen Israel bei den Vereinten Nationen dämonisiert wird. Das darauf folgende Panel, an dem auch DIG-Präsident Volker Beck teilnahm, widmete sich dem breiten Themenspektrum der Resolution. Danach ging es für das Konferenz-Publikum zu einer ausgelassenen gemeinsamen Party.

Der Sonntag begann mit einer Key-Note von Volker Beck, in der er die Forderung der Resolution nach der Aufnahme Israels in das Austauschprogramm Erasmus+ bekräftigte und einen klaren Appell an die junge Generation für den Kampf gegen Antisemitismus und ein noch engeres deutsch-israelisches Verhältnis richtete. Danach ging es für die Teilnehmenden über den Tag hinweg in Workshops und Vorträge weiter zu den verschiedensten Themen, wie Nachhaltigkeit und Innovation, Internationale Beziehungen, Soziale Gerechtigkeit, Hochschulpolitik und Antisemitismus – alles im deutsch-israelischen Kontext. Es sprachen Aktivist:innen, Nachwuchswissenschaftler:innen und Politiker:innen mit den Studierenden, die, aus ganz Deutschland und aus Israel, ein sehr heterogenes Publikum bildeten.

Den Schlusspunkt der Konferenz setzte Olga Deutsch, Vize-Präsidentin von NGO Monitor, indem sie die Gefahr des israelbezogenen Antisemitismus eindrücklich darstellte und die Politik aufforderte diese Ausprägung des Antisemitismus in den Fokus zu nehmen und als Judenhass zu bekämpfen. Als ehemalige Präsidentin der European Union of Jewish Students ermutigte sie die Studierenden vor Ort, ihr Engagement gegen Antisemitismus und für die deutsch-israelische Freundschaft unbedingt weiter mit der Leidenschaft weiterzuführen, wie sie sie auf der Konferenz erlebt habe. Nach der Konferenz verabschiedete sich die israelische Dele-

gation am Frankfurter Flughafen wieder gen Tel Aviv.

Konferenz im Zeichen der Solidarität mit den Studierenden in Iran

Die gesamte Konferenz stand auch im Zeichen der Solidarität mit den Studierenden, die im Moment auf den Straßen Teherans und anderswo in Iran für Freiheit und gegen das islamische Mullah-Regime auf die Straße gehen. Das Junge Forum machte im Eingangsgrußwort klar, dass man als Konferenz an der Seite der Menschen in Iran stehe und zu hoffen ist, dass die Revolution für die Protestierenden erfolgreich verläuft und eines Tages – so es heute auch noch in weiter Ferne zu sein scheint – eine deutsch-israelisch-iranischen Studierendenkonferenz stattfinden kann.

Bei allem Erfolg der Konferenz muss man sich auch ehrlich eingestehen, dass die Veranstaltung nur wegen eines großen Sicherheitsaufgebots störungsfrei verlaufen konnte. Wenn auch über 50 Jahre seit der Beschimpfung Asher Ben-Natans an der Frankfurter Goethe-Universität vergangen sind, ist Antisemitismus, der sich oft gegen Israel richtet, Teil unserer Gesellschaft und er macht auch vor dem Campus nicht halt. Die zweite Deutsch-Israelische Studierendenkonferenz hat eine Zeichen gegen Antisemitismus am Campus gesetzt und ist ein Versprechen für die Zukunft der deutsch-israelischen Freundschaft. Auch durch die Resolution hat sie über den Kreis der Teilnehmenden hinaus nachhaltigen Effekt. Das Projekt war in Größe und Aufwand enorm, jedoch beim Blick auf die geknüpften Kontakte und Freundschaften und den inhaltlichen Austausch jede Sekunde wert. Die National Union of Israeli Students wird auf israelischer Seite weiterhin ein enger Partner für das Junge Forum im Hinblick auf zukünftige Projekte sein.

Link zur Resolution 2022:
<https://www.germanisraelistudconf.com/en/resolution-2022/>

Constantin Ganß,
Luise Henckel,
Ronja Hesse
Junges Forum



Delegation auf dem Dach des Bundestages



Die Picknick-Teilnehmenden setzen auch ein öffentliches Solidaritätszeichen mit Israel:
 Anna Fischer, Tabea Schenk, Leonard Wiethoff, Angelika Scherb, Nils Beuthert, Lena Dickgießer

Junges Forum Köln

Sommer, Sonne, L'Chaim

Was passt perfekt zu einem lauen Sommerabend samt Sonnenuntergang?
 Natürlich ein Picknick in der Natur, wozu sich die Kölner JuFo-Mitglieder verabredeten.

Bevor das Picknick in geselliger Runde aber beginnen konnte, mussten sich die Beteiligten einer selbst aufgelegten Herausforderung stellen: Wo kann man in unserem Köln israelischen Wein erwerben? Wo kann ich vielleicht israelische Leckereien finden? Kann ich sogar etwas selbst kochen oder backen? Nachdem diese „kleinen“ Hürden gemeistert waren, konnte es dann auch schon losgehen.

An einem sommerlichen Freitagabend fanden sich die jungen Israel-Freunde mit Picknick-Decken und ihren „Mitbringseln“

in Nachbarschaft der Kölner Universität und des Kölner Fernsehturms „Colonius“ im Kölner Grüngürtel am Aachener Weiher ein. Mitgebracht wurden dabei auch von jedem Anwesenden eine andere Flasche. Verschiedene Rot- und Weißweine sowie ein Sekt aus Israel wurden ausgepackt, deren „Schankrunden“ traditionellerweise immer mit „L'Chaim“ eingeläutet wurden. Des Weiteren gab es natürlich auch jede Menge Knabbereien, Obst, Baguette und Hummus, selbstgebackene Pizzasaschen wie auch selbstgebackene Halvaschnicken, die wahrscheinlich das kulinarische Highlight des Abends darstellten und

Allen bis heute noch schmackhaft in Erinnerung sind.

„Es war toll, dass wir uns nach der Neugründung des JuFo Köln und den zuletzt ausgesetzten Auswirkungen der Corona-Pandemie, die die Bevorzugung von Online-Formate nötig machten, auch persönlich in geselliger und ungezwungener Runde treffen und austauschen konnten“ fasste die Vorsitzende des JuFos Köln, Angelika Scherb, den gelungenen Abend mit einem Abschlussstatement zusammen.

Nils Beuthert
 DIG Köln & JuFo Köln

Vortragsabend mit Dr. Michael Borchard:

„Eine unmögliche Freundschaft“ David Ben Gurion und Konrad Adenauer

Konrad Adenauer und David Ben-Gurion haben vor über 70 Jahren den Grundstein für die deutsch-israelischen Beziehungen gelegt. Wie ist das Aufeinandertreffen dieser beiden recht unterschiedlichen Persönlichkeiten von statten gegangen? Dies und einiges mehr war Mittelpunkt des Vortragsabends beim JuFo Köln in der Kölner Synagoge.

Mit Dr. Michael Borchard, dem ehemaligen Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) in Israel und seit 2018 Leiter der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der KAS konnte das JuFo Köln einen hochkarätigen Referenten gewinnen.

Der Autor von „Eine unmögliche Freundschaft – David Ben Gurion und Konrad Adenauer“, Dr. Borchard referierte aus seinem Buch und erzählte den Teilnehmenden von seinen ganz persönlichen Erfahrungen während seiner Tätigkeit bei der KAS in Israel, insbesondere auch von amüsanten

Begegnungen und Lebensweisheiten, die er in Israel mitnahm. Borchard beantwortete unter anderem auch die Frage, was wir heute von diesen beiden Persönlichkeiten lernen können. Er verglich die Beziehungen Deutschlands und Israels mit einem Haus, hierbei stellen die Begegnungen und die Korrespondenz der beiden Staatsmänner das Fundament dar. Heute wird dieses Haus dank des festen Fundaments stabil gehalten. Borchard konnte eindrücklich zeigen, wie eine einmalige Männerfreundschaft zu alledem beigetragen hat.

Ein außergewöhnlicher Blick auf den Lauf der Geschichte und die Anfänge der

diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel mit der ein oder anderen Anekdote versehen, ließ die Anwesenden gebannt Borchards Worten lauschen.

Das JuFo Köln bedankt sich herzlich bei den zahlreichen JuFo-Mitgliedern, Gästen und Interessierten, beim Gemeinderabbiner Yechiel Brukner für seine unterhaltsamen Grußworte und insbesondere bei Dr. Michael Borchard für diesen besonderen Abend.

Angelika Scherb
DIG und JuFo Köln



Dr. Borchard, JuFo-Mitglieder, Gäste und Interessierte in der Synagogen-Gemeinde Köln



Der Vorstand der neuen DIG mit Philip Krämer im Vordergrund

Die Deutsch-Israelische Gesellschaft Darmstadt hat sich gegründet

Die DIG-Familie hat ein neues Mitglied. Mitte November gründete sich die Arbeitsgemeinschaft Darmstadt der Deutsch-Israelischen Gesellschaft. Die AG Darmstadt ist Nummer 57 unserer bundesweiten Organisation, die mittlerweile auf 6513 Mitglieder angewachsen ist. Gestärkt wird durch die Neugründung im Süden die hessische DIG insgesamt. Neben der mitgliederstarken Frankfurter DIG agieren in Hessen Arbeitsgemeinschaften in Wiesbaden, Gießen, Wetzlar und Kassel.

Mit der Wahl des 30jährigen Bundestagsabgeordneten Philip Krämer (Bündnis 90/Die Grünen) zum Vorsitzenden der Darmstädter AG formiert sich auch im Süden des Bundeslandes eine junge Gruppe, die die Ziele der Deutsch-Israelischen Gesellschaft in den nächsten Jahren umsetzen wird. Mit ihm bilden den neuen Vorstand der stellvertretende Vorsitzende Paul Wandrey, der Schriftführer Daniel Irmischer und die Beisitzer Julia von Buttlar, Tim Huß, und Hildegard Förster-Heidmann, Mitglied des Hessischen Landtages.

Die Gründungsversammlung in Anwesenheit von Dr. Alexandra Kurth, die als

Mitglied des Bundespräsidiums und Regionalbeauftragte für Hessen die DIG vertrat, verlief in großer Einigkeit über Ziele und Aufgaben der neuen AG. So wollte man am Wissenschaftsstandort Darmstadt Beziehungen zu Israel intensivieren, wie sie derzeit bereits vom Fraunhofer Institut oder dem Athene-Institut der TU Darmstadt gepflegt werden.

Dass sich der neue Vorstand vorgenommen hat, Israel präsenter zu machen, das Israelbild in der Gesellschaft zu verbessern und sich gegen Antisemitismus zu stellen, wird von Philip Krämer betont und gehört zum Selbstverständnis der DIG.

Auch jüdische Mitglieder sind in der neuen AG aktiv. Das freut den Vorsitzenden Philip Krämer besonders, ist doch auch Darmstadt ein besonderer Ort vergangenen und gegenwärtigen jüdischen Lebens: die Stadt ist Sitz des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden in Hessen.

Philip Krämer, der Vorsitzende der jüngsten Arbeitsgemeinschaft der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, fasst es kurz und bündig: „Wir wollen als überparteiliche Organisation uns für ein positives Israelbild in Darmstadt einsetzen“.

Red.

DIG Frankfurt

Aufbruch in Frankfurt

20 Jahre lang hat Claudia Korenke die AG Frankfurt am Main als Vorsitzende geleitet. Bei der Mitgliederversammlung im Sommer hat sie den Stab weitergereicht. Beim Herbstfest der AG wurde sie nun für ihren Einsatz gewürdigt.

Generationenwechsel – ein fast abgedroschen klingendes Wort, doch die Veränderung in der Arbeitsgemeinschaft Frankfurt beschreibt es treffend. Nach über 20 Jahren als Vorsitzende hat Claudia Korenke bei der Mitgliederversammlung im Sommer nun an die jüngere Generation übergeben. In ihren 20 Jahren als Vorsitzende hat sie diese AG geprägt und ihr ein großes Ansehen nicht nur in der Stadtgesellschaft, sondern auch bundesweit innerhalb der Deutsch-Israelischen Gesellschaft erarbeitet. Neben dem Vorsitz in Frankfurt repräsentierte sie die DIG als Vizepräsidentin und hat, auch in stürmischen Zeiten, wegweisende Entscheidungen mitgetroffen. Sie hinterlässt riesengroße Fußstapfen, doch war sie es, die diesen Wandel bewusst vorangetrieben hat. Jeder, der sie kennt weiß, dass nun nicht der Ruhestand auf sie wartet. Ganz im Gegenteil, sie widmet sich neuen Aufgaben: Als Stadtverordnete und Stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin bringt sie ihre demokratische Streitlust, ihr Organisationstalent und ihre klare Haltung in der Lokalpolitik ein. Der DIG und Is-

rael bleibt sie selbstverständlich treu – wie könnte es bei ihr auch anders sein.

Mit großer Dankbarkeit und nicht ohne Demut möchte der neu gewählte Vorstand um die Vorsitzende Lena Reker an ihre erfolgreiche Arbeit anknüpfen. Er bringt dafür die besten Voraussetzungen mit: durch Tibor Luckenbach, Annika Zecher, Pavlos Tsachidis, Eva-Maria Klatt und Nuri Bejou sind sowohl erfahrene als auch mit Kolja Huth und Kristina Scheuner neue Vorstandsmitglieder vertreten. Gute Netzwerke in Stadt- und Landespolitik garantieren Stadtrat Mike Josef sowie Staatssekretär Uwe Becker und Landtagsabgeordnete Miriam Dahlke. Mit Tatiana Kvetnaya besteht eine starke Verbindung zum Jungen Forum.

Es war dem neuen Vorstand ein besonderes Anliegen, Claudia Korenke für ihren mehr als zwei Jahrzehnte umspannenden Einsatz auszuzeichnen. Den würdigen Rahmen dafür bildete das traditionelle Herbstfest. Präsident Volker Beck ehrte Claudia Korenke „in Anerkennung des



Volker Beck steckt Claudia Korenke die Ehrennadel an

vorbildlichen Engagements und der damit verbundenen Verdienste für Freundschaft zwischen den Menschen in Deutschland und Israel“ mit der Ehrennadel – der höchsten Auszeichnung der DIG. Gekommen, um Claudia Korenke zu danken und zu würdigen, waren nicht nur zahlreiche Mitglieder, sondern auch Partner und Freunde der Arbeitsgemeinschaft. Neben der Ehrung von Claudia Korenke präsentierte der neue Vorstand seine inhaltlichen Schwerpunkte für die kommende Arbeit: Die neue Vorsitzende Lena Reker betonte im Zusammenhang mit dem Antisemitismus-Skandal auf der documenta fifteen, dass es gelte die dahinterliegende Ideologie der Delegitimierung Israels unter postkolonialen Vorzeichen fundamental zu kritisieren. Ein weiteres wichtiges Thema sei die Bedrohung Israels durch den Iran und die Solidarität mit den Demonstrantinnen und Demonstranten, die derzeit gegen das Mullah-Regime auf die Straße gingen.

Musikalisch begleitet wurde der Abend von der Band Folkadu. Ihre unkonventionelle und moderne Musik schafft durch Oud, Trompete und Akkordeon eine Verbindung zwischen West und Ost. Sängerin



Gäste des Herbstfests, u. a. Sammy Endzweig (Keren Hayesod) und Alon Mayer (Makkabi Deutschland)

Fotos: Rafael Herlich

Yael Gat eröffnete das Fest mit Klängen des Schofar als Reminiszenz an das gerade begonnene jüdische Jahr 5783.

Der Generationenwechsel in der Arbeitsgemeinschaft Frankfurt ist gelungen. Der neue Vorstand blickt mit Freude und Ambition auf die anstehenden Projekte im Wissen, dass all dies ohne die Arbeit von Claudia Korenke nicht möglich wäre. Sie hat die AG zu dem gemacht, was sie heute ist und das Fundament für die erfolgreiche Fortführung gelegt.

Tibor Luckenbach, Lena Reker
und Annika Zecher
DIG Frankfurt



Sängerin Yael Gat mit Schofar

That's What Friends Are For

Ich bin gebeten worden, eine Würdigung für Claudia Korenkes Arbeit in der DIG zu schreiben. Das kann ich gar nicht. Ich bin erst 2009 zur DIG gekommen und da war Claudia schon viele Jahre aktiv. Darüber und insbesondere über die Anfangszeit der DIG Frankfurt weiß ich nichts. Kennengelernt habe ich Claudia auf meiner ersten Reise nach Israel, einer Gruppenreise der DIG Frankfurt zum Thema Grenzen. Genau gesagt habe ich auf dieser Reise zwei Haltungen an ihr kennen gelernt, die ich über die Jahre immer sehr geschätzt habe.

*For good times and bad times
I'll be on your side forever more
That's what friends are for*

Zum einen ihre Lust am konstruktiven Streit und an der Auseinandersetzung mit Positionen, die nicht ihre waren, solange die Grenzen von Antisemitismus, Rassismus und anderen Diskriminierungen nicht überschritten wurden. Typisch dafür ist die Auswahl an Gesprächspartner*innen, mit denen sie uns auf dieser Reise zusammengebracht hat:

- ein ehemaliger hoher Militär und erfahrener Verhandlungsführer für Israel, der sagt, dass er die Neubauprojekte

der radikalen Siedler in Ost-Jerusalem am liebsten räumen lassen würde, weil sie sowohl politisch als auch militärisch unverantwortlich seien,

- ein unfreundlicher palästinensischer Vertreter, der den Anspruch auf ein Palästina von der Wüste bis zum Meer damit begründet, dass die Palästinenser schon seit 6.000 Jahren dort leben würden,
- eine Vorsitzende der beduinischen Frauenorganisation, die von sehr schwierigen Lebensbedingungen berichtet und gleichzeitig so stolz auf ihre Kultur ist
- ein Buchhalter einer Jeshive, der mit freundlicher Stimme sagt, er könne gar nicht verstehen, dass die Palästinenser überhaupt noch da seien,
- Miki Goldwasser, die Mutter von Ehud Goldwasser, einem der beiden Soldaten, die von der Hisbollah entführt worden sind und deren Leichen zwei Jahre später gegen Gefangene der Hisbollah ausgetauscht worden sind,

und noch viele andere mehr. Solch eine Mischung muss man erst einmal wollen und die so ausgelösten Diskussionen in der Reisegruppe noch dazu. Hier in Frankfurt waren viele Veranstaltungen der DIG und auch der Israel-Treff Ausdruck ihrer demokratischen Streitlust. Auch hier hat sie bei der Auswahl der Referenten und mit ihrer

Art der Gesprächsführung es möglich gemacht, Dinge, die man zu wissen glaubte, unter anderen, neuen Blickwinkeln zu betrachten.

Die andere Haltung ist ihre Eindeutigkeit, dass das Existenzrecht Israels unter keinen Umständen in Frage gestellt werden darf. Das bedeutet für sie auch offene Kritik an Aspekten der israelischen Politik, aber so furchtbar kann gar keine israelische Regierung sein, dass Claudias Unterstützung für das Land und die Menschen nachlassen würde. Auf der Israelreise 2009 hat uns ein alter Mann durch das Mizgaga-Museum geführt und uns auf Englisch erzählt, wie oft in dieser Gegend die Städte und Siedlungen zerstört und dann später wieder neu errichtet worden sind: „Destroyed and rebuilt, destroyed and rebuilt ...“ Und er sprach von seiner Angst, dass es nach dem nächsten destroyed kein rebuilt mehr geben könnte. Ich glaube, dass diese Angst ein Teil von Claudias persönlicher Freundschaft zu Israel ist. Nun hat Claudia den Generationenwechsel in der DIG Frankfurt vollzogen, lange und gut vorbereitet, sodass diese Haltungen die Arbeit der DIG-Frankfurt weiterhin prägen können.

Thomas Röhl
DIG Frankfurt

Konstanz feiert:

Ruth Frenk – seit 30 Jahren Vorsitzende der AG Bodensee-Region

Es war ein rauschendes Jubiläumsfest, das am 10. Juli 2022 im Wolkenstein-Saal in Konstanz stattfand, dem Lieblingssaal von Ruth Frenk, wie Oberbürgermeister Uli Burchardt in seiner Rede bemerkte. Aus ganz Europa sind Freunde und Wegbegleiter angereist, um mit Ruth Frenk zu feiern, dass sie nun bereits seit 30 Jahren die Verantwortung für die AG Bodensee-Region innehat. Claudia Korenke als Vertreterin des DIG-Präsidiums fand sehr persönliche Worte der Würdigung und des Dankes, der OB von Konstanz, Uli Burchardt, betonte den wertvollen Beitrag, den Ruth Frenk für ein friedliches Miteinander und für die Verständigung leistet.

Der feierliche und später auch der gemütliche Teil des Abends wurde umrahmt vom mitreißenden musikalischen Auftritt des Trios Klezmers Tchter, die immer wieder mit lebhaftem Applaus der Anwesenden bedacht wurden. Abschließend bedankte sich Ruth Frenk bei allen, die gekommen sind und allen, die sie seit langem in ihrer Arbeit unterstützen. Für ihr Team hatte sie Bäume in Israel pflanzen lassen und überreichte die zugehörigen Urkunden sowie Blumensträuße. Die Bäume werden Teil des Gerster-Hains sein. (siehe Seite 41)

Als Ruth Frenk im Jahre 1992 den Vorsitz der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Bodensee-Region von ihrem Vorgänger Professor Dr. Erhard Roy Wiehn übernahm, lebte sie damals bereits seit 18 Jahren in Konstanz. Sie ist in Rotterdam geboren und aufgewachsen, ihre Eltern waren Überlebende des KZ Bergen-Belsen. Nach einigen Semestern im wilden Amsterdam der 1960er Jahre zog es sie nach Genf und später nach New York an die Manhattan School of Music zum Gesangsstudium. Die Rückkehr ihrer damaligen Gesangslehrerin nach Deutschland nahm Ruth Frenk zum Anlass, ebenfalls wieder nach Europa zu ziehen, diesmal nach Konstanz. Bewusst als Jüdin zu leben war für Ruth Frenk eine wichtige Prämisse, und so sammelte sie an den Stationen ihres Lebens unterschiedlichste Erfahrungen. Was in New York völlig selbstverständlich war, gestaltete sich in Konstanz in den frühen 1970ern nicht ganz so einfach. So schloss sie sich der jüdischen Gemeinde an und engagierte sich in der DIG.

Großen Wert legte Ruth Frenk immer auf Austausch und Zusammenarbeit, daher vernetzte sie sich schon früh mit der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Konstanz, der VHS sowie mit anderen Kooperationspartnern.

Mit viel Engagement, Beharrlichkeit und ihrem Netzwerktalet gelingt es Ruth Frenk immer wieder, großartige Programme für die DIG zusammenzustellen. Es ist ihr großes Anliegen, den Menschen die Möglichkeit zu geben, sich umfassend zu informieren. Über die Homepage der DIG und bei vielfältigen Veranstaltungen kann das heute jeder tun. Ruth Frenk ist überzeugt, dass sich jeder Einzelne in seinem persönlichen Umfeld gegen Antisemi-



Ruth Frenk

tismus und für ein gutes Miteinander einsetzen kann - das aber auch tun sollte.

Die Arbeitsgemeinschaft dankt Ruth Frenk für ihr langjähriges großartiges Engagement im Rahmen unserer AG Bodensee-Region und wünscht ihr und der DIG, dass sie mit ihrem Ideenreichtum und ihrem Enthusiasmus noch sehr lange unsere AG-Vorsitzende bleiben wird.

Beate Steg-Bayer
Vorstand AG Bodensee-Region

30 Jahre DIG Magdeburg:

Jubiläum mit „Blick auf Vergangenheit und Zukunft“

Ihr 30-jähriges Bestehen feierte die Arbeitsgemeinschaft Magdeburg der Deutsch-Israelischen Gesellschaft am 26. 10. 2022. Im Jahr des Beschlusses der Landesverfassung des damals jungen Bundeslandes Sachsen-Anhalt, 1992, setzte auch die Magdeburger Zivilgesellschaft ein klares Zeichen: Auf Initiative des damaligen Oberbürgermeisters Dr. Willi Polte erfolgte die Gründung der DIG Arbeitsgemeinschaft Magdeburg.

Auch Dr. Polte beehrte die Feierlichkeiten zum 30. Jubiläum. Der Vorsitzende der DIG Magdeburg und Landtagsabgeordnete Tobias Krull begrüßte nicht nur Weggefährten, wie ehemalige DIG-Vorsitzende und Vorstandsmitglieder, sondern auch aktuelle Vertreter der Landeshauptstadt Magdeburg, so die Leiterin des Kulturbüros der Landeshauptstadt Magdeburg Frau Susanne Schweidler.

„Wir waren in all den 30 Jahren treue Freunde des Landes Israels und bleiben es auch zukünftig, wenn auch, da insofern parteipolitisch neutral – nicht den jeweiligen israelischen Regierungen verbunden“. Tobias Krull verwies dabei auf den weitgespannten thematischen Bogen der von DIG Magdeburg organisierten Veranstaltungen: Von Musik, Literatur, Kultur, Geschichte und Religion reichte die Palette der organisierten Konzerte, Lesungen und Diskussionsrunden. „Unser Erfolgsrezept war und ist, dass wir bei diesen Veranstaltungen immer auch Kooperationspartner gewinnen durften: Auf diese Weise konn-

ten wir als DIG Magdeburg unser Engagement für Israel weit in die Zivilgesellschaft mit verstärkter Außenwahrnehmung hineintragen“, so der Vorsitzende weiter und dankte auch der Synagogengemeinde für die jahrelange gemeinsame Zusammenarbeit. Er verwies auf das Miteinander der DIG mit politischen Stiftungen, der Landeszentrale für politische Bildung, deren Vertreter bei der Jubiläumsfeier genauso anwesend waren, wie die von befreundeten Vereinen, so der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit und des Fördervereins „Neue Synagoge Magdeburg“.

Jubiläen von Vereinen verlieren sich oft in Rückblicken auf Vergangenes und bisher Geleistetes. Die Jubiläumsfeier der DIG Magdeburg setzte jedoch an diesem Abend ganz bewusst ein Zeichen in die Zukunft: Die junge Berliner Band „Folkadu“ mit der erst 30-jährigen Yael Gat als Bandleaderin entführte das Jubiläumspublikum auf eine musikalische Reise in die Welt des Judentums – bunt und vielfältig, informativ und lebensfroh dargeboten. So wurden am Jubiläumsabend wurden bereits erste Kontakte zu Magdeburger Schulen geknüpft, um mit künftigen Auftritten Israel den Schülerinnen und Schülern nahezubringen. Gleichzeitig „erinnernd“, vor allem, aber „zukunftsweisend“ war auch der zweite Höhepunkt des Abends: Vereinsvorsitzender Tobias Krull überreichte der Vertreterin der Landeshauptstadt Magdeburg ein von der DIG Magdeburg gesponsertes Hinweisschild im Gedenken an Arthur Ruppin, dem Mitbegründer von Tel Aviv, der in Magdeburg aufwuchs und 1905–1907 Rechtsreferendar am Landgericht Magdeburg war. Die Arthur-Ruppin-



Tobias Krull, Vorsitzender der DIG Arbeitsgemeinschaft Magdeburg, überreicht das Info-Schild über Arthur Ruppin an Susanne Schweidler, Leiterin des Kulturbüros der Landeshauptstadt Magdeburg.

Straße in Magdeburg, nunmehr erklärt durch die überreichte Hinweistafel, führt auf den sachsen-anhaltischen Landtag – das Parlament als dem Herzstück jeder Demokratie – hin. Dieses Gedenken ist damit „gleichzeitig nicht nur Erinnerung an einen berühmten jüdischen Magdeburger, sondern ein Symbol für die Zukunft, nämlich sich hier und heute weiterhin täglich gegen Antisemitismus und für den Staat Israel einzusetzen“, so der Vereinsvorsitzenden Krull. „Dafür werden wir uns als DIG Magdeburg auch die nächsten 30 Jahre engagieren!“. In diesem Sinne endete mit koscherem Wein und einem kleinen Imbiss, bereitet von der Magdeburger jüdischen Synagogengemeinde, ein Jubiläumsabend mit Rückschau und Ausblick.

Thomas Kluger
DIG Magdeburg



Konzert der jungen Berliner Band Folkadu

Israelwoche in Brandenburg:

Großartige Resonanz und neue Mitglieder

Zum fünften Mal hat sich die Deutsch-Israelischen Gesellschaft Berlin und Brandenburg e.V. (DIG BB) aufgemacht, das Thema Israel in ein Bundesland zu transportieren, das eine größere Fläche hat als der Staat Israel. Bei der Vereinsgründung hat sich die DIG Berlin und Brandenburg das Ziel gesetzt, aktiv zu werden, weil Brandenburg ein weißer Fleck auf der DIG-Landkarte war. Mit einem großartigen Team vor Ort und starker Vorstandsunterstützung ist es gelungen, vom 19. bis 24. September 2022 die Zahl der Israel-Freunde in Brandenburg erheblich zu steigern.

In sieben Städten fanden vom 19. bis 24. September 2022 Podiumsdiskussionen an Abenden und Schulveranstaltungen vormittags statt. Potsdam gar war Schauplatz eines ganztägigen Programmes. Schirmherren waren der neue Botschafter des Staates Israel S.E. Prof. Ron Prosor und der Ministerpräsident des Landes Brandenburg, Dr. Dietmar Woidke.

Dafür wurden drei deutsch-israelische bekannte Referenten gewonnen, Nelly Kranz (Nelly's network), Koordinatorin von Projekten mit Israel und Deutschland, Dr. Gil Yaron, Arzt und Journalist, wuchs in Düsseldorf auf, lebt jetzt mit seiner Familie in Israel und leitet seit Januar 2020 dort das Büro von Nordrhein-Westfalen und Arye Sharuz Shalichar, Autor, ehemaliges Gangmitglied im Berliner Wedding, war Militärsprecher der IDF und ist jetzt Abteilungsleiter für Internationale Beziehungen des Ministerpräsidenten in Israel.

Wie schon ihren Israeltag am 6. Mai oder das Sommerfest am 21. August hat die DIG Berlin und Brandenburg e.V. auch diese Veranstaltungsreihe in diesem Jahr allein finanziert. Vor allem die Kooperationspartner waren dabei entscheidend. Das Bundesland Nordrhein-Westfalen hat die Kosten für den Referenten Yaron übernommen, der in drei Städten auf dem Podium saß. Weitere finanzielle Unterstützung kam von der Friedrich-Naumann-Stiftung der FDP und von der F.C.Flick-Stiftung Potsdam.

Kathrin Koelle, Vorstandsmitglied der DIG BB e.V., Veranstaltungsorganisatorin und



S.E. Ron Prosor, links: Jochen Feilcke

Koordinatorin der kompletten Brandenburger Israelwoche, berichtet über reges Publikumsinteresse an der Diskussion mit Nelly Kranz und Gil Yaron bei der Auftaktveranstaltung in **Eberswalde**. Diskutiert wurde, wie Deutsche und Israelis voneinander lernen können, ferner die jeweilige Wertschätzung der Verteidigungstreitkräfte und wie arabische Israelis ins gesellschaftliche Leben einbezogen werden. Bürgermeister Götz Herrmann persönlich führte die Gäste durch das ehemalige Messingwerk von Aaron Hirsch, bevor er zu einem Empfang einlud.

Die nächste, ebenfalls gut besuchte, Abendveranstaltung mit Nelly Kranz und Gil Yaron fand einen Tag später Im Kleist-Museum in **Frankfurt (Oder)** statt. „Unser Mann vor Ort“, Andy Thiele, berichtet, dass

vorab gemeinsam der Gedenkstein der alten Synagoge und die neuen Räume der Jüdischen Gemeinde besichtigt wurden. Geleitet wurde die kleine Stadtrundfahrt vom ehemaligen Bürgermeister Martin Patzelt, der sich zu seiner Amtszeit sehr für die Jüdische Gemeinde eingesetzt hat. Besonders beeindruckt waren die Gäste von der Fähigkeit der Gemeinde, aus wenig viel zu machen. In ihrem kleinen Museum spiegelt sich das starke Interesse der Gemeinde an der Stadt und ihrer Historie.

Der Abend selbst war geprägt von der interessanten und offenen Art der Referenten, auf die Fragen der Gäste einzugehen. Dabei ging es unter anderem darum, wie unterschiedlich Israelis und Deutsche mit Herausforderungen im Alltag – etwa bei beruflichem Scheitern oder in sozialen

Foto: © Kathrin Koelle

Bereichen – umgehen. Thema war auch das große Standing der Streitkräfte in der israelischen Bevölkerung.

An den anschließenden Reaktionen der Gäste wurde deutlich, wie wichtig solche Informationen zum besseren Verständnis von Israel sind. Die Idee, in Frankfurt (Oder) einen Israel-Stammtisch zu gründen, wurde von einigen Teilnehmern mit einer sofortigen Anmeldung angenommen.

Einen Tag später hielt S.E. Ron Prosor am Vormittag vor mehr als 100 Schüler:innen der weiterführenden Schulen aus dem Landkreis Oberhavel sowie Anwärter:innen der Hochschule der Polizei des Landes Brandenburg ein Grußwort in **Oranienburg**. Dieter Starke, kooptiert im Vorstand der DIG BB, hatte diesen Auftritt vorbereitet. Er berichtet, dass Ron Prosor die Gruppe ermutigte, sich am Austauschprogramm mit Israel zu beteiligen und dass der Botschafter sich zuversichtlich geäußert habe, dass das deutsch-israelische Jugendwerk im nächsten Jahr seine Arbeit aufnehmen könne.

In zwei parallelen Podiumsdiskussionen zum Thema der Israelwoche „Israel – Land der Vielfalt und Innovation“ lernten die jungen Erwachsenen mit den Referent:innen Nelly Kranz und Gil Yaron sowie den Mitgliedern des Jungen Forums der DIG, Aras-Nathan Keul und Anna Staroselski, Israel besser kennen und beteiligten sich lebhaft an den anschließenden Diskussionsrunden.

Zwei weitere, nicht öffentliche, Schulveranstaltungen mit Nelly Kranz und Arye Sharuz Shalicar, fanden in **Zehdenick** und in **Brandenburg/Havel** statt.

In **Oranienburg** gab es abends eine öffentliche Diskussionsrunde, noch einmal mit Nelly Kranz und Gil Yaron, im Oranienwerk. Anschließend gelang es, in einem mitreißenden Konzert der israelischen Band „Le Chaim“ den Musikern, das Publikum zum Tanzen zu motivieren.

Vom zweiten Israeltag in **Falkensee** berichtet unsere Aktivistin und Fotografin Vivien Tharun. Nelly Kranz, Arye Sharuz Shalicar und Julius von Freytag-Loringhoven von der Friedrich-Naumann-Stiftung (FNS)



Foto: © Vivien Tharun

Podium Falkensee v.l. Arye Sharuz Shalicar, Barbara Richstein, Nelly Kranz, Julius von Freytag-Loringhoven

diskutierten mit der Vizepräsidentin des Brandenburger Landtags, Barbara Richstein. Es ging um Jugendgangs in Berlin-Wedding, Antisemitismus in Deutschland, Stiftungsprojekte und die deutsch-israelische Länderbeziehung.

Der Abschluss der Israelwoche fand im Rahmen der 32. Interkulturellen Woche 2022 in **Potsdam** am 24. September statt. Kooperationspartner der DIG BB waren hier die Landeshauptstadt Potsdam, die F.C. Flick Stiftung und die Friedrich-Naumann-Stiftung. Vorbereitung und Nacharbeit der Termine in Potsdam lagen in den Händen des aktiven Potsdamer Mitglieds Dr. Roland Körber.

Im Potsdamer Museum am Alten Markt sprachen Jochen Feilcke, Vorsitzender der DIG BB e.V., und Brigitte Meier, Beigeordnete des Oberbürgermeisters, Grußworte.

Danach fand eine lebhaft Podiumsdiskussion mit Nelly Kranz und Arye Sharuz Shalicar, moderiert von Paula Ranfft, stellvertretende Vorsitzende der DIG BB, mit Schülern und Jugendlichen aus der Landeshauptstadt Potsdam und Umgebung statt. Prof. Körber berichtet, dass über eine mögliche Regierungsvereinbarung zwischen dem Land Brandenburg und Israel zu Themen wie wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Zusammenarbeit sowie über Perspektiven des deutsch-israelischen Schüler- und Jugendaustausches diskutiert wurde.

Höhepunkt des DIG-Israeltages in Potsdam war dann am Nachmittag die Podiumsdiskussion zur ‚Israelischen Sicherheitspolitik im Kontext der aktuellen weltpolitischen Lage‘. Nach einer einführenden Präsentation von Nelly Kranz diskutierten Arye Sharuz Shalicar und Christian E. Rieck von der Universität Potsdam, moderiert von Aras-Nathan Keul, Präsidiumsmitglied der DIG e.V., über die historischen Aspekte hinter den gegenwärtigen Entwicklungen im Nahen Osten, besonders im Hinblick auf die aktuelle Israelische Außenpolitik. In den Diskussionen und Gesprächen mit den Gästen zeigte sich großes Interesse, aber auch einige Unwissenheit zu den Zusammenhängen im Nahen Osten.

Ein solches Mammutprogramm, zu dem die Finanzierung sowie Koordination von Fahrten, Unterbringung, Verköstigung und Abstimmung mit den jeweiligen Partnern vor Ort gehört, war ein Kraftakt für die Ehrenamtlichen der DIG BB. Motiviert vom Vorsitzenden Jochen Feilcke, professionell organisiert von Kathrin Koelle, und mit einer monatelangen Vorbereitung mit regelmäßigen Telefonkonferenzen mit dem Potsdam/Brandenburg Arbeitskreis unter Leitung unseres Vorstandsmitglieds und Bürgermeisters von Oranienburg, Alexander Laesicke, ist das Team mit Prof. Roland Körber, Andy Thiele, Dieter Starke, Kathrin Koelle, Vivien Tharun, Klaus Keese und vielen anderen über sich hinausgewachsen.

Maya Zehden
DIG Berlin/Brandenburg e.V.

Ein enthusiastischer Bericht aus Potsdam:

Das erste Sommerfest der DIG Potsdam: eine Wucht!

„Das erste Sommerfest der AG Potsdam der Deutsch-Israelischen Gesellschaft war eine Wucht, es war einfach nur wunderschön, die Stimmung war unglaublich, der Hof des Kunsthauses „sans titre“ mitten im Herzen Potsdams für diesen Abend genau der richtige stimmungsvolle Ort, das Buffet von Deli ein Genuss durch und durch – die Gespräche mit tollen neuen Ideen und Plänen für Veranstaltungen endeten erst weit nach Mitternacht, obwohl das Sommerfest an einem Montagabend stattfand.“

Drei junge Gäste sind spontan Mitglied geworden und sofort herzlich von der AG aufgenommen worden: Lenny Geserich, Maximilian Westphal und Jasper Wiezorek.

Es war für uns als AG Potsdam eine Freude und eine Ehre, dass unser neuer Präsident der DIG, Volker Beck, nach Potsdam zu unserem Sommerfest gekommen war, unsere neuen Mitglieder gleich persönlich willkommen geheißen hat und in seinem Impuls für unseren Abend unter anderem am Beispiel der Documenta klar gemacht hat, was die gesellschaftliche Aufgabe der DIG ist und wie wir eindeutig gegen Antisemitismus Position beziehen.

Werner Ruhnke und Mikos Meininger, der erste und der zweite Vorsitzende des Kunsthauses sans titre, die dieses mit vielen Freunden in nicht immer leichten Umständen zusammen aufgebaut haben, haben uns in ihre künstlerische Arbeit mitgenommen, uns die Räumlichkeiten gezeigt und die aktuelle Ausstellung ans Herz gelegt. Sicher ist für die AG Potsdam: Das war erst der Auftakt der Zusammenarbeit; insbesondere die Klein-



Stimmung, großartig: Patrick Meinhardt beim L'Chaim

kunstbühne kann sich die AG Potsdam als Ort für Diskussionen, Lesungen und Vorträgen hervorragend vorstellen.

Ein besonderer Dank geht an Freunde und Gäste, die zu uns gekommen sind: Helge-David Gillberg, der sich von Köln auf den Weg gemacht hat und quasi als unser

„Ehrenmitglied“ zu unserer DIG-Familie in Potsdam gehört, an Aras-Nathan Keul, mit dem wir als unserem Regionalbeauftragten für Berlin, Brandenburg und Sachsen künftig sehr gerne zusammenarbeiten, und an Matthias Nölke von der DIG Kassel, der ein von Herzen gerne gesehener Gast bei uns ist.



Präsident Beck und Vorsitzender Meinhardt begrüßen neue Mitglieder



Nachdenklich und fröhlich: der Vorsitzende begrüßt

Dieser ganze Abend, dieses Sommerfest wäre aber nicht möglich gewesen, wenn wir in der DIG Potsdam nicht ein so grandioses Team hätten. Es ist eine riesige Freude mit jedem einzelnen zusammenzuarbeiten: Herzlichen Dank an Martina Wilczynski, Burghard Mannhöfer, Moritz Pleuse, Tobias Gothow, Yann Hohdorf, Tobias Barniske und Olaf Glöckner.

Patrick Meinhardt
Vorsitzender DIG Potsdam

DIG ist ein Motor für neue deutsch-israelische Städtepartnerschaft

Neue Städtepartnerschaft Kirjat Bialik – Chemnitz besiegelt

Nach 23 Jahren Pause hat das sächsische Chemnitz eine neue Partnerstadt: Kirjat Bialik in Israel

Der Chemnitzer Oberbürgermeister Sven Schulze und sein israelischer Kollege Eli Dukorski haben am 26. Oktober 2022 im Beisein von Stadträten, Landes- und Bundestagsabgeordneten sowie engagierten Bürgerinnen und Bürgern feierlich eine Reisegruppe von 34 Personen, unter anderem mit Mitgliedern der DIG-AG Chemnitz, besuchte im Oktober dieses Jahres Kirjat Bialik und bekam dort sehr freundlich die Stadt gezeigt unterzeichnet. Für beide Städte ist es die zwölfte Partnerschaft.



Die Chemnitzer Gäste fühlten sich im Oktober 2022 in Kirjat Bialik sehr wohl.

Oberbürgermeister Sven Schulze unterstrich, dass dieser „wichtige Meilenstein“ für ein gemeinsames Miteinander nicht wie üblich von der Stadtverwaltung angeregt wurde, sondern bereits seit 2009 von Privatpersonen betrieben wird. Initiator der Zusammenarbeit ist Professor Rafi Wertheim, der als Wissenschaftler in Kirjat Bialik und Chemnitz gleichermaßen tätig ist und seitdem zahlreiche Kontakte knüpfte. Doch auch die Deutsch-Israelische Gesellschaft Chemnitz benannte der Chemnitzer Oberbürgermeister in seiner

Festrede ausdrücklich als eine Unterstützerin der Städtepartnerschaft.

Unvergessen ist der von der DIG begleitete erste deutsch-israelische Jugendaustausch in Chemnitz im Jahr 2018: Damals musizierten acht jugendliche Musikerinnen und Musiker aus Kirjat Bialik gemeinsam mit gleichaltrigen Chemnitzerinnen und Chemnitzern zu den Tagen der jüdischen Kultur. Auch sonst beteiligt sich die

DIG Chemnitz von Anfang an regelmäßig an diesem Kulturfestival, das in diesem Jahr zum 31. Mal stattfand.

Bürgermeister Eli Dukorski besuchte Chemnitz zum Unterzeichnen der Städtepartnerschaft das zweite Mal und betonte, dass er sich hier immer sehr wohl fühle: „Ich bin ein Chemnitzer“, sagte er in Anlehnung an John F. Kennedys berühmten Ausspruch. Eli Dukorskis ersten Besuch in Chemnitz vor reichlich vier Jahren hat die Deutsch-Israelische Gesellschaft ebenfalls begleitet.



Austausch der unterschriebenen Partnerschaftsverträge zwischen Kirjat Bialiks Bürgermeister Eli Dukorski (links) und dem Chemnitzer Oberbürgermeister Sven Schulze (rechts) am 26. Oktober 2022 im Stadtverordnetensaal des Rathauses Chemnitz

Genau zur Unterzeichnung der Städtepartnerschaftsvereinbarung war eine Reisegruppe von 34 Chemnitzerinnen und Chemnitzern, unter anderem mit Mitgliedern der DIG Chemnitz, von einer Reise nach Israel zurückgekehrt. Deren Stadtführung in Kirjat Bialik, die genau an ihre Wünsche angepasst wurde, und die insgesamt sehr freundliche Aufnahme bleiben den Besuchern in bester Erinnerung. Sie planen jetzt eine nächste Begegnung mit Menschen aus Kirjat Bialik.

Dorothee Morgenstern
DIG Chemnitz

Gedenkkonzert

Gedenkkonzert anläßlich des Anschlags auf die Hallesche Synagoge an Yom Kippur 2019

Der antisemitische Amoklauf an Yom Kippur 2019 hat einmal mehr vor Augen geführt, dass der Hass auf jüdische Bürgerinnen und Bürger längst kein marginales Problem mehr ist. Antisemitismus ist in Deutschland wieder tödliche Realität. Es ist höchste Zeit, öffentlich für jüdisches Leben in unserem Land einzutreten und ein sichtbares Zeichen der Solidarität der Mehrheitsgesellschaft mit der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland zu setzen!

Wir, die Deutsch-Israelische Gesellschaft, Arbeitsgemeinschaft Bayreuth-Oberfranken und Arbeitsgemeinschaft Halle-Umland, haben vor diesem Hintergrund gemeinsam mit unseren langjährigen Kooperationspartnern, dem Bayreuther Zamirchor unter der Leitung von Barbara Baier und seinem Israelischem Gegenstück, dem Ashira-Chor unter der Leitung des israelischen Komponisten und Dirigenten Itzchak Tavior, den Entschluß gefasst, ein solches Zeichen zu setzen. Der Angriff auf die Hallenser Synagoge im Oktober 2019 bedeutet eine Zäsur, die die Wahl des Veranstaltungsortes vorgegeben hat. Die Stadt Halle hat unser Gedenkkonzert von Anfang an tatkräftig unterstützt, sie stellte dafür die Konzerthalle Ulrichskirche unentgeltlich zur Verfügung. Wir danken zudem der Deutsch-Israelischen Gesellschaft e.V. und der HALLIANZ für Vielfalt e.V., ohne deren großzügige Förderung das Gedenkkonzert nicht möglich gewesen wäre.

Pandemiebedingt musste der Konzerttermin mehrfach verschoben werden – zunächst sollte das Konzert bereits am 1. Jahrestages des Anschlags an Yom Kippur im Oktober 2020 stattfinden. Wir freuen uns, dass das Konzert am 04. Juli 2022 unter großer öffentlicher Anteilnahme und medialer Resonanz endlich stattfinden konnte und dass wir zudem das Deutsche Radio Kammerorchester unter der Leitung von Prof. Walter Schreiber für die musikalische Begleitung gewinnen konnten.



Das Gedenkkonzert fand eine große öffentliche Resonanz.



v.l.n.r.: Maria Kireenko (BuFo JuFo), Robert Eichler (Bayreuth), Volker Beck (DIG Präsident), Thomas Brüggemann (Bayreuth), Frederick John (Halle), Philipp Körner (Halle)

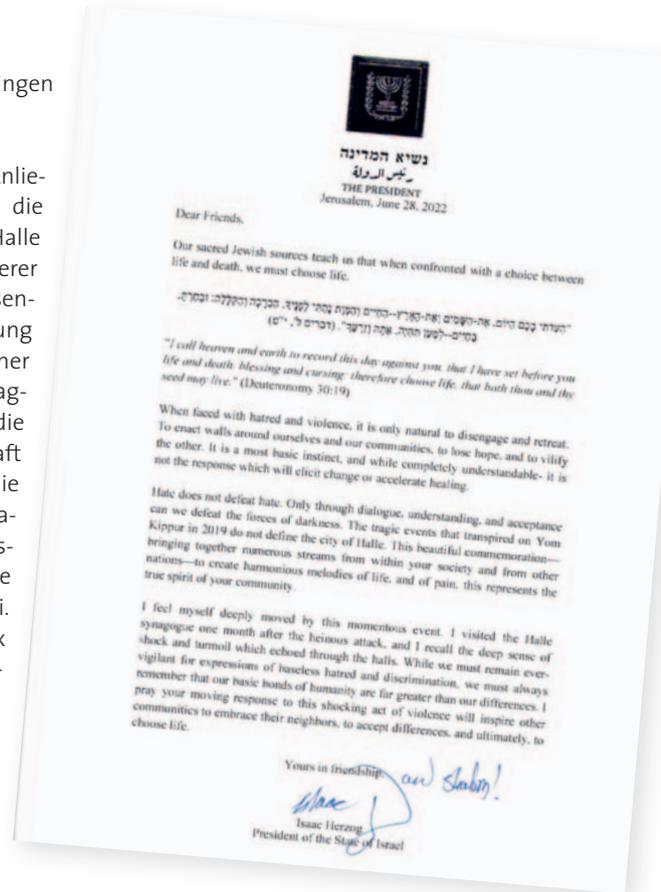


Der Vorsitzender der Israelitischen Kultusgemeinde Halle, Max Privorozki, nahm das Gedenkkonzert zum Anlaß, mit seiner Gemeinde in die Deutsch-Israelische Gesellschaft einzutreten.

Ganz besonders glücklich schätzen wir uns, dass wir vor dem Konzert mit offenen Armen in der Synagoge vom Vorsitzenden der Halleschen Israelitischen Kultusgemeinde, Max Privorozki, empfangen worden sind. Gemeinsam mit Gemeindemitgliedern fanden unsere israelischen Freunde so Gelegenheit zur spirituellen Einkehr und zum Gedenken an die Opfer des Anschlags von 2019. Zum Höhepunkt eines hochemotionalen Besuches in der Synagoge wurde

schließlich das gemeinsame Singen jüdisch-religiöse Lieder.

Den Stellenwert unseres Anliegens bestätigten nicht zuletzt die Schirmherrschaft der Stadt Halle und die Ehrengäste, die unserer Einladung folgten: für die Sachsen-Anhaltinische Landesregierung Bildungsministerin Eva Feußner und der Antisemitismusbeauftragte Dr. Wolfgang Schweiß, für die Deutsch-Israelische Gesellschaft ihr Präsident Volker Beck, für die Stadt Halle die Beigeordnete Katharina Brederlow und für die Israelitische Kultusgemeinde Halle ihr Vorsitzender Max Privorozki. Hervorzuheben ist, dass Max Privorozki im Rahmen des Gedenkkonzertes nach beinahe 20 Jahren öffentlich mit der Halleschen Jüdischen Gemeinde wieder in die Deutsch-Israelische Gesellschaft eingetreten ist, um für die Interessen Israels und die der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland einzutreten – ein wichtiges Zeichen in Zeiten eines auch in Deutschland wachsenden Antisemitismus und einer öffentlich erstarkenden BDS-Bewegung. Dass besonders in Israel der Umgang mit dem wachsenden Antisemitismus in Deutschland genau beobachtet wird, zeigt sich an der Grußbotschaft



des Israelischen Staatspräsidenten Jitzchak Herzog, die dieser anlässlich unseres Konzertes übermittelt hat.

Thomas Brüggemann
DIG Bayreuth-Oberfranken beschreibt die gemeinsame Veranstaltung seiner AG und der DIG Halle-Umland



Es spielte das Deutsche Radio Kammerorchester und der Leitung von Prof. Walter Schreiber gemeinsam mit Musikerinnen des Symphonieorchesters aus dem ukrainischen Ushgorod.



v.l.n.r. Barbara Baier, Leiterin des Zamirchores (Bayreuth), Prof. Walter Schreiber, Jitzchak Tavior, Dirigent und Komponist (Tel Aviv).

Vorstandswahlen in Berlin und Brandenburg e.V.

Zwölf Mal wiedergewählt und noch überaus ehrgeizig

Jochen Feilcke als Vorsitzender der DIG Berlin-Brandenburg e. V. bestätigt – Mitgliederzahl stark angestiegen

Einigermaßen stolz verkündete Jochen Feilcke auf der Mitgliederversammlung der DIG Berlin-Brandenburg Ende Oktober eine Zahl: 793 Mitglieder habe man im letzten Jahr gezählt – jetzt seien es 885. „Damit sind wir mit Abstand der größte Regionalverband in der DIG“, so der Vorsitzende. Feilcke hätte noch eine andere Zahl nennen können: Als er 1999, also vor nunmehr 23 Jahren, den Vorsitz übernahm, zählte die Organisation nur 278 Angehörige. Sie hat sich seither also mehr als verdreifacht. Die DIG Berlin-Brandenburg ist ganz offensichtlich eine Erfolgsgeschichte. Dazu gehört, so Feilcke, dass von den rund 100 Neumitgliedern des letzten Jahres rund die Hälfte jünger als 35 Jahre alt sind. Die neue Größe spiegelt sich auch auf der Bundesebene wieder: Allein zwei der vier stellvertretenden Bundesvorsitzenden gehören dem Berlin-Brandenburger Regionalverband an; der neue Vorsitzende Volker Beck war aktiv von ihm unterstützt worden. Kein Wunder, dass die Mitglieder den 80-jährigen ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordneten erneut zu ihrem Vorsitzenden wählten, ohne Gegenkandidaten. 83 Prozent der Anwesenden stimmten für ihn. Es ist seine zwölfte Wiederwahl.

Stolz sind die Berlin-Brandenburger auch auf ihre Aktivitäten des letzten Jahres. Ganz besonders auf die inzwischen schon etablierten großen Veranstaltungen. Den Israel-Tag, der in diesem Jahr auf dem zentralen Wittenbergplatz in Berlin stattfand, die Israel-Woche an verschiedenen Orten in Brandenburg, und das große gemeinsame Sommerfest. Dazu kamen zahlreiche Diskussionen, Lesungen und Vorträge, wobei man rege den Promivorteil der Hauptstadt nutzt: In der Region stehen besonders viele Politiker, Autoren und Intellektuelle zur Verfügung. Die DIG Berlin-Brandenburg will das nun auch institutionell ausbauen. Die Mitglieder nahmen mit



Neuer Vorstand: v.l.: Kathrin Koelle (Beisitzerin B), Dr. Ruben Friedmann (B), Dieter Starke (stellv. Vorsitzender SV), Peter Hellmich (Schatzmeister), Jochen Feilcke (Vorsitzender), Paula Ranfft (SV), Anna Staroselski (B), Daniel Hunkel (B), Michael Spaney (B); nicht im Bild: Martin Patzelt (B), Aras Nathan Keul (B), Maya Zehden (SV)

großer Mehrheit den Vorschlag des Vorstandes an, einen fünf- bis siebenköpfigen Beirat aus prominenten Freunden Israels zu bilden. „Leute, die uns mit ihrem Rat und mit ihrem Namen helfen wollen, aber vielleicht keine Zeit haben, um im Vorstand mitzuarbeiten“, erläuterte Feilcke. Ein Vorschlagsliste für diesen Beirat will er demnächst im Vorstand präsentieren. Wie man Feilcke kennt, dürfte er mit den meisten Kandidaten schon gesprochen haben. Mehrere Höhepunkte des nächsten Jahres stehen praktisch schon fest: Nach langer Abstinenz wegen der Corona-Pandemie will die DIG Berlin-Brandenburg Ende Februar wieder mit einer großen Gruppe nach Israel fahren. Und der nächste Israel-Tag ist für den 28. April 2023 ebenfalls schon terminiert. Er soll diesmal auf dem Bebel-Platz stattfinden. Zusammen mit der Landeszentrale für politische Bildung sind zudem mehrere Veranstaltungen zum 75. Jahrestag der Gründung des Staates Israel geplant. Im zwölfköpfigen Vorstand gab es bei den

Wahlen einige Veränderungen. Die Sprecherin des Jungen Forums, Paula Ranfft, zog als eine der stellvertretenden Vorsitzenden neu in das Gremium ein, ebenso der Oranienburger Dieter Starke für die Brandenburger Mitglieder. Maya Zehden wurde als Stellvertreterin bestätigt. Sie hat dieses Amt ebenfalls schon 22 Jahre inne. Bestätigt wurde auch der Schatzmeister Peter Hellmich. Neu im Kreis der Beisitzer ist unter anderem der frühere Oberbürgermeister von Frankfurt/Oder, Martin Patzelt. In seinem Schlusswort spielte der Langzeitvorsitzende Jochen Feilcke von sich aus launig auf die mögliche Frage an, wie lange er denn amtierem wolle. Sein Ziel sei es immer gewesen, sagte er, dass die DIG Berlin-Brandenburg einmal mehr als 1000 Mitglieder zähle. Nach seiner Erwartung könne das in zwei Jahren so weit sein. „Wenn wir uns alle anstrengen bei der Mitgliederwerbung, dann schaffen wir das“.

Werner Kolhoff
DIG Berlin/Brandenburg e. V.

Veranstaltung mit Itamar Marcus, Direktor Palestinian Media Watch

Indoktrination palästinensischer Kinder

Wer sich fragt, weshalb es in Israel immer wieder zu Attentaten und Angriffen auf israelische Staatsbürger durch palästinensische Jugendliche kommt, ist herzlich eingeladen, sich einmal mit dem Erziehungssystem der palästinensischen Autonomiebehörden zu befassen. Genau das tut Itamar Marcus, Direktor der NGO Palestinian Media Watch seit Jahrzehnten.

Dabei handelt es sich um ein Problem, das in der deutschen Öffentlichkeit viel zu wenig wahrgenommen wird. Ein Grund dafür mag sein, dass nur wenige der arabischen Sprache mächtig sind, in der diese Erziehung der Gewaltverherrlichung und des Hasses gegen Juden stattfindet. Aber jenseits der Sprache sind es Bilder und auch Karikaturen, die keinen Interpretationsspielraum lassen und oft ohne ausführliche Kommentare wirken. Dabei scheuen sich die palästinensischen Medien nicht, verkürzte Darstellungen zu wählen, die dann gelegentlich auch gern von deutschen Medien unreflektiert übernommen werden; die typische Meldung in den Nachrichten lautet dann: Israelische Soldaten haben einen palästinensischen Jugendlichen getötet. Die vorangegangenen Attentatsversuche, die oft zu schweren Verletzungen der Angegriffenen führen, werden ausgeblendet und nicht wahrgenommen bzw. erst dann erwähnt,

wenn sie tatsächlich zum Tod der Betroffenen führen.

Es wird Zeit, dass sich das ändert. Vor allem wird es Zeit, dass erkannt wird, wie das europäische Geld für das palästinensische Bildungssystem eingesetzt wird: In Schulbüchern, die zum Hass gegen Israel erziehen und für Feriencamps, in denen Kinder lernen, dass der Märtyrertod das höchste Ziel ist, das mit dem Töten von Juden, die als „Nachfahren von Affen und Schweinen“ charakterisiert werden, erreicht werden kann.

Was ist zu tun? Das Problem ist vielschichtig, denn es beschränkt sich nicht auf die Schulbildung. Hier kann aber am ehesten angesetzt werden, da eben viel europäisches und auch deutsches Geld in das palästinensische Bildungssystem fließt. Das ist prinzipiell gut und richtig. Aber eine Überprüfung der tatsächlichen Verwendung ist wichtig, denn de facto



Itamar Marcus

werden diese Gelder auch dazu genutzt, den Familien, deren Kinder nach erfolgreicher Indoktrination den „Märtyrertod“ gestorben sind, das Leben mit finanziellen Zuwendungen zu versüßen.



v. l.: Dr. Nikoline Hansen, Autorin, Jochen Feilcke, Vorsitzender DIG BB e.V., Mette Johanne Follestad, European Representative of Palestinian Media Watch, Itamar Marcus, Direktor Palestinian Media Watch (PMW), Michael Spaney, Direktor Mideast Freedom Forum Berlin (MFFB)

Darüber hinaus hat sich mittlerweile eine Kultur entwickelt, die mit Musik, Filmen und Reden der Politiker der Palästinensischen Autonomiebehörden die Strategie der totalen Indoktrination weiter vorantreibt. Es wäre wichtig, hier mit persönlichen Kontakten entgegenzuwirken, wobei das nicht einfach ist: Andere Meinungen werden nicht zugelassen oder bestraft, gelegentlich auch mit dem Tod. Das dient der Abschreckung und zeigt: Kontakt – genannt „Kollaboration“ – mit dem Feind ist nicht erwünscht. So wird die arabische Bevölkerung eines ganzen Landstrichs und ihre Nachkommen, die häufig in den Nachbarländern noch in Lagern leben und von denen viele in Europa eine neue Heimat gefunden haben, in eine vordergründig identitätsstiftende Gemeinschaft eingebunden. Aber die Existenz der Palästinenser als „Volk“ war zur Staatsgründung Israels noch gar nicht gegeben. Denn es geht gar nicht nur um die sogenannten besetzten palästinensischen Gebiete, sondern es geht ganz

offen um die gesamte Region – um das Land Israel als Nation und das Ziel, die Juden zu vertreiben. Dieser Kampf wird seit Jahrzehnten vorbereitet und vorangetrieben, und neben dem Bildungssystem, den Medien, Zeitschriften für Kinder und Schulbüchern sind inzwischen auch die sozialen Medien ein großes Problem, denn hier werden die Videos der „Märtyrer“ verbreitet, hier gibt es große Zustimmung und hier wird die Propaganda international gestärkt.

Es ist beunruhigend, dass dies auch in Deutschland geschieht. Lehrer sehen häufig nicht hin, wenn palästinensische Kinder oder solche, die sich mit den Palästinensern solidarisch fühlen, derartige Videos sehen und die Propagandalügen über die Juden, die ihnen in ihrer Muttersprache präsentiert werden, verbreiten und die Verherrlichung von Gewalt feiern. Wir sollten uns endlich dieser Problematik bewusstwerden und uns ihrer annehmen. Es ist schon spät und es ist nicht einfach.

Eine ganze Generation ist mit diesen Bildern aufgewachsen und hält sie für bare Münze. Aber vielleicht ist es noch nicht zu spät, den Kampf dagegen aufzunehmen. Gerade Deutschland trägt hier eine besondere Verantwortung.

Wer sich für Einzelheiten zum Thema Indoktrination palästinensischer Kinder interessiert ist eingeladen, einen Blick auf die Webseite von Palestinian Media Watch zu werfen. Itamar Marcus hat auf der gemeinsamen Veranstaltung von MFFB und der DIG Berlin und Brandenburg am 18.10.2022 die Ergebnisse seiner Recherchen sehr beeindruckend präsentiert. Hier finden Sie ausführliche Informationen und englische Übersetzungen der arabischen Texte, die die wirkungsmächtigen Bilder und Karikaturen begleiten.

<https://palwatch.org/>

Dr. Nikoline Hansen
DIG Berlin/Brandenburg e. V.

Erstversorgung für ‚sche‘ erit hapejta‘.

Die jüdischen Überlebenden der deutschen Konzentrationslager in DP-Camps der Alliierten 1945/46

Schätzungen zufolge waren unmittelbar vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges noch etwa eine halbe Million Juden vor den Todesmärschen am Leben, von denen noch 60 Prozent in den letzten Wochen vor ihrer Befreiung an Epidemien und Mangelerscheinungen in den überfüllten Lagern starben. Demzufolge konnten nur noch etwa 200.000 befreit werden. Auf den Gebieten der westlichen Besatzungszonen gab es noch etwa 50.000 bis 75.000 überlebende jüdische Menschen. Dies sind bis heute nur Schätzungen, da man bei den damaligen Zählungen nicht zwischen Juden und Nichtjuden, sondern nach Nationalitäten differenzierte. Außerdem gab es auch noch eine hohe Todesrate in den ersten Tagen und Wochen nach Kriegsende.

Was passierte mit den Menschen, die sich nach Beendigung der Kriegshandlungen im Mai 1945 als Gestrandete unter dem Verwaltungsbegriff *Displaced Persons* (DPs) in den drei westlichen Besatzungszonen der Alliierten wieder fanden? Sie hielten sich kriegsbedingt außerhalb ihrer Heimatstaaten auf und konnten in der Regel ohne Unterstützung nicht mehr zurückkehren oder in einem anderen Land Aufnahme finden.

Den alliierten Militärangehörigen der Siegermächte gelang es, bis September 1945 etwa sechs Millionen DPs zu repatriieren; zurück blieb noch eine halbe Million DPs, die als nicht repatriierbar galten. Letztere gehörten drei unterschiedlichen Gruppen an: die ehemaligen polnischen und sowjetischen Zwangsarbeiter, die mit den Nationalsozialisten zum Teil während des Krieges kooperierende Polen, Ukrainer, Russen, Balten und schließlich als dritte Grup-

pe die meist aus Osteuropa stammenden jüdischen Überlebenden der deutschen Konzentrationslager. Bereits 1944, als das Ende des Krieges abzusehen war, hatte das Hauptquartier der alliierten Streitkräfte, das *Supreme Headquarter Allied Expeditionary* (SHAEF) in einem Memorandum die Aufgaben und Zuständigkeiten für ihre Truppenangehörigen festgelegt, wie DPs in gesonderten „assembly centers“ zu unterzubringen und zu versorgen waren. Die Verwaltung und Betreuung erfolgte in den ersten Wochen also zuerst durch die Angehörigen der amerikanischen- und britischen Armee. Es waren demnach die befreienden Soldaten der ersten Stunden, die den Überlebenden nach qualvollen Monaten und Jahren wieder ein menschliches Gesicht zeigten, bis andere Maßnahmen über große internationale Hilfsorganisationen anlaufen konnten.

*Wir sind ‚sche‘ erit hapejta‘,
der gerettete Überrest des
jüdischen Volkes.
(Vgl. Buch Esra Kap. 9, Vers 15)*

In der sowjetischen Besatzungszone hatte man jüdischen Überlebenden keinen Sonderstatus zuerkannt. In den Camps der französischen Zone waren um die 1000 jüdische DPs und in der britischen Zone etwa 15.000 untergebracht. Die amerikanische Militärregierung sah sich vor allem nach dem weiteren Zustrom durch den Pogrom im polnischen *Kielce* Mitte 1946 für etwa 140.000 jüdische DPs in die Verantwortung genommen. Deren Unterbringung erfolgte in Lagereinrichtungen, oft auch in denen, wo zuvor Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter*innen untergebracht waren. Die Überlebenden wurden auch in ehemalige Kasernen, Industriearbeiter-



Collage: Susanne Zeller

siedlungen oder Zeltkolonien, mitunter auch in Schulen, Hotels, Ställen, Klöstern und Krankenhäusern eingewiesen.

Der ‚Harrison Report‘ als Sozialbericht über die Lebensbedingungen in DP-Camps

In den britischen und französischen Besatzungszonen blieb die Lage der jüdischen DPs prekär. Es kam dort kaum zu Verbesserungen ihrer Lebensverhältnisse, da man prinzipiell nicht zwischen jüdischen und nichtjüdischen DPs unterschied. In der amerikanischen Zone wurde das anders gehandhabt. Die jüdischen DPs wurden als besondere Opfergruppe berücksichtigt.

Die Kehrseite war allerdings aufgrund der allgemein schwierigen Nachkriegszeit, dass es in allen überfüllten Camps im Sommer 1945 noch monatelang an allem mangelte. Nach den ersten Schockmomenten schien auch die Behandlung durch überforderte wachhabende Militärs mitunter beklagenswert. Die jüdischen DPs waren erneut mit demütigenden Situationen und antisemitischen Anfeindungen in der deutschen Bevölkerung konfrontiert.



Neben den ersten Armeeinghörigen, die bei der Befreiung der Konzentrationslager mit Entsetzen den Zustand der Überlebenden sahen, organisierte die amerikanische Hilfsorganisation *American Jewish Joint Distribution Committee* (Joint) erste Transporte mit Hilfsgütern.

Der *Joint* war eine seit 1914 vor allem in Europa tätige Hilfsorganisation amerikanischer Juden mit Hauptsitz in New York. Der ursprünglich aus der Ukraine stammende Pädagoge und Wissenschaftler auf dem Gebiet der jüdischen Literatur **Joseph J. Schwartz** (1899–1975) nahm zwischen 1940 und 1949 das Amt des europäischen Direktors des *Joint* wahr. Schwartz hatte während des Krieges von seinem offiziellen Büro in Lissabon aus, Menschen in französischen Internierungslagern sowie Krankenhäuser, Waisenheime, Suppenküchen oder das Ghetto Theresienstadt mit Lebensmittelpaketen und Geld unterstützt. Schwartz bat den amerikanischen Juristen und ehemaligen Kommissar für Immigration **Earl. G. Harrison** (1899–1955) ihn auf seiner offiziellen Tour durch deutsche und österreichische DP-Camps zu begleiten, um Amerika auf die dortigen katastrophalen Lebensbedingungen aufmerksam zu machen. Harrison verfasste nun einen engagierten Lagebericht über die Missstände und richtete diesen am 3. August 1945 an den neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten, den Demokraten **Harry S. Truman**.

Harrison verknüpfte seine Eindrücke mit konkreten. Beispielsweise informierte er Truman darüber, dass die meisten *Displaced Jews* aus den osteuropäischen Staaten, davon die meisten aus Polen, kamen. Er forderte, dass diese Überlebenden nicht weiterhin in den ehemaligen Konzentrationslagern verbleiben, sondern bei der Vergabe von Wohnungen bevorzugt werden sollten. Die DPs sähen sich nach ihrer Befreiung damit konfrontiert,

in ihren Häftlingslumpen oder sogar notgedrungen in der Uniformkleidung ehemaliger Schergen der Konzentrationslager herumlaufen zu müssen. Ihnen würden kaum Möglichkeiten für Repatriierungen eröffnet. Harrison beklagte die noch weitgehend fehlenden medizinischen Versorgungsmöglichkeiten, Medikamente, den Mangel an Lebensmitteln und Diätahrung, Bekleidung, Betten, Heizmaterial für die zugigen Baracken im anstehenden Winter, Lesestoff, die kaum vorhandenen Wiedereingliederungsprogramme, die fehlenden institutionellen Strukturen für die Vermisstensuche und Familienzusammenführung. Und er verwies auf die hohe Mortalitätsrate in den DP-Camps. Es sei für die überlebenden Juden auch wesentlich, dass sie als jüdische Opfer



Joseph Schwartz (1899–1975)

des NS-Regimes anerkannt würden und ungeachtet aus welchen europäischen Ländern sie stammten, der besonderen Unterstützung bedurften. Würde man die DPs weiterhin nach Nationalitäten eingruppiert, sei es bisher nicht möglich gewesen, den Juden vorrangige Hilfe zukommen zu lassen, ohne dass es durch die notwendige Bevorzugung zu Konflikten mit den nicht-jüdischen DPs käme. Vor allem polnische DPs, die überwiegend zionistisch orientiert seien, wollten Deutschland unverzüglich in Richtung des britischen Mandatsgebiets Palästina verlassen, während die ungarischen und rumänischen Juden eher bereit seien, in ihre Herkunftsländer zurückzukehren. An vielen Stellen des Lageberichts wurde Harrison mehr als deutlich:

„Wir scheinen die Juden wie die Nazis zu behandeln, mit der Ausnahme, daß wir sie nicht vernichten. Sie sind in großer Anzahl in (den ehemaligen, S. Z.) Konzentrationslagern untergebracht und werden anstelle der SS-Truppen von unseren Militärs be-

wacht. Man muß sich die Frage stellen, ob die Deutschen, wenn sie dies beobachten, nicht vermuten, dass wir die NS-Politik fortsetzen oder jedenfalls gutheißen. (...) Juden sind als Juden (nicht als Angehörige eines Staates) weitaus mehr gequält worden als die nichtjüdischen Angehörigen des gleichen oder eines anderen Staates (...)“

Am Schluss drang er darauf, ein Unterstützungssystem für die ausreisewilligen DPs zu schaffen, das auch sicherstellte, dass sie in die Länder kamen, in die sie auch gehen wollten.

Er verlangte ebenso die Aufhebung der durch das *Weißbuch* von 1939 von Großbritannien verfügten Einwanderungsrestriktionen nach Palästina und die Erhöhung der Einwanderungsquoten in die USA. Er schlug vorübergehende Maßnahmen vor, falls sich die Rückführungen z.B. durch den Aufenthalt in Lungenheilstätten oder psychiatrischen Kliniken verzögerten. Er setzte sich auch für die Erhöhung der täglichen Kalorienzuteilungen ein, weiterhin für Zwischenlösungen beim Aufbau separater Lager mit menschenwürdigen Unterkünften für die jüdischen Überlebenden, die Bevorzugung bei der Vergabe von Arbeitsmöglichkeiten, Verordnungen gegen Plünderungen und bessere Auswahl der verantwortlichen Armeeeoffiziere, wirksamere Überwachung der Verhältnisse in den Lagern durch Kontrollen externer Beamter und Verbesserungen im Postverkehr für die DPs, im Suchdienst und in der Familienzusammenführung.

Da dieser Bericht stellenweise auch die eigenen amerikanischen Armeeinghörigen an den Pranger stellte, verfehlte er seine Wirkung nicht. Präsident Truman reagierte nur wenige Tage später am 31.8.1945 und ordnete in einem Schreiben an den Oberbefehlshaber der US-Besatz-



Collage: Susanne Zeller



In diesem Gebäude in der Potsdamer Chaussee 87 in Berlin-Nikolassee befand sich in der Nähe des Schlachtensees das Berliner DP-Camp.

zungstruppen in Deutschland – General **Dwight David Eisenhower** (1890–1969) – die Umsetzung des Harrison Reports zur Verbesserung der Lebenssituation in den DP-Camps der amerikanischen Zone an. Eisenhower führte in seinem Bericht vom 5. November 1945 an Truman pflichtgetreu seine Anordnungen aus:

„(...) Ich habe den mir unterstellten Kommandeuren befohlen, deutsche Häuser, Grundstücke und andere Einrichtungen ohne zu zögern, für ... (die Beschaffung von Wohnraum, S.Z.) zu beschlagnahmen. (...) Die notwendige Bewachung soll von den Displaced Persons selbst auf freiwilliger Basis und ohne Waffen vorgenommen werden (...). Ich habe kürzlich die tägliche Kalorienzuteilung (...) auf ein Minimum von 2500 angehoben (...). Kleidung und Schuhe sind in ausreichender Menge und passenden Modellen vorhanden.“

Der *Harrison-Report* berücksichtigte nicht nur den Wunsch von DPs, dass das Zielland der DPs vor allem Palästina war, sondern problematisierte auch die restriktive britische Einwanderungspolitik in dessen Mandatsgebiet Palästina. Allerdings hatten die USA über den *Immigration Act* von 1924 selbst auch überlebenden Juden der deutschen Lager und Pogromflüchtlingen aus Osteuropa die Einwanderung verweigert. Erst nach der Staatsgründung Israels 1948 erleichterten die USA mit dem Bundesgesetz *Displaced Person Act* vom 25. Juni mehr DPs die Einwanderung. Dies war offenbar dem Umstand geschuldet, dass man durch die Staatsgründung auch keine Masseneinwanderung mehr zu befürchten hatte. Da der *Displaced Persons Act* jüdische Überlebende zunächst benachteiligt hatte, wurde mit einem neuen *DP*

Act 1950 nachgebessert, bis 1952 fast alle DP-Camps aufgelöst werden konnten.

Die amerikanische Hilfsorganisationen UNRRA

Ein wichtiges Ergebnis des Harrison Reports war, dass die Verwaltung der DP-Camps künftig nicht mehr dem US-Militär unterstanden, sondern ab 15. November 1945 der *United Nations Relief And Rehabilitation Administration* (UNRRA) übertragen wurden (später der *International Refugees Organization* (IRO)). Diese damals weltweit wichtigste Hilfsorganisation war am 9. Oktober 1943 in Atlantic City mit dem Ziel der Erfassung, Betreuung und Repatriierung heimatloser DPs gegründet worden. Das Hauptquartier der UNRRA in Deutschland unter der Einsatzleitung des britischen Generals und ehemaligen stellvertretenden Personalchefs der SHAEF Sir **Frederik Edgworth Morgan** (1894–1967) hatte man im September 1945 zunächst in Höchst-, später in Arolsen eingerichtet. Morgan äußerte sein Missfallen über die Ineffizienz der Maßnahmen der Vereinten Nationen angesichts der Schwierigkeiten von Millionen vertriebener Menschen in Europa. Die Teams der UNRRA, bestehend aus meist nicht mehr als zehn Mitgliedern, hatten mitunter bis zu 10.000 Hilfsbedürftige zu betreuen. Sie sollten eine fürsorgliche Basisversorgung mit medizinischer Betreuung sicherstellen. Und es ging um den Aufbau von Selbsthilfeprogrammen, Berufsausbildung, Erholungsmöglichkeiten, Einrichtung der Suchdienste und Repatriierung.

Wenn es qualifiziertes Fachpersonal bei der UNRRA gab, kam es vor allem aus den ehemals von den Deutschen besetzten Ländern wie Frankreich, England, Holland, Norwegen und auch aus Polen. Diese sozialen Fachkräfte konnten sich in die besonderen Problemlagen der DPs meist viel besser einfühlen, weil sie die Schrecken des Weltkrieges persönlich miterlebt hatten.

DP-Camps als Durchgangsstationen für überlebende Juden Osteuropas

Die Soldaten standen in den befreiten ehemaligen deutschen Konzentrationslagern vor einem fassungslosen Grauen. Für die Überlebenden mussten diese Armeeingehöriger der Alliierten nach den

Jahren des Unfassbaren wieder die ersten Begegnungen mit Menschen gewesen, die sich ihnen human und mit Erstversorgungsmaßnahmen so verständnisvoll wie möglich zuwandten.

Im Herbst des Jahres 1945 lebten in Polen noch etwa 80.000 von ehemals etwas über drei Millionen polnischen Juden. 1946 veränderte sich die Lebenssituation der jüdischen DPs in Westdeutschland insofern, als sich der Zustrom schutzsuchender Menschen vor allem nach dem Pogrom im polnischen *Kielce* noch einmal erhöhte und die ohnehin übervollen DP-Camps immer voller wurden. Der *Pogrom von Kielce* gilt als der tragischste Übergriff auf Juden nach dem Ende des Krieges.

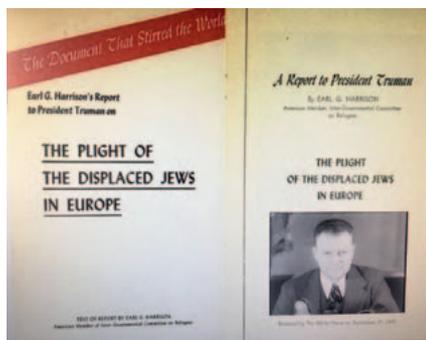
Die Vertreter der Alliierten und jüdischen Organisationen v.a. aus den USA mussten nach ihrem Eintreffen zunächst einmal realisieren, wie unfassbar groß das Ausmaß der Vernichtung der Juden in den Ländern Europas war. Erst ab dem Spätsommer 1945 konnten trotz militärisch-administrativer Hürden Hilfsprogramme anlaufen. Die jüdischen DPs, die nach ihrer Befreiung zum ersten Mal auch jüdischen Soldaten sowie Feldrabbinern der Alliierten begegneten, standen 1945 noch viel dramatischer vor dem Nichts, als die meisten besiegten Deutschen. Abgesehen von denjenigen deutschen Juden, die noch in Verstecken überlebt hatten, waren die aus den Lagern Entlassenen und Vertriebenen nicht nur heimat-, sondern kriegsbedingt nun auch staatenlos. Sie verfügten bis auf das, was sie am Leibe trugen, über keinerlei Besitz mehr. Je nach Alter war die Gesundheit durch Ausgrenzung, Vertreibung, Verschleppung, Entwurzelung, meist mehrjährige Lagerhaft, Hunger und tiefe Traumatisierungen angeschlagen, wenn nicht ruiniert. Die meisten hatten ihre Angehörigen verloren und auch später nie wiederfinden können. So mussten die Überlebenden zunächst weiterhin in umzäunten Orten mit unwirtlichen Bedingungen existieren und sich mit uniformierten Ordnungskräften auseinandersetzen.

Der schwierige Umgang mit Traumatisierung

Die Fronttruppen die Armeeingehöriger der Alliierten, die die Konzentrationslager

befreit hatten, brachten anfangs noch Empathie für die Befreiten auf. Dies änderte sich bei vielen nachrückenden Soldaten, die die Ausgangssituation der ersten Tage und Wochen nicht miterlebt hatten. Man verfügte nicht über Kenntnisse der psychischen Auswirkungen von Traumatisierung. Und man brachte noch weniger Verständnis für jüdische Traditionen auf und hatte selbst mitunter antisemitische Einstellungen. Es ging nicht mehr um Verständnis, sondern um Einhaltung einer Lagerdisziplin. Dies stand allerdings den gewohnten Selbstregulierungsmechanismen von Angehörigen ehemaliger osteuropäischer Shtetl und auch Ghettos meist diametral entgegen und mussten zu Konflikten führen. Da jüdische Hilfsorganisationen erst nach und nach eintrafen, begriffen die Überlebenden in den DP-Camps schnell, dass sie auch eigenverantwortliche Strukturen des Weiterlebens aufbauen mussten.

Verständnis und Geduld waren Voraussetzungen einer Zusammenarbeit zwischen Lagerleitung und DPs und nicht militärische Zwänge und Hierarchien, auf die gerade diese Klientel nach den Erfahrungen in deutschen Arbeits- und Vernichtungslagern verständlicherweise äußerst sensibel reagierten. Die Soldaten waren über einige Verhaltensweisen jüdischer Überlebender irritiert. Sie hatten Probleme, diese jüdischen DPs „(...) zu verstehen und sympathisch zu finden, die drängelten, schrien, um Essen rauften, schlecht rochen, Befehlen nicht gehorchen konnten oder wollten, die mit teilnahmslosen Gesichtern und leeren Augen in einem Keller (...) saßen und sich weigerten, auf ihren Befehl herauszukommen (und sich erst wieder, S. Z.) langsam an ein zivilisiertes Sozialverhalten gewöhnen (...)“ mussten.



Collage: Susanne Zeller



Foto aus einem historischen Video über DP-Camps

Neben der Grundversorgung war es überlebenswichtig, auch die eigene Würde wieder herzustellen, psychologische Betreuung zu bekommen, Suchdienste zu installieren. Die zionistische Idee, im britischen Mandatsgebiet Palästina einen eigenen jüdischen Staat zu errichten und dort die Einwanderungsquoten zu erhöhen, traf unter den aus Osteuropa stammenden DPs auf viel Hoffnung, nie wieder in pogromartige Lebenssituationen zurückkehren zu müssen.

Da sich neben den deutschen Juden alle jüdische Überlebende ausgerechnet im Land der Täter, Mitläufer, in die innere Emigration Gegangenen und Schweiger wiederfanden, sollten auf diesen Trümmern aber keine Wurzeln mehr geschlagen werden und nie wieder jüdische Gemeinden entstehen. Dies war Konsens aller jüdischen Organisationen weltweit. Die DP-Camps wurden aus diesem Grund ausschließlich als Wartesäle, als reine Durchgangsstationen auf dem Weg nach Palästina oder auch in die Vereinigten Staaten von Amerika begriffen.

Im Widerspruch dazu stand allerdings die restriktive Einwanderungsgesetzgebung in fast allen anderen Ländern. Die britische Politik argumentierte damit, dass sie zwischen den in Europa auf Auswanderung wartenden jüdischen Überlebenden und der Palästinafrage allein schon deshalb trennte, weil man negative Reaktionen seitens der dort lebenden arabischen Bevölkerung fürchtete.

Antisemitismus danach

Viele DPs warteten oft noch Jahre, um Deutschland verlassen zu können. Im oh-

nehin desolaten Nachkriegsalltag sahen sich die jüdischen Überlebenden auch mit der ernüchternden Tatsache konfrontiert, dass allein ihre pure Gegenwart für die nichtjüdische Welt nicht nur gewisses Erstaunen hervorrief, sondern oft auch als eine Art *Provokation* empfunden wurde. Eine jüdische Weiterexistenz spiegelte der deutschen Bevölkerung schmerzhaft wider, dass ihnen jedes Bewusstsein für Recht und Unrecht unter der NS-Diktatur abhanden gekommen war. Man sah in den Juden also vielfach weiterhin *die Fremden*, die man vor allem im Fall der osteuropäischen DPs schnell wieder loszuwerden suchte.

Aber den Staat Israel gab es vorerst noch nicht. Nur wer die alte zionistische Hoffnung nicht aufgegeben hatte, wagte den mutigen Sprung ins vorerst noch unsichere britische Mandatsgebiet Palästina. Dort jedoch gab es bis zur Staatsgründung und auch danach wieder neue und nicht weniger große politische und soziale Herausforderungen, die zu bewältigen waren. Andere versuchten noch Verwandte oder Freunde in anderen Ländern ausfindig zu machen und dort neue Existenzen aufzubauen?

Das Verhältnis zwischen Deutschen und den verbliebenen deutschen Juden außerhalb der DP-Camps blieb weiterhin von facettenreich tabuisierten Schuldgefühlen geprägt. Dieses letztlich *Nicht-Verhältnis* fand in breiten Bevölkerungsschichten vielleicht einen ersten Schock in dem 1961 stattgefundenen *Eichmann Prozess* in Jerusalem. Nach alldem bleibt es bis heute unfassbar, dass der alte latente oder offene Antisemitismus andauert.

Von der Autorin für die DIG überarbeitet und gekürzt.

Prof. Dr. Susanne Zeller

Prof. Dr. Susanne Zeller lehrte von 1991–2014 Professionalisierungsgeschichte, Theorien und Berufsethik der Sozialarbeitswissenschaft an der Fachhochschule Erfurt/ Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften. Lebt heute als Lehrbeauftragte und Wissenschaftsautorin in Berlin.

Eine neue Hauptdelegierte für den KKL

„Ruthie“ ist da!

Die meisten von uns kennen sie schon lange: Dr. Ruth Eitan, unsere Freundin, die 17 Jahre lang Professorin am Sapir College im Süden Israels verantwortlich war für die internationalen Beziehungen der Hochschule. Vielfach hat sie in dieser Rolle die DIG in Sapir empfangen oder in Deutschland bei uns Vorträge gehalten. Seit dem 1. November ist „Ruthie“ Hauptdelegierte des Jüdischen Nationalfonds – Keren Kayemeth Leisrael (KKL). Dr. Eitan löst den Forstwissenschaftler Johannes Guagnin ab, der nach Israel zurückgegangen ist.

Wir haben mit Ruthie über die Ausrichtung der künftigen Arbeit gesprochen. Vorab aber hat sie angekündigt, dass sie Mitglied der Deutsch-Israelischen Gesellschaft wird. Das gemeinsame Projekt von DIG und KKL – die Anpflanzung eines Haines bei Jerusalem, der an unseren Ehrenpräsidenten Dr. Johannes Gerster sel. A. erinnern wird, ist noch aktuell, wie auf dieser Seite zu sehen. Dr. Eitan hat sich vieles vorgenommen, nicht nur, den Jüdischen Nationalfonds in Deutschland bekannter zu machen. Klimawandel, Klimakatastrophen und Wüstenbildung unserer Gegenwart bedürfen neuer Herangehensweisen -und gerade in Israel gibt es hohe Erfahrungswerte zu diesen Themen, die Dr. Eitan mit der deutschen Fachwelt teilen will. Auch die Erinnerungskultur wird KKL künftig pflegen. So steht der schwedische Diplomat Raoul Wallenberg, der ungarische

Juden vor der Vernichtung rettete, im Mittelpunkt eines umfassendes KKL-Projektes. Ein weiterer Schwerpunkt der Aktivitäten wird die Errichtung von grünen Fluchtwegen für die Bewohner der Moschavim und Kibbuzim an der Gaza-Grenze sein. Sie, das weiß Dr. Ruthie Eitan auch eigener Erfahrung haben nur Sekunden, um ihr Leben zu retten, wenn etwa Mörsergranaten abgeschlossen werden. An diesem Projekt arbeiten die Kommunen der Region Eschkol und das israelische Verteidigungsministerium mit. So wird es mit Ruthie neue Themen geben; die Pflanzung von Bäumen aber bleibt im Fokus. Was Bäume für unsere Umwelt bedeuten, das haben mittlerweile auch die Deutschen verstanden. Der Jüdische Nationalfonds, neben der Jewish Agency und der Vereinten Israelaktion ist JNF- KKL eine der drei vorstaatlichen Säulen Israels, unterhält Büros in Berlin,

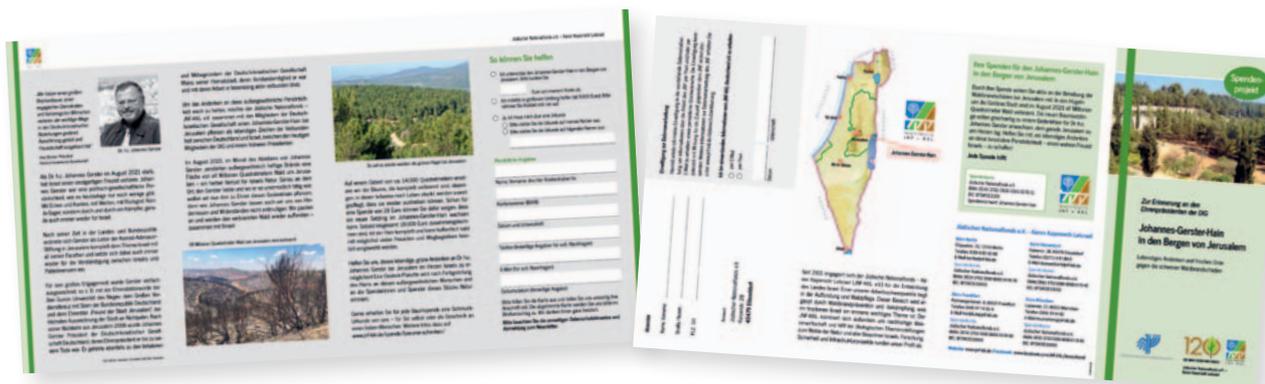


Dr. Ruthie Eitan

Düsseldorf, Frankfurt und München. Ruthie wird in Frankfurt leben. Hier, am Standort der Paulskirche, dem Ort der deutschen Demokratie, der im kommenden Jahr sein 175. Jubiläum feiert, fühlt sich Ruthie heimisch: Um ihren inneren Widerstand gegen Deutschland und die Deutschen zu überwinden, promovierte die junge Frau einst über die – Urburschenschaften.

Ein Hain bei Jerusalem wird an Dr. Johannes Gerster erinnern

Jüdischer Nationalfonds e.V. setzt Projekt um



Im Andenken an unseren langjährigen Präsidenten und Ehrenpräsidenten, Dr. h.c. Johannes Gerster, möchten wir vermittels Spenden zur Wiederaufforstung der Wälder um Jerusalem beitragen. Spendenkonto JNF-KKL e.V.: IBAN: DE49 3702 0500 0000 0170 01 | BIC: BFSWDE33 | Stichwort: Johannes Gerster

Noch fehlt uns Geld für den Gerster-Hain.

Israel – Was geht mich das an?

Es ist schon ein bisschen her, dass die damalige Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth dem einstigen Zentralratspräsidenten Ignatz Bubis s.A. ihre Neujahrswünsche übermittelte, verbunden mit der Hoffnung, dass der „Friedensprozess in Ihrem Lande“ weitergehe. Bubis antwortete schmunzelnd, dass er wie sie ein Deutscher sei, aber von keinem Friedensprozess in Deutschland wisse, der weitergehen könnte. Er hätte aber auch antworten können: „Israel – Was geht mich das an?“ So lautet der Titel eines eben erschienenen Sammelbandes mit Aufsätzen von vor allem jüdischen Autor:innen aus Österreich, Deutschland und der Schweiz genau zu diesem Thema: was geht mich dieser Staat an, der so groß wie Hessen ist und immer wieder für Aufregung und Empörung sorgt, für den Juden und Jüdinnen, gleichgültig, wo sie leben, wie selbstverständlich in Haftung genommen werden. Das nervt. „Fragt jemand anderen“, schreibt deshalb der schweizerische Schriftsteller Charles Lewinsky zunächst abwehrend, um dann am Ende doch in einer unverhohlenen Liebeserklärung zu

dem gebeutelten Judenstaat zu enden. „Um meinewill'n gibt's Israel, den Staat / Damit auch Schlosser Dago Biermann weiß / Wo er nach Auschwitz noch ne' Bleibe hat“ reimt Wolf Biermann in dieser Anthologie und fasst damit zusammen, was alle Beiträge bestimmt: Israel kann niemandem egal sein, der jüdische Wurzel hat. Es ist die Rückversicherung für schlechte Zeiten. Gerade werden die Zeiten wieder schlechter, weshalb viele mal wieder gucken, wo die Koffer sind. Folgerichtig überschreibt die in Sankt Petersburg geborene österreichische Kolumnistin Julya Rabinowich ihren Essay mit: „Ein sicherer Hafen“ und für die Frankfurter Journalistin Esther Schapira ist Israel ihr „anderes Vaterland“. Alle Beiträge vereint das Ringen mit dem fernen Erez Israel und der eigenen Befangenheit. „Keinem Land werden seine Fehler so hoch in Rechnung gestellt wie Israel“, schreibt Esther Schapira voller Wut. Sie beklagt „die Ungerechtigkeit und Doppelstandards, mit denen dem jüdischen Staat ein ums andere Mal kurzer Prozess gemacht wird“, um schon im nächsten Absatz ihre Kritik israelischer Politik im Umgang mit der arabischen Bevölkerung und den Palästinensern zu thematisieren. Sie formuliert, was viele Beiträge durchzieht, die Angst, dass ihre Kritik, auf öffentlicher Bühne vorgetragen, von Israelhassern instrumentalisiert werden könnte. „Der Applaus von Freunden tut gut, der Beifall von Feinden schmerzt. Beides ist gefährlich und verführt dazu, nicht die ganze Wahrheit zu sagen.“ In diesem Dilemma befinden sich mehr oder weniger alle Autor*innen dieses Buches. Sie haben höchst unterschiedliche politische Biographien, manche sind wie Robert Schindel oder Doron Rabinovici klar links sozialisiert und haben sich erst in einem schmerzhaften inneren Prozess zum Eingeständnis ihrer Liebe durchge-
 ren.

Israel sei für sie eine „komische Liebe“, eine schwere Liebe“, „eine irre Liebe“ schreibt die Schriftstellerin Mirna Funk, stellvertretend für viele. Der arabische



Esther Schapira

Israeli Ahmad Mansour, der heute als Psychologe in Berlin lebt, wuchs im tiefen Hass seiner arabischen Familie auf Juden, auf Israel auf. Denselben Hass erlebt er mittlerweile auch in Berlin. Er wird als Verräter gebrandmarkt, als Zionist beschimpft, auf der Straße angepöbelt und bespuckt. „Keinesfalls nur von Palästinensern“, sondern auch aus dem „linksextremen Spektrum“. Ein Verteidiger Israels, der jetzt in Deutschland unter Personenschutz steht.

Petra Roth hat sich übrigens umgehend bei Ignatz Bubis entschuldigt, er, der Deutschland so wenig traute, dass er sich lieber in Israel hat beerdigen lassen. Der Sammelband, herausgegeben von Erwin Javor, dem Gründer von mena-watch, einem renommierten Nahost-Think-tank und von Stefan Kaltenbrunner, dem ehemaligen Chefredakteur digital der österreichischen Tageszeitung KURIER, ist gerade rechtzeitig vor Chanukka und Weihnachten erschienen. Es ist ein wunderbar ehrliches Lesebuch, amüsant trotz des schweren Stoffes, erhellend auch für die, die glauben, schon alles zu wissen über Israel. Also einer großen Leserschaft ans Herz gelegt.

Georg M. Hafner



Tilman Tarach

Teuflische Allmacht

Teuflische Allmacht. Über die verleugneten christlichen Wurzeln des modernen Antisemitismus und Antizionismus heißt das neue, schmale Buch des Publizisten Tilman Tarach. Anhand eindrücklicher Beispiele zeigt Tarach die Unhaltbarkeit einer strikten Trennung zwischen „rassistischem Antisemitismus“ und „religiösem Antijudaismus“ auf. Damit trägt der Publizist insbesondere zum Verständnis des sich oft antirassistisch gerierenden israelbezogenen Antisemitismus bei.

Tilman Tarach hat sich in seinem Buch zum Ziel gesetzt nachzuweisen, „dass die in weiten Teilen der Antisemitismusforschung gängige, bisweilen gar zum Glaubensbekenntnis gewordene kategoriale Unterscheidung zwischen sogenanntem christlichem Antijudaismus und modernem Antisemitismus nicht haltbar ist und letztlich einer Entlastungsstrategie dient.“ Ein Großteil der 22 Kapitel des Buches dient dem Nachweis der Kontinuität zentraler antisemitischer Motive von der Spätantike bis ins 20. Jahrhundert: In Äußerungen der Kirchenväter, anderer Heiliger, Päpste und der Jesuitenzeitschrift „La Cività Cattolica“ lassen sich die gleichen Motive aufzeigen wie in der NS-Hetzschrift „Stürmer“, in den Reden Hitlers, in den Tagebucheinträgen Goebbels und in Stellungnahmen Himmlers, die sich alle als Christen verstanden. Zu diesen Motiven gehören insbesondere die Rede von den Juden als „Kinder des Teufels“ (Johannes 8:44) und der Vorwurf des Christus- oder Gottesmordes unter Rückgriff auf Matthäus 27:25.

Tarach erinnert auch daran, dass der Zwang zum Tragen eines „Judensterns“ mit den Jüdinnen:Juden im Nationalsozialismus an frühere christliche und muslimische Praktiken der Markierung von Jüdinnen:Juden in der Öffentlichkeit durch den „gelben Fleck“ anknüpft. Weiterhin führt Tarach an die Geschichte, Bedeutung und Kontinuität der Ritualmordlegende und des Brunnenvergifter-Mythos heran, die vom Mittelalter über das 19. und 20. Jahrhundert bis zu aktuellen Phänomenen wie den „Corona-Leugnern“ und israelbezogenem Antisemitismus reicht.

Besondere Beachtung verdienen Tarachs Ausführungen über die Vorläufer des nationalsozialistischen „Ariernachweises“ in den „limpieza de sangre“ („Reinheit des Blutes“)-Gesetzen im frühneuzeitlichen Spanien. Im Anschluss an den Nachweis der Kontinuität der spanischen „limpieza“-Gesetze und dem „Ariernachweis“ stellt Tarach die bemerkenswerte Tatsache heraus, dass sich „Ariernachweis“ und „Nürnberger Gesetze“ entgegen ihrer Etikettierung weder auf „Blut“ noch auf „Rasse“ bezogen, sondern auf „nicht mehr und nicht weniger als das religiöse Bekenntnis der Vorfahren bis zur Generation der Großeltern“. Diese Tatsache steht quer zur Unterscheidung von religiös begründetem Antijudaismus und rassistischem Antisemitismus.

Des Weiteren weist Tarach auf die bis heute verleugnete und bagatellierte Verstrickung des Vatikans mit dem Nationalsozialismus hin. Als „geradezu besessen“ charakterisiert Tarach eine Stellungnahme des Vatikans aus dem Jahr 1949, in dem der Zionismus als von einer „zweitausend Jahre alten [jüdischen] Rache gegen das Christentum inspiriert“ bezeichnet wird. Auch nach dem zweiten Vatikanischen Konzil bestehe kein Grund zur Annahme, dass eine gründliche Aufarbeitung der institutionellen und ideologischen Verflechtungen der Kirchen mit dem Nationalsozialismus stattgefunden hat. Ideologisch waren sich Nationalsozialisten und viele Kirchenmänner darin einig, dass die Moderne und die damit einhergehende Säkularisierung ein jüdisches Projekt waren. Vor diesem Hintergrund bezeichnet Tarach es als „Geschichtsklitterung“, wenn Papst Benedikt XVI. 2010 behauptete, die „Nazityrannei“ habe „Gott aus der Gesellschaft entfernen“ wollen. Dem hält Tarach entgegen, dass „Nationalsozialismus und traditionelles Christentum [...] nicht-religiöse Menschen als gemeinsamen Feind“ bekämpften. Fast die gesamte Spitze des NS-Staates sah sich als Verteidiger des Christentums gegen eine vermeintlich von Juden forcierte „Gottlosigkeit“, identifizierte sich selbst mit dem Christentum und äußerte noch in ihren letzten Worten Vertrauen in Gott.



Besonders wertvoll sind auch Tarachs Hinweise, wie der Antisemitismus christlicher Institutionen sich an Israel abarbeitet: Zum einen benennt Tarach Kontinuitäten wie den Versuch der Judenmission und den Anspruch auf die Kontrolle über die heiligen Stätten des Christentums. Zum anderen macht der Publizist auf ein verbreitetes Phänomen aufmerksam, dass er „delegierten Antisemitismus“ nennt, nämlich die Praxis katholischer und evangelischer Gruppen, radikal antiisraelische NGOs zu unterstützen.

Damit ist sein Buch auch eine wichtige Intervention in aktuelle Debatten: In den vergangenen Jahren war viel von „importiertem Antisemitismus“ die Rede, während die Verflechtungen des Christentums und der Kirchen mit der Shoah und den vielfältigen Formen von Antisemitismus weiterhin heruntergespielt und bagatelliert werden. Tarachs Buch verdeutlicht, dass der Kampf gegen Antisemitismus in der deutschen Mehrheitsgesellschaft mit einer Aufarbeitung der Geschichte der christlichen Judenfeindschaft und einer ehrlichen Kritik des antijüdischen Potentials der kanonischen Texte des Christentums einhergehen muss.

Joël Ben-Yehoshua
JuFo Jena

Joël Ben-Yehoshua ist aktiv im JuFo Jena und Wissenschaftlichen Mitarbeiter am Institut für Philosophie der Friedrich-Schiller-Universität Jena und schreibt eine Dissertation zur Säkularisierung christlich-antijüdischen Denkens im Rahmen der Aufklärung.

Matti Friedmans aktuelles Buch

Vier Spione, die aus dem Orient kamen

Als Liebhaber der raffiniert konstruierten Spionageromane des großartigen Autors John le Carré griff ich, ohne irgendeine Besprechung zu dem Buch von Matti Friedman vorher gelesen zu haben, direkt zu und wurde gehörig überrascht. Bei John le Carré tummeln sich wirkliche Profis in diesem geheimen Geschäft, die vor lauter Intrigen und gegenseitigem Misstrauen eigentlich niemals die gestellte Spionageaufgabe erfüllen. Im Gegensatz dazu erzählt Matti Friedman eine wahre Geschichte von Amateuren, die von ebenso ungeschulten Agentenführern der Palmach ins Feindesland geschickt werden und dort ihre Aufgaben improvisierend, aber erfolgreich ausführen.

Man staunt, kennt man doch den legendären Ruf des Mossad, und lernt, dass dieser auch mit der im Buch beschriebenen „Arabischen Sektion“ seine Anfänge hatte und versteht, wie sich der entstehende Staat mit „Amateuren“ gegen seine Feinde zu behaupten lernte.

Diese Buch gibt mehr als einen Einblick. Es stellt auch die in der Geschichtsschreibung Israels oftmals nur wenig bewerteten Anteile der orientalischen Juden plastisch und auch voller Sympathie dar.

Die vier jüdischen Helden des Buches waren im Jahr 1948 zwischen 20 und 25 Jahre alt. Sie sind in Damaskus, im Yemen, in Aleppo und in Jerusalem geboren und in arabischer Umgebung aufgewachsen, sprachen arabisch mit ihren Ortsdialekten. Außerlich waren sie von ihren arabischen Nachbarn nicht zu unterscheiden, also perfekt geeignet, um im Zentrum Beiruts, wohin sie geschickt wurden und jahrelang blieben, unerkannt für Israel zu spionieren.

Nach Beirut konnten die Spione im Rahmen des Stromes der Flüchtenden als vertriebene Palästinenser unerkannt mitkommen und sich dann ihre Existenz mit einem Kiosk aufbauen, der gleich-

zeitig Tarnung und Kontaktstelle zur heimischen Führungsorganisation war. Sie morsten über Jahre mit versteckten Antennen ihre Erkenntnisse über alles, von dem sie glaubten, es könne Israel nützlich sein. Ihr Leben in Beirut war spannend, ständig von Angst begleitet aufzufliegen, so wie es anderen Agenten ging, die nie mehr nach Israel zurückkehren konnten.

Parallel entstand Stück für Stück der Mossad mit einer eigenen Organisationsstruktur und professionalisierte sich immer mehr. Die Erkenntnisse der Spione in den arabischen Ländern und insbesondere auch der vier Beiruter Agenten halfen dabei. Als die Lage der Spione mit ihrer Tarnung immer kritischer wurde, mussten sie 1950 abgezogen werden. Das wiederum war schon recht gut organisiert bis hin zur Ausschleusung per Boot vom nächtlichen Beiruter Strand.

Alle vier kamen in einen funktionierenden Staat zurück, den sie nicht kannten, waren sie doch vor Staatsgründung im Libanon eingesetzt worden. Sie wurden nie gefeiert, aber waren weiterhin als Agenten tätig: im Inneren, um den Mossad aufzubauen, als Agentenführer, als Ausbilder, als Botschaftsangehörige und als Verschwiegene, denn sie waren Spione mit Leib und Seele. Im hohen Alter von 93 Jahren hat Matti Friedman einen von ihnen, Isaac Shoshan, Deckname Abdul Karim, interviewt. Er hat dem Autor mit Bescheidenheit diesen wichtigen Anteil bei der Feindesabwehr berichtet, ohne sich je hervorzuheben.

Mir hat imponiert, wie Matti Friedman quasi nebenbei eine Hommage auf das Wirken der orientalischen Juden nicht nur als Agenten schreibt, sondern die jüdische Kultur der eingewanderten Mizrachim als außerordentlich bedeutend für die Entwicklung der Gesellschaftsstruktur Israels schildert. Dabei vergisst er nicht,



wie abwertend die frühe aschkenasische Elite ihre orientalischen Schwestern und Brüder behandelt hat. Friedman schreibt: „Die Ideen, die aus Europa gekommen sind, sind heute tot. Das darauffolgende ideologische Vakuum füllte die nun aus der Tiefe sich erhebende orientalische Seele Israels“.

Wir sollten uns damit beschäftigen, gerade besonders bei der Erinnerung an das Entstehen Israels vor fast 75 Jahren.

[Hentrich & Hentrich, 2022](#)

Matti Friedman: Spione ohne Land. Geheime Existenzen bei der Gründung Israels.

308 Seiten, gebunden, EUR 24,90
ISBN 9783955655105

Dr. Widu Wittekindt
DIG Bremen/Unterweser e.V.

Sara Levy's Geschichte:

Sehnsucht, Heimat Herausforderung

Sarah Levy hat sich gesucht und in Israel gefunden. Von ihrer (inneren) Reise und den damit verbundenen Konflikten, Fragen und Wünschen berichtet die Journalistin in ihrem ersten Buch. Im Mittelpunkt steht dabei ihr Ringen mit ihrer jüdischen Identität – zuerst in Deutschland, dann in Israel. Ihre Erzählungen sind immer wieder verwoben mit ihrer Familiengeschichte – einer Geschichte exemplarisch für die jüdische Erfahrung im 20. Jahrhundert.

Aufgewachsen als Tochter eines jüdischen Vaters und einer liberal konvertierten Mutter in einem Vorort von Frankfurt ging Sarah Levy zunächst auf die jüdische Privatschule, später dann auf eine staatliche. Nirgendwo fühlte sie sich zugehörig, immer wieder hinterfragte sie ihre jüdische Identität. Auf einer Reise nach Israel findet sie dann ihren Sehnsuchtsort und macht schließlich Aliyah.

Das Buch ist gefüllt mit Informationen und Emotionen. Sarah Levy schildert auf berührende Weise ihr Suchen und Ringen. Sie schreckt nicht davor zurück, Konflikte offen zu benennen und reflektiert ihre eigene Sichtweise immer wieder kritisch. Dabei zeigt sie sich verletzlich und mutig, selbstbewusst und ehrlich. So ist eine sehr persönliche Geschichte entstanden, in der der Leser mit der Autorin über skurrile und absurde Erzählungen aus ihrem neuen Leben in Israel lacht und an anderen Stellen mit ihr Verzweiflung und Frustration erlebt.

Das Buch löst mit seinen lebendigen Beschreibungen und liebevollen Anekdoten starke Sehnsucht nach Israel aus, das stets im Mittelpunkt als Sehnsuchtsort, Heimat und Herausforderung steht.

Lena Reker
DIG Frankfurt

Mit freundlicher Genehmigung von Keren Hayesod

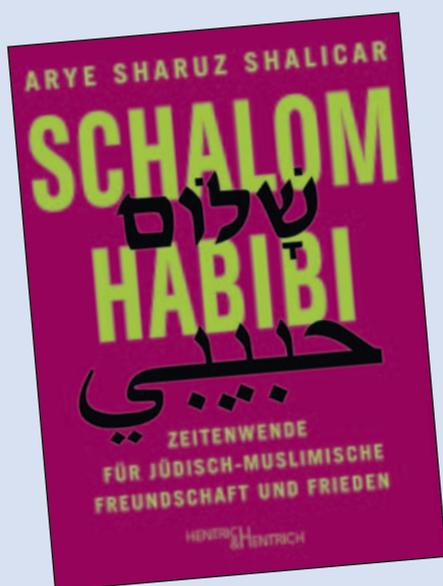


Rowohlt Polaris, 2022

Sarah Levy – Fünf Wörter für Sehnsucht.

Von einer Reise nach Israel
und zu mir selbst

368 Seiten, gebunden, EUR 17,00
ISBN: 978-3-499-00637-1



Hentrich & Hentrich, 2022

Arye Sharuz-Shalika: „Schalom Habibi!“
162 Seiten, Klappenbroschur, EUR 18,00
ISBN: 978-3-95565-552-5

Arye Sharuz-Shalika:

„Schalom Habibi!“

1. lässt sich in spannenden Häppchen sehr gut – auch mit Pausen – lesen
2. erweitert unseren Blick auf den aktuellen Nahen Osten fundamental
3. erlaubt einen positiven Ausblick für die Region ohne Illusionen
4. Dabei schreibt Arye Sharuz-Shalika in Berlinerischer Klarheit (keen Jetue nich!), ohne Satzungetürme – aus sehr persönlicher Sicht und ohne politologisch-wissenschaftlichen Anspruch. Aber dafür mit dem analytischen Blick eines vielseitigen Insiders, der als Politik-Berater und Akteur mit viel Einblick ausgestattet erlebt und urteilt. Seine individuellen Erlebnisbeschreibungen kommen dabei ausgesprochen authentisch rüber. Wirklich lesenswert.

Wolfgang Freitag
DIG Ostfriesland

Mirna Funk

Im Handstand Auschwitz befreien

Was Max Nordau am 18. August 1898 beim Zweiten Zionistenkongress in Basel forderte, ist mittlerweile Realität. Damals erklärte er, dass es einen neuen Juden brauche, um als Jüdisches Volk zu überleben. Dass der Diaspora-Jude, dieser denkende, in Büchern vertiefte, die Tora studierende Jude nicht überleben kann. Dass er lernen müsse, sich physisch zu wehren, auch, wenn er glaube, dass der Kopf ausreiche, langfristig seine Existenz zu sichern. Wenn der Holocaust den Juden irgendwas gelehrt haben sollte, dann, dass er unrecht und Nordau recht hatte. Vielleicht ist deshalb auch eine Straße in Tel Aviv nach ihm benannt. Vielleicht gibt es deshalb heute auch den Begriff des Muskeljuden.

Vor vier Tagen stand so ein neuer Jude vor mir. Halb-Pole Halb-Iraki. Der härteste Ashkenazi-Nachname, den man sich vorstellen kann, dafür fast zwei Meter groß mit dunkelbraunen Augen und einem Kreuz, das normalerweise nur Olympiaschwimmer haben. Er machte einen Handstand und lief auf seinen durchtrainierten Armen durch das Wohnzimmer meines Airbnb-Apartments, obwohl wir die Nacht zuvor keine zwei Stunden geschlafen hatten. Hätte ein Unfall seine Schulter nicht nachhaltig geschädigt, er wäre in irgendeiner Elite-Einheit der israelischen Armee gelandet. Vielleicht bei den Golanis. Vielleicht bei den Givati oder Nahal. Und obwohl ich erleichtert war, dass er nicht umsonst irgendwo in Gaza von einem Hamas-Kämpfer ausradiert worden war, sagte ich ihm noch in der Nacht, dass die Armee wirklich einen Fehler gemacht hatte, ihn abzulehnen. Denn diese menschengewordene Kombination aus physischer Stärke, mentalem Durchhaltevermögen und dem unbedingten Willen zu überleben, egal unter welchen Bedingungen, habe ich bis jetzt nur in Israel kennengelernt. Dabei hat der Muskeljude aber niemals seine Wurzeln vergessen. Denn 5783 Jahre Studium der Schriften, Aufforderung zum Dialog und kritisches Denkvermögen sind nicht verschwunden.

Lediglich hinzugekommen ist die Verweigerung, sich auf die Schlachtbank führen zu lassen und das Verständnis dafür, dass diese Verweigerung nur durch die nötige körperliche Kondition einzulösen wäre.

Das Beste aus beiden Welten

Als vor einem Monat der ehemalige Premierminister Israels, Yair Lapid, vor der UN eine Rede hielt, war die israelische Männlichkeit unverkennbar zu entdecken. Ein sensibler Mann, ein nachdenklicher Mann, ein reflektierter und deshalb auch sprachlich gewitzter Mann, der dennoch voller Kampfesgeist und Standfestigkeit die Grenzen des Erträglichen absteckte, ohne zuzulassen, dass irgendjemand diese Grenzen jemals wieder übertreten würde. Und genau für jene Grenzziehung erntet der israelische Mann, die israelische Frau und auch jeder Jude außerhalb von Israel seit Jahren die meiste Kritik. Da wird von brutaler israelischer Armee geschwafelt, von Überheblichkeit, von fehlender Empathie, ohne sich nur eine Sekunde gefragt zu haben, ob eine fehlende Armee,

Bescheidenheit und Empathie den Juden dieser Welt jemals etwas gebracht habe. Denn weder liebte man sie, als sie noch wehrlos im Stetl versuchten ihr Leben zu bestreiten, noch als sie hochgebildet die Wissenschaft und Kultur des 19. und 20. Jahrhunderts prägten. Auch, wenn jedes Jahr beim kollektiven Stolpersteineputzen am 9. November so getan wird, als seien Juden ein super beliebtes Volksgut gewesen, das aus unerfindlichen Gründen abhandengekommen ist. Gebracht hat ihnen die Assimilation nichts außer Leid, Tod und Entrechtung. Das sah Nordau früher als es die meisten Juden der Welt sehen wollten, aber kurze Zeit später unfreiwillig sehen mussten. Die europäischen spätestens ab 1938 und die nordafrikanischen dann ab 1948. Und auch jetzt gibt es überall Menschen, die behaupten, dass der zionistische Muskeljude Unglück über das Diasporajudentum bringe, ach, über die ganze Welt, dabei tut er nichts weiter als charmant Limabohnen im Port Said zu bestellen, einen mit dem Corkinet an der Beachfront Tel Avivs jeweils von Nord nach Süd und von Süd nach Nord zu chauffieren und langfristig dafür zu sorgen, das beides

Mirna Funk wurde 1981 in Ost-Berlin geboren und lebt zwischen Berlin und Tel Aviv. Sie studierte Philosophie an der Humboldt Universität und arbeitet als Essayistin und Autorin, unter anderem für die Frankfurter Allgemeine Zeitung, die Süddeutsche Zeitung und Die Zeit. Seit 2020 hat sie eine monatliche Sex-Kolumne in der Cosmopolitan und von 2018-2021 schrieb sie auf Vogue-Online über jüdisches Leben heute. 2015 debütierte sie mit ihrem Roman „Winternähe“ im S. Fischer-Verlag. Er wurde mit dem Uwe-Johnson-Preis ausgezeichnet und war für den Aspekte-Preis nominiert. Im Februar 2021 veröffentlichte sie ihren zweiten Roman „Zwischen Du und Ich“ bei dtv.

In ihren literarischen Werken, essayistischen und journalistischen Arbeiten sowie kuratorischen Projekten geht Mirna Funk den Fragen nach der Präsenz jüdischer Kultur



in Deutschland heute und einer gegenwartsorientierten Erinnerungskultur nach. Im Mai erschien ihr erstes Sachbuch: „Who cares! Von der Freiheit, Frau zu sein“ und landete direkt auf der Bestsellerliste.

für immer auf diesem schmalen Landstreifen im Orient möglich sein wird. Ob als Frau im Minirock, als Schwuler im Crop-Top oder als Transsexueller mit amputierten Brüsten. Wer sich an ihm reibt, reibt sich an der Existenz eines starken und gleichzeitig sinnlichen Mannes. Eigentlich das Gegenbild zum Old White Male. Und auch, wenn man diesen neuen Mann in allen Sozialen Netzwerken fordert, als Jude darf er eben nicht existieren. Zu sexy! Zu beunruhigend! Zu gefährlich!

Der Mann mit dem harten Ashkenazi-Nachnamen und dem Olympia-Schwimmer-Kreuz macht jetzt Push-Ups im Handstand-Modus. Durch die Sehnen seiner Arme pumpt warmes rotes Blut. Seine braunen Jewfro-Locken krabbeln auf dem Steinboden entlang. Die Füße in der Luft. Riesig groß wie der Rest seines Körpers. Erst singt er den Song, den er am Abend noch auf seiner Gitarre komponiert hat, im nächsten Moment diskutiert er das katastrophale Wahlergebnis und stellt

Prognosen an, wie man aus der Misere rauskommen könnte. Dann macht er einen Flick Flack und drei Minuten später bastelt er uns Avocado-Toast mit pocherten Eiern und ich denke, wäre er nur 1920 geboren worden, er hätte im Handstand die Juden aus Auschwitz befreit.

Mirna Funk
Schriftstellerin, Journalistin
und Drehbuchautorin

Walter Sylten ist tot:

Abschied von einem Gründer der DIG

Es ist die Stunde, sich vom letzten Gründungsmitglied der Deutsch-Israelischen Gesellschaft zu verabschieden. Am 30. Oktober 2022 starb Walter Sylten, 1966 und 67 sowie von 1974 bis 1983 Mitglied im Präsidium der Deutsch-Israelischen Gesellschaft und aktiv in der Berlinger AG, heute Berlin/Brandenburg e.V.. Sylten war Träger des Bundesverdienstkreuzes und der Joann-Hinrich-Wichern-Plakette des Diakonischen Werkes.

Der Gründung der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG) im Jahre 1966, ein knappes Jahr nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen, waren in den 50er und 60er Jahren Bemühungen einzelner Persönlichkeiten, wie Propst Grüber – meistens vertreten durch Walter Sylten – Walter Hesselbach, Erich Lüth und Rudolf Küstermeier und anderen vorausgegangen.

Für Walter Sylten war der Einsatz zugunsten der deutsch-israelischen Beziehungen eine Verpflichtung, die sich aus seiner familiären Geschichte ergab. Sein Vater Werner Sylten hatte jüdische Vorfahren und war als evangelischer Pfarrer in Thüringen tätig. Er wurde während des Nationalsozialismus aus dem Dienst ent-

lassen und arbeitete im „Büro Grüber“ der Bekennenden Kirche, um „rassistisch“ verfolgte Christen bei der Auswanderung zu helfen. 1941 wurde er verhaftet und 1942 im KZ Dachau ermordet. Die Verbindung zu Propst Grüber war für Walter Sylten prägend.

Als die Aufnahme diplomatischer Beziehungen erreicht war, entstand der Wunsch, neben staatlichen Kontakten Verbindungen zwischen den beiden Völkern zu entwickeln. Der Zeitpunkt schien gekommen, die positive Haltung zugunsten einer zwar schwierigen, aber überfälligen Begegnung mit Israel zu verwirklichen. Ein Kreis um die Bundestagsabgeordneten Gerhard Jahn, Gründungspräsident der DIG und späterer Bundesjustizminister,

und Ernst Benda, späterer Innenminister und Präsident des Bundesverfassungsgerichts, sowie Professor Dr. Rolf Rendtorff, späterer Rektor der Universität Heidelberg, bereitete die Gründung der DIG vor. Parallel dazu fand sich in Berlin ein Kreis um Propst Heinrich Grüber, Walter Sylten und den ehemaligen Bundesminister Ernst Lemmer zusammen, der in ähnlicher Weise die deutsch-israelischen Beziehungen auf gesellschaftspolitischer Ebene fördern wollte. Beide Gruppierungen verbanden ihre Aktivitäten.

Die DIG formulierte ihre Ziele in folgenden, von Walter Sylten mit geprägten, noch heute gültigen Leitsätzen u.a. „Die DIG engagiert sich für einen Frieden im Nahen Osten, der die Lebensfähigkeit Isra-

els dauerhaft sichert. Sie tritt für eine Verständigung zwischen allen Völkern dieser Region ein und wendet sich entschieden gegen all diejenigen Kräfte innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik Deutschland, die Israels Lebensrecht als jüdischer Staat bestreiten.“)

Die DIG begann die praktische Arbeit mit der Organisation von Gruppenreisen für Multiplikatoren, Seminarangeboten, Vermittlung von Referenten. Erste Kontakte zu israelischen Repräsentanten des öffentlichen Lebens wurden geknüpft. Die Bemühungen um die Gründung einer repräsentativen Partnerorganisation in Israel hatten erst Erfolg, als der aus der Bundesrepublik nach Israel zurückgekehrte und aus dem diplomatischen Dienst ausgeschiedene erste Botschafter Asher Ben-Nathan sich dieser Aufgabe annahm. Der Durchbruch gelang erst in den 70er Jahren.

1967 übernahm Ernst Benda die Präsidentschaft und damit ein Amt, das im Zusammenhang mit dem Sechs-Tage-Krieg von einer breiteren Öffentlichkeit wahrgenommen wurde. Angeregt durch den Schriftsteller Günter Grass rief die DIG zu Spenden für Israel auf. Für humanitäre Hilfen konnte binnen kürzester Zeit ein Spendenaufkommen von über drei Millionen DM bereitgestellt werden. Spendenaktionen fanden auch nach dem Terroranschlag während der Olympischen Spiele 1972 in München und während des Jom-Kippur-Krieges 1973 eine gute Resonanz.

War die DIG zunächst als zentrale Organisation gegründet worden, so setzte sich ziemlich schnell die auch von Walter Sylten favorisierte Auffassung durch, dass die Vertiefung gesellschaftlicher, politischer und menschlicher Beziehungen nur gelingen könne, wenn sich eine Vielzahl der Mitglieder daran beteiligen und sie selbst zu Multiplikatoren werden. In Berlin, Wiesbaden, Braunschweig, Konstanz, Freiburg und anderen Städten entstanden die ersten Arbeitsgemeinschaften und entfalteten vielfältige Aktivitäten. In Berlin übernahm Walter Sylten den Vorsitz der Arbeitsgemeinschaft, den er bis 1979 innehatte.

Im Jahre 1971 wurde Heinz Westphal zum Präsidenten der DIG gewählt. Mit den



Foto: ZeitZeugenBörse e.V. 2019

Walter Sylten sel. A.

israelischen politischen Instanzen und Partnern wurden regelmäßige Kontakte gepflegt. Ein neuralgischer Punkt der bilateralen Beziehungen war der Kulturaustausch, dem eine Knesset-Resolution entgegenstand und um deren Aufhebung sich schon die erste Delegation des DIG-Präsidiums – zu der auch Walter Sylten gehörte – bei ihrer Israelreise bemüht hatte.

1977 verließ eine Gruppe von Mitgliedern die DIG wegen einer Kontroverse über Art und Form kritischer Auseinandersetzungen mit Positionen der israelischen Politik. Die abgespaltene Gruppe schuf sich für ihr Israel-Engagement eine andere Plattform im „Deutsch-Israelischen Arbeitskreis für Frieden im Nahem Osten“ (DIAK).

Der Mehrheit der Mitglieder der DIG – so auch Walter Sylten – war es wichtig, eine überparteiliche Plattform zu erhalten und sich weiter um die deutsch-israelische Verständigung zu bemühen. Dabei zeigt sich im Rückblick, dass der sich, schon 1967 bei der zweiten Israel-Reise des DIG-Präsidiums in einem Vortrag von Ernst Benda ausgesprochene Gedanke der „kritischen Solidarität“ mit dem jüdischen Staat auch in der Praxis der DIG weiter aufrechterhalten blieb und bis heute Gültigkeit hat.

1977 wurde Erik Blumenfeld zum Präsidenten der DIG gewählt. Von 1978 bis Ende der 90er Jahre war der Meinungsaustausch zwischen der Israelisch-Deutschen und Deutsch-Israelischen Gesellschaft in Form von Deutsch-Israelischen Konferenzen – unter Beteiligung der deutsch-israelischen Parlamentariergruppen in Knesset und Bundestag – jährlich wechselnd in Israel oder in der Bundesrepublik institutionalisiert. Ziel der Veranstaltungen war, Themen des bilateralen Verhältnisses intensiv zu diskutieren und die Öffentlichkeit beider Länder für die aktuellen Fragen des deutsch-israelischen Verhältnisses zu interessieren.

Walter Sylten gehörte dem Präsidium der DIG bis 1983 an. Er galt als hervorragender Kenner der deutsch-israelischen Beziehungen und Israels. Trotz des Verzichts auf sein Amt im Präsidium blieb Walter Sylten der DIG verbunden – in Berlin und auf Bundesebene.

Walter Sylten starb im Alter von 92 Jahren. Sein Andenken ist der DIG Verpflichtung.

*Dieser Nachruf zitiert Teile einer Würdigung von Walter Sylten zum 80. Geburtstag. Er stammt von der früheren Geschäftsführerin der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, Hildegard Radhauer.
Wir danken für ihre Erlaubnis.*

Die DIG vor Ort

Augsburg-Schwaben e.V.
vorstand@dig-augsburg.de

Baden-Baden
baden-baden@digev.de

Bamberg
bamberg@digev.de

Bayreuth-Oberfranken
bayreuth-oberfranken@digev.de

Berlin und Brandenburg e.V.
schalom@digberlin.de

Bielefeld
bielefeld@digev.de

Bodensee-Region
bodensee-region@digev.de

Bonn
bonn@digev.de

Braunschweig
braunschweig@digev.de

Bremen/Unterweser e.V.
schalom@dig-bremen.de

Buxtehude
buxtehude@digev.de

Chemnitz
chemnitz@digev.de

Cottbus
cottbus@digev.de

Darmstadt
darmstadt@digev.de

Dresden
dresden@digev.de

Duisburg-Mülheim-Oberhausen
duisburg@digev.de

Düsseldorf
duesseldorf@digev.de

Erfurt
erfurt@digev.de

Frankfurt am Main
frankfurt@digev.de

Freiburg
freiburg@digev.de

Giessen
giessen@digev.de

Halle-Umland
halle@digev.de

Hamburg
hamburg@digev.de

Hannover
hannover@digev.de

Heidenheim
heidenheim@digev.de

Heilbronn
heilbronn@digev.de

Kaiserslautern
kaiserslautern@digev.de

Kassel
kassel@digev.de

Köln
koeln@digev.de

Leipzig
leipzig@digev.de



Magdeburg
magdeburg@digev.de

Mainz
mainz@digev.de

Memmingen/Kempton-Allgäu
memmingen@digev.de

München
muenchen@digev.de

Münster
muenster@digev.de

Nordhausen
nordhausen@digev.de

Nürnberg-Mittelfranken
nuernberg@digev.de

Oldenburg
oldenburg@digev.de

Osnabrück
osnabrueck@digev.de

Ostfriesland
ostfriesland@digev.de

Potsdam
potsdam@digev.de

Regensburg-Oberpfalz
regensburg-oberpfalz@digev.de

Rhein-Neckar/Mannheim
rhein-neckar@digev.de

Saar
saar@digev.de

Schleswig-Holstein
schleswig-holstein@digev.de

Schwerin
schwerin@digev.de

Speyer-Pfalz
speyer-pfalz@digev.de

Region Stuttgart e.V.
info@dig-stuttgart.net

Trier
trier@digev.de

Ulm / Neu-Ulm
ulm@digev.de

Weimar
weimar@digev.de

Westmünsterland
westmuensterland@digev.de

Wiesbaden
wiesbaden@digev.de

Witten
witten@digev.de

Würzburg
wuerzburg@digev.de

Junges Forum
jufo@digev.de

Social-Media-Kanäle

DIG



@deutsch.israelische.gesellschaft



@DIGeV_

Junges Forum



@JuFoDIGeV



@JuFoDIG



@JuFoDIG

DIG-Bundesgeschäftsstelle

Bärbel Metz
Leiterin der Bundesgeschäftsstelle

Littenstraße 105 | 10179 Berlin
Telefon +49 (0)30 80 90 70-28
Fax +49 (0)30 80 90 70-31
info@digev.de | www.digev.de



Die Leitsätze der Deutsch-Israelischen Gesellschaft

Unsere Ziele sind klar definiert: Die Deutsch-Israelische Gesellschaft will die menschlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Verbindungen zwischen Deutschen und Israelis festigen und weiterentwickeln. Dabei agieren wir überparteilich und in steter Solidarität mit dem Staat Israel und seiner Bevölkerung. Grundlage der Arbeit der DIG sind unsere Leitsätze. Sie weisen uns bei unseren Bestrebungen den Weg, dem Staat Israel und seinen Bürgern Frieden, ein Leben in anerkannten und sicheren Grenzen sowie in wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit zu gewährleisten.

- 1 | Die DIG ist die zentrale Organisation in der Bundesrepublik Deutschland, in der sich Freunde Israels in überparteilicher Zusammenarbeit zusammenfinden, um in Solidarität mit dem Staat Israel und seiner Bevölkerung zu wirken.
- 2 | Es genügt nicht, die Entwicklung und Pflege der deutsch-israelischen Beziehungen staatlichen Stellen zu überlassen. Die DIG will deshalb als überparteiliche Organisation dazu beitragen, die menschlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Verbindungen zwischen dem deutschen Volk und den Israelis zu festigen und weiterzuentwickeln.
- 3 | Die DIG unterstützt und fördert alle Bestrebungen, die darauf gerichtet sind, dem Staat Israel und seinen Bürgern Frieden, ein Leben in anerkannten und sicheren Grenzen, in wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit zu gewährleisten.
- 4 | Die DIG engagiert sich für einen Frieden im Nahen Osten, der die Lebensfähigkeit Israels dauerhaft sichert. Sie tritt für eine Verständigung zwischen allen Völkern der Region ein und wendet sich entschieden gegen all diejenigen Kräfte innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik Deutschland, die Israels Lebensrecht als jüdischer Staat bestreiten.
- 5 | Auch in Zukunft wird die Arbeit der DIG von dem Wissen um die von Deutschen zu verantwortenden Verbrechen an den Juden während der Jahre 1933 bis 1945 ausgehen. Die DIG wird deshalb der Aussöhnung zwischen unseren beiden Völkern verpflichtet bleiben. Diesen Auftrag gilt es, an die nachwachsende Generation in der Bundesrepublik Deutschland zu vermitteln. Als konkreter Beitrag ergibt sich für die DIG daraus,
Vorurteilen gegenüber Juden in der deutschen Bevölkerung entgegenzuwirken sowie Antisemitismus und Antizionismus entschieden zu bekämpfen.
- 6 | Die DIG bemüht sich, in der Bundesrepublik die Kenntnis über Israel, seine Geschichte und seine Gegenwart zu vertiefen. Hierzu gehört eine kontinuierliche Unterrichtung der DIG-Mitglieder und der Öffentlichkeit über Entwicklungen und Probleme in Israel sowie über das Ringen um seine gesicherte Existenz.
- 7 | Mit den in ihrer Mitgliedschaft erarbeiteten und überparteilich getragenen Positionen äußert sich die DIG auch öffentlich, und zwar vornehmlich gegenüber der Regierung und den politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland.
- 8 | Die DIG bemüht sich in Israel um die Vermittlung eines realistischen Bildes über Entwicklungen und Probleme in der Bundesrepublik Deutschland. Sie arbeitet dabei eng mit ihrer Schwestergesellschaft, der Israelisch Deutschen Gesellschaft (IDG), zusammen, die sich auf israelischer Seite parallelen Aufgaben und Zielen widmet.
- 9 | Die DIG unterstützt den Austausch von Besuchergruppen zwischen beiden Ländern, vor allem im Rahmen des deutsch-israelischen Jugendaustausches. Dieser Austausch fördert die Bereitschaft, politische Verantwortung im Leben der menschlichen Gemeinschaft zu entwickeln, eine bessere und vertiefte Kenntnis vom anderen Volk, von seiner politischen und sozialen Lage, seinem Land, seiner Geschichte und seiner Kultur zu erwerben.
- 10 | Wichtige Aufgaben erfüllen die regionalen Arbeitsgemeinschaften der DIG. Sie führen Veranstaltungen durch, deren vorrangiges Ziel es ist, politische, soziale und kulturelle Entwicklungen in Israel durch deren Repräsentanten authentisch zu vermitteln und den Dialog zu fördern.
- 11 | Die DIG beteiligt sich an einer überregionalen Kooperation mit solchen Institutionen in europäischen Ländern, deren Ziel ebenfalls in der Entwicklung und Pflege enger freundschaftlichen Beziehungen zu Israel und seinen Bürgern liegt.

DEUTSCH-ISRAELISCHE GESELLSCHAFT E.V.

Bundesgeschäftsstelle
Littenstraße 105 | 10179 Berlin
Telefon +49 (0)30 80 90 70-28
info@digev.de | www.digev.de

